



Adalbertus

zeitschrift für ostmitteleuropäische begegnung

herausgegeben von

adalbertus-werke e.v.
bildungswerk der danziger katholiken

adalbertus-jugend
katholische jugend aus danziger familien

forum



INHALT

Gerhard Nitschke „Pacem in terris“	Seite 2
Pfarrer Paul Magino Geistliches Wort Advent – unterwegs zu Gott und den Menschen Weihnachten – Gott wird einer von uns	Seite 2
10. Deutsch-polnische Studientagung in Danzig vom 10. bis 17. Mai 2003	
Gerhard Nitschke DANZIG – POLEN – EUROPA Die Bedeutung der „Freiheit“ im Spannungsfeld von Geschichte und Gegenwart	Seite 4
Prof. Dr. Andrzej Januszajtis Das Lübsche Recht in Danzig	Seite 7
Prof. Dr. Andrzej Januszajtis Das Kulmische Recht in Danzig	Seite 10
<i>adalbertus-werk und adalbertus-jugend wünschen allen Lesern des adalbertusforums Gottes Segen zum Christfest und für 2004</i>	
Dr. Hans-Werner Rautenberg Zwischen Privilegien und Huldigung – die „freie“ Stadtrepublik unter der Krone Polens 1454–1793	Seite 12
Dr. Hans-Werner Rautenberg Verlust jahrhundertalter Freiheitsrechte – als Provinzstadt in Preußen 1793–1919	Seite 20
Adam Krzemiński DANZIG – POLEN – EUROPA Perspektiven einer gemeinsamen Zukunft in Freiheit	Seite 27
Andreas Metz Entdeckung eines deutsch-polnischen Helden	Seite 29
Presseerklärung: „Zentrum gegen Vertreibungen“	Seite 31
Glückwünsche / Personalien / Zum Gedenken / Veranstaltungen	Seite 32

58. GEMENTREFFEN
VOM 28. JULI BIS 2. AUG. 2004

IMPRESSUM

Herausgeber:

adalbertus-werk e.v. und adalbertus-jugend
Martinstraße 47–55, 40223 Düsseldorf.

Redaktion:

Gerhard Nitschke (verantw.), V. Nitschke-Wobbe
Am Gentenberg 1, 40489 Düsseldorf
Tel. (02 11) 40 04 40, Fax (02 11) 40 78 74
E-Mail: g.nitschke@adalbertuswerk.de
Internet: www.adalbertuswerk.de

Gestaltung und Herstellung:

Willi Wilczek MediaService
An der Vehlingshecke 35, 40221 Düsseldorf
Tel. (02 11) 15 30 31, Fax (02 11) 15 30 77
E-Mail: w.wilczek@t-online.de

Fotos: Archiv, G. Nitschke, V. Nitschke-Wobbe
Die Zeitschrift erscheint viermal im Jahr.
Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Für Nichtmitglieder wird eine Spende in Höhe von 15,- Euro je Jahr erbeten.
Konto: Postbank Essen (BLZ 360 100 43)
Konto-Nr. 1519 66-435

Es ist in der Öffentlichkeit kaum beachtet worden, dass am 11. April 1963 – also vor 40 Jahren – in Rom die letzte Enzyklika Papst Johannes' XXIII., seine „Friedenszyklika“, veröffentlicht wurde, die zum ersten Mal in der Geschichte nicht nur an alle in Gemeinschaft mit dem Papst lebenden Christgläubigen gerichtet ist, sondern „an alle Menschen guten Willens“. Sie war das große Vermächtnis des visionären Anregers zum II. Vatikanum an eine von Misstrauen, Zwietracht, Hass und gegenseitiger Vernichtung bedrohte und zerfressene Welt.

Wie steht es um diese Botschaft und ihre Wirkung in die Welt hinein heute, nach 40 Jahren?

39 Jahre danach, als am Ostermorgen 2002 israelische Panzer Bethlehem besetzten, sagte Papst Johannes Paul II. in seiner Osterbotschaft mit Empörung und Trauer „Es scheint, als sei dem Frieden der Krieg erklärt worden, niemand darfschweigen und untätig bleiben, keiner, der in Politik oder Religion Verantwortung trägt!“ Wer dem zustimmte, geriet schnell in den Verdacht, „Antisemit“ zu sein.

Und als der Heilige Vater im Vorfeld des Irak-Krieges die Vereinten Nationen und insbesondere die USA beschwor, den Krieg zu vermeiden und alle Chancen zur Erhaltung des Friedens auf diplomatischem Weg zu nutzen, wurde dennoch der Krieg vom Zaune gebrochen, der bis heute täglich unschuldige Opfer fordert, dessen faktisches Ende nicht abzusehen ist und der – was heute sicher ist – in Hinblick auf das behauptete Vorhandensein von Massenvernichtungsmitteln mit Lügen begründet war. Wer diesen Krieg ablehnte, galt schnell als jemand, der dem von

Saddam Hussein geknechteten irakischen Volk nicht die Freiheit gönnte.

Ende November dieses Jahres nun hat Johannes Paul II. beim täglichen Angelus-Gebet in der Wahrnehmung seiner Verantwortung für den Frieden geäußert: „Das Heilige Land braucht nicht Mauern, sondern Brücken“; er wurde von den so Gemahnten wohl nicht zu den „Menschen guten Willens“ gezählt, sondern ihm wurde am nächsten Tag von einem Regierungsmitglied Israels Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Staates vorgeworfen.

Auf der Titelseite der „Rheinischen Post“ war in diesen Tagen ein Abschnitt jener

„PACEM IN TERRIS“

650 km langen Mauer abgebildet, die künftig Israel von Palästina trennen wird, die der Papst mit seiner Äußerung meinte. Für den Zeitzeugen ruft dieses Bild fatale Erinnerungen an die Berliner Mauer wach, zugleich aber auch daran, dass die Einlassungen von Walter Ulbricht am 13. August 1961, als die „Freie Welt“ den Bau dieser Mauer verurteilte, sinngemäß die gleichen waren wie die des israelischen Regierungsvertreters gegenüber der Äußerung des Papstes.

Ich bin mir durchaus bewusst, dass ein Vergleich zwischen dem Unrechtssystem der DDR und dem demokratischen Staat Israel nicht zutrifft, aber es macht außerordentlich betroffen, dass die Methoden der so genannten „Sicherung der staatlichen Existenz“ und die dazu gehörigen verbalen Abwehräußerungen bei äußerer Kritik daran sich fast bis aufs Haar gleichen.

Advent – unterwegs zu Gott und den Menschen Weihnachten – Gott wird einer von uns

Geistliches Wort

Pfarrer Paul Magino

Es herrscht hektische Betriebsamkeit in den Städten und Dörfern des Landes. Menschen besorgen und kümmern sich. Wie in jedem Jahr steckt in allen der Wunsch nach einer ruhigen Zeit des Advents, Zeit der Besinnung, der Bereitung. Wie in jedem Jahr ist die gelebte Wirklichkeit eine andere.

Wir machen uns auf den Weg zu Gott, zum Fest der Menschwerdung Gottes, und Gott macht sich auf den Weg zu uns, wird in Jesus Christus einer von uns. Auch heute sind die Wege nur schwer zu ebnen, haben sich Berge aufgetürmt, die abzutragen sind. So erfuhren es das Volk Gottes zur Zeit der Propheten, so erleben wir es auch heute. Das Volk Israel war unterwegs mit seinem Gott. Immer wieder hat er es herausgerufen aus seinen Sicherheiten, weg von vertrauten Gefilden, losgeschickt in unbekanntes Land. Sie wussten nicht, wem sie unterwegs begegnen, was auf sie zukommt. Aber sie wussten, Gott, der Herr, ist bei uns, Schutz und Schild ist er. So künden es die Propheten, so erzählt es uns die Heilige Schrift.

Darin werden wir ermutigt, unseren Weg zu gehen, oft auch weg von vertrauten Gefilden, hinein in die Unsicherheiten des Lebens. Was wird es bringen?, wohin führt es?, wer wird mir Begleiter sein? Gott bietet sich uns an als der Wegbegleiter.

Oft schon hat er es gezeigt, war er dabei auf den krummen Wegen des Lebens, auf den Höhen und in den Tiefen. Auch heute sagt er uns das zu: Ich bin dir Hilfe und Schutz.

Es ist nicht Vertröstung für die Zukunft. Heute geschieht es.

In seinem Gedicht „Jetzt oder Bald“ schreibt Norbert Schuster:

*Advent.
Dein Wort
ist das Jetzt.
Nicht
das
Vielleicht
oder
Dann
Irgendwann
Nein.*

Auf das Jetzt kommt es an. Das hat Maria erfahren, als sie die Botschaft des Engels vernahm und ihr Ja gesprochen hat. Das haben die Propheten erfahren, als sie Gottes

Pacem in terris – 2003 war ein Jahr, in dem vom **Frieden auf Erden**, von friedfertigem Bemühen um dessen Erhaltung oder Wiederherstellung, kaum die Rede sein konnte, sondern von **Unfrieden auf Erden**, seiner Manifestierung in nicht mehr erträglichem Maße. Israel/Palästina, Irak, Afghanistan, Tschetschenien und jüngst die Türkei waren die Hauptschauplätze, aus denen uns die Schreckensbilder und -berichte täglich begleitet haben, ohne dass wir einen Hoffnungs-schimmer sehen, dass dieses „Kaleidoskop“ des Horrors je ein Ende hat.

Ein Zweites macht ebenso betroffen: dort, wo ernsthafte Konflikte oder Meinungsverschiedenheiten im gesellschaftlichen und politischen Raum nicht mit Gewalt ausgetragen werden, geschieht das jedoch immer seltener in Form eines Dialogs, der eine beidseitig annehmbare Lösung im Sinne von **Pacem in terris** zum Ziel hat, sondern immer häufiger mit verbalen, polemischen und mit Unterstellungen angereicherten Attacken, die unverhohlen erkennen lassen, dass der Andere kaum noch als Partner gesehen wird, sondern als Gegner, der zur Aufgabe seiner Absichten und zur Unterwerfung unter die eigenen gebracht werden soll. Nicht der Dienst an einer gemeinsamen friedlichen Zukunft sondern die Ausübung von Macht spielt auch hierbei eine immer größere Rolle.

Mit Eifer haben wir in den letzten Jahren unsere Bildungsarbeit in den Dienst der EU-Osterweiterung gestellt, mit Freude in diesem Jahr die Abstimmungsergebnisse in den einzelnen Ländern verfolgt und die Hoffnung mitgetragen, dass am 1. Mai 2004 die Erweiterung erfolgen wird. Andererseits müssen wir mit Unmut erkennen, dass schon

im Status nascendi der Machtpoker voll im Gange ist, wenn man vor allem die Verhandlungen der letzten Monate über die Europäische Verfassung und deren Inhalte verfolgte.

Und etwas anderes wirkt im Zusammenhang mit unseren Intentionen besonders schwerwiegend: seit 1947 ist die Versöhnung mit Polen ein Hauptanliegen unserer Arbeit, viele Schritte aufeinander zu sind getan worden, viele Steine der schmerzhaften gemeinsamen Geschichte sind fortgeräumt worden, Wege in die Zukunft konnten bereit werden, insbesondere seit der „Wende“, die uns ein Gespräch auf gleicher Augenhöhe ermöglicht hat. Nun scheint es, dass die unverantwortliche Polemik im Zusammenhang mit dem geplanten „Zentrum gegen Vertreibungen“, die insbesondere von Unterschriften-sammlern verschiedenster Provenienz und Kompetenz und durch eine Medienkampagne ohne gleichen betrieben wird, die entstandene Atmosphäre eines auf die Zukunft ausgerichteten friedlichen Miteinanders zu tiefst vergiften könnte, bzw. schon vergiftet hat. Die *Arbeitsgemeinschaft der katholischen Vertriebenenorganisationen (AKVO)* hat hierzu am 4. 9. 2003 eine Presseerklärung veröffentlicht (s. S.31), der nichts hinzugefügt werden muss.

... *et in terra pax hominibus bonae voluntatis* wird in der Weihnachtsnacht auch dieses Jahres weltweit in vielen Sprachen gebetet und gesungen werden, von Millionen Menschen in der Hoffnung, dass auch in den vielen geschundenen Ländern **pacem in terris** werde. Lassen Sie uns diese Hoffnung mittragen!

Gerhard Nitschke

1. Vorsitzender des Adalbertus-Werkes e.V.

Ruf hörten und aufgebrochen sind. Das haben die Hirten erfahren, als sie der Botschaft der Engel folgten. Alle haben sie entdeckt: Gott ist da, nicht ein Ferner ist er geblieben, er zieht mit seinem Volk durch die woglose Wüste, einer von uns ist er geworden.

Er ist da.
Er ist unter uns.
Er geht mit uns.
Auf ihn ist Verlass.

Die Adventszeit führt uns zueinander. Verhärtungen brechen auf, Versöhnung ist möglich, Gott gibt Kraft.

Vielleicht träumen wir manchmal von einer heilen Welt, und vielleicht ziehen wir uns zurück in unsere Träume, weil wir meinen, an dieser Welt doch nichts ausrichten zu können, sie nicht verbessern zu können. Aber wenn wir aus diesem Traum aufwachen und anfangen, etwas zu tun, dann wird sich diese Welt noch ändern. Es geht nicht um schöne Worte, wie sie in diesen Tagen des Advents und um Weihnachten oft genug zu hören sind. Es geht um das eigene Menschsein im Wis-

sen und Vertrauen: Gott ist mit uns, Gott ist mit mir. Er will in dieser Welt ankommen mitten unter uns. Er will bei uns sein, einer von uns, wo wir uns auf ihn einlassen, wo wir noch träumen können, wo wir aber auch aufwachen und handeln.



Anbetung der Drei Könige, Danziger Werkstatt (16. Jh.), Diözesanmuseum Pelpin.

ZUM TITELBILD

Der abgebildete Stadtplan ergänzt die Berichte über die 10. *Deutsch-polnischen Studententagung in Danzig*, die im Wesentlichen Thema dieses Heftes ist. Aus Anlass des Jubiläums stand die Geschichte der Stadt durch mehr als 1.000 Jahre im Mittelpunkt der Tagung. Wir haben uns diesmal dazu entschlossen, außer dem Festvortrag die vier ersten Referate der Tagung im Wortlaut zu veröffentlichen. Je zwei gehalten von einem Polen und einem Deutschen, halten sie – mit hoher Kompetenz erarbeitet und in außerordentlicher Dichte – Danzigs Geschichte von den historisch belegbaren Anfängen bis zum Jahre 1919 fest, wie sie bisher noch kaum veröffentlicht wurde. Das besagt nicht, dass die übrigen Beiträge zur Tagung weniger bedeutend gewesen wären – die Hinweise im Gesamtbericht lassen das erkennen – doch wäre dann aus Platzgründen nur wieder von allen Beiträgen die Wiedergabe inhaltlicher Zusammenfassungen möglich gewesen, durch die vor allem die Authentizität der ersten vier Vorträge erheblich gelitten hätte.

Der Stadtplan verdeutlicht den in den Vorträgen dargestellten Ablauf der Geschichte: zum einen zeigt er die Ausdehnung der Stadt zur Blütezeit Mitte des 17. Jh., als das Wehrsystem mit 19 Bastionen rings um die Stadt voll ausgebaut war und sie uneinnehmbar machte, zum anderen lässt sich an ihm das Zusammenwachsen aus sieben einzelnen Siedlungsgebieten gut ablesen, die mit ihren Namen eingetragen sind. Mit jeweils unterschiedlicher Gründungsgeschichte und unterschiedlichen Rechten ausgestattet, wurden sie erst nach 1454 zu einem einheitlichen Stadtorganismus unter der Führung der Rechtstadt vereinigt, die teilweise vorhandenen eigenen Wehrbauten dabei überwiegend beseitigt und die **Jungstadt** im Norden – eine 1380 erfolgte Gründung des Deutschen Ritterordens als Konkurrenz zur Rechtstadt – abgebrochen.

Das Zentrum des pommerellischen Danzigs vom 10. bis E.13. Jh. lag im Norden der heutigen Stadt, dort wo „Altes Schloss“, „Altstadt“, „Hakelwerk“ zu lesen ist, wobei dieses schon ein nach 1308 vom Ritterorden im Bereich des ehemaligen „Suburbiums“ angelegtes Siedlungsgebiet für die bis dahin im Schlossbereich wohnende slawische Bevölkerung war. Auf dem Gebiet der **Rechtstadt** gab es im 7.–9. Jh. schon eine, bisher nicht näher erforschte, Ansiedlung. Dort siedelten sich ab A.13. Jh. vornehmlich deutsche Kaufleute an, insbesondere aus Lübeck, über deren Rechte in den Vorträgen von Prof. Januszajtis berichtet wird. Zwischen diesen beiden Bereichen entstand nach 1348 die **Neustadt**, angelegt auf ehemaligem Klostergut der Dominikaner. Der anhaltende Siedlerstrom führte dann E.14./A.15. Jh. zur Anlage der **Vorstadt** im Süden und der **Niederstadt** im Osten.

DANZIG – POLEN – EUROPA

Die Bedeutung der „FREIHEIT“ im Spannungsfeld von Geschichte und Gegenwart

10. Deutsch-polnische Studientagung in Danzig vom 10. bis 17. Mai 2003

Liegen zehn Jahre vor uns, meinen wir, es sei eine erhebliche Spanne Zeit, liegen sie hinter uns, wundern wir uns, wie schnell sie vergangen sind. So musste man sich bei der Vorbereitung der 10. Deutsch-polnischen Studientagung in Danzig doch hin und wieder vergewissern, dass es tatsächlich schon zehn Jahre her waren, als 1993 in Gemen die dann 1994 in die Tat umgesetzte Idee geboren wurde, in Danzig eine erste Deutsch-polnische Studientagung zu veranstalten. Wenn wir damals auch noch nicht davon geträumt haben, dort quasi ein Pendant zu den seit 1947 stattfindenden „Gementreffen“ zu schaffen – Adam Krzemiński, von dem die Idee stammte, hatte zwar gesagt: es wäre nun an der Zeit, auch in Danzig „Gementreffen“ zu veranstalten – so zeigte doch bereits die erste Tagung 1994, dass unter den deutschen und besonders auch den polnischen Teilnehmern der Wunsch vorhanden war, weitere Tagungen folgen zu lassen. Dass daraus jedoch eine jährlich stattfindende Veranstaltung in Danzig entstehen könnte, hat damals wohl kaum jemand zu hoffen gewagt; und ein zweites sicher noch weniger, nämlich, dass diese Tagungen in Danzig eine im Laufe der folgenden Jahre zunehmende Beachtung finden würden, und zwar nicht nur im Bereich der ohnehin an einem intensiven deutsch-polnischen Dialog interessierten Kreise, sondern auch bei den Medien und bis hinauf zu den führenden Repräsentanten der Stadt in Rat und Stadtpräsidium.

So war die Übernahme der Schirmherrschaft über die 10. Studientagung durch den Vorsitzenden des Rates der Stadt, Bogdan Oleszek, und den Stadtpräsidenten, Paweł Adamowicz, nicht nur eine außerordentliche Geste der Anerkennung und Identifikation mit unserer Arbeit, sondern auch Ausdruck der Mitträgerschaft dieser Tagung, deren Vorbereitung in enger Abstimmung mit der „Hanse-Beauftragten“ der Stadt Danzig, Frau Jolanta Murawska, verlief, so dass zwei herausragende Veranstaltungen im „Neuen Rathaus“ unter Beteiligung von Repräsentanten der Stadt stattfinden konnten.

Die Thematik der Tagung stellte bewusst einmal mehr die Stadt DANZIG in den Mittelpunkt, und zwar in einem ganz besonderen Kontext ihrer Geschichte als Grundlage für Perspektiven ihrer Zukunft. Danzig war Jahrhunderte hindurch eine Stadt mit einem sehr hohen Anspruch an seine „FREIHEIT“, in unterschiedlicher Gestaltung seiner Bindungen an Polen und Deutschland. Die Unterdrückung der Freiheit in den Zeiten der nazistischen und kommunistischen Herrschaft konnte den „Genius loci“ nicht daran hindern, in der

Solidarność-Bewegung erneut aufzubrechen und letztlich zur Befreiung Ostmitteleuropas zu führen. Auf der „Jubiläumstagung“ sollte daher versucht werden, aus den geschichtlichen Erfahrungen Impulse für die zukünftige Gestaltung Europas zu gewinnen.

Nachdem im vorigen Jahr wegen der Einbindung der Tagung in das „I. Weltweite Treffen der Danziger“ ein Ausweichquartier für die 9. Studientagung gewählt werden musste, konnten wir diesmal in die durch die acht Vorgängertagungen vertraute Umgebung des Maximilian-Kolbe-Hauses neben der St.-Trinitatis-Kirche in der Danziger Vorstadt zurückkehren, dessen



**Eröffnungsgottesdienst (von links):
Pfarrer Knobel, Pater Zils,
Pater Deyna und Msgr. Goedeke.**

Leiter Pater Roman Deyna OFM und seine Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sich in besonderem Maße engagierten, zum Erfolg dieser Jubiläumstagung beizutragen.

Aus Deutschland waren in diesem Jahr 19 Teilnehmer angereist – davon drei wieder als Referenten tätig –, hinzu kam aus Brüssel erneut Pater Diethard Zils OP, der zum einen während der gesamten Tagung wieder als „Bedarfs-Dolmetscher“ fungierte, zum anderen gemeinsam mit Pfarrer Paul Magino die spirituelle Ausrichtung der Tagung verantwortete, die wie gewohnt in den morgendlichen Meditationen und vor allem in den gemeinsamen deutsch-polnischen Gottesdiensten ihren Ausdruck fand. Mit besonderer Freude wurde aufgenommen, dass Prälat Johannes Goedeke – inzwischen im 90. Lebensjahr – auch diesmal den Kreis der Priester ergänzte. Mit einer Ausnahme hat er sonst an allen Tagungen teilgenommen und stets aus seiner langen Lebenserfahrung als Priester und Danziger inhaltlich und geistlich Wesentliches zu ih-

rem Verlauf beigetragen. Aus Danzig und Umgebung – Zoppot, Gdingen, Rahmel, Neustadt – waren es wieder ca. 40 Tagungsteilnehmer, insbesondere aus der „Gesellschaft Polen-Deutschland“ und dem „Bund der deutschen Minderheit“, darüber hinaus viele interessierte Einzelgäste bei den kulturellen und festlichen Veranstaltungen aus Anlass des Jubiläums.

Die Tagung begann – nach der individuellen Anreise der deutschen Teilnehmer – traditionell am Samstagabend, 10. Mai, mit der Begrüßung durch einige Vertreter der beiden Partner-Gemeinschaften vor Ort und dem gemeinsamen Abendessen. Der folgende Sonntag, 11. Mai, stand dann schon ganz im Zeichen des Jubiläums: nach der offiziellen Eröffnung gemeinsam mit den polnischen Gastgebern folgte ein festlicher Gottesdienst in der St.-Trinitatis-Kirche, konzelebriert von Pater Deyna mit Msgr. Goedeke, Pater Zils und Pfarrer Knobel, wie immer gemeinsam mit der Gemeinde. Gottesdienstsprachen waren Polnisch, Deutsch und Latein. Pater Deyna würdigte in seiner Predigt die Arbeit des Adalber-

tus-Werkes und besonders den Beitrag der zehn Studientagungen zum deutsch-polnischen Dialog und zur Verständigung unter den heutigen und ehemaligen Danzigern.

Am Nachmittag stand dann die erste festliche Veranstaltung aus Anlass des Jubiläums im „Neuen Rathaus“ – dem ehemaligen Generalkommando und heutigen Sitz von Rat und Präsidium der Stadt – auf dem Programm: Die Eröffnung der Ausstellung „ERINNERUNG BEWAHREN – ZUKUNFT GESTALTEN“, die anschließend drei Wochen lang im kleinen Festsaal der Öffentlichkeit zur Besichtigung offen stand.

In Anwesenheit weiterer Vertreter aus Rat und Stadtverwaltung sprachen die Ratscherrin Elżbieta Grabarek-Bartoszewicz und der Stadtvicepräsident Waldemar Nocny Grußworte und führte der Vorsitzende des Adalbertus-Werkes, Gerhard Nitschke, in Aufbau und Inhalt der Ausstellung ein, die auf 52 Bildtafeln mit zweisprachigen Erläuterungen die wesentlichen Stationen der „Bildungsarbeit der Danziger Katholiken in Deutschland“ seit 1947 dokumentiert. Ein anschließender Empfang gab Gelegenheit zu Gesprächen zwischen den zahlreich



Eröffnung des Ausstellung (von links): Gerhard Nitschke, Jolanta Murawska, Elżbieta Grabarek-Bartoszewicz und Waldemar Nocny.

Sängern und Instrumentalisten bestanden.

„Blüte und Niedergang“ stand als Leitwort über dem Dienstag,

erschienenen Besuchern und Vertretern der Medien.

Der Tag schloss mit einem festlichen Konzert in der St. Katharinenkirche: die CAPPELLA GEDANENSIS – dem Adalbertus-Werk seit der ersten Studientagung 1994 freundschaftlich verbunden – erwies sich unter der Leitung von Frau Prof. Dr. Alina Kowalska-Pinczak einmal mehr als exzellentes Interpreten-Ensemble der großen historischen Schätze Danziger Musik und gab diesem Festtag den adäquaten Abschluss.

Wie seit der ersten Tagung erprobt, hatte dann jeder der folgenden Tage im Rahmen des Gesamtthemas wieder seine eigene thematische Ausrichtung. Der Montag, 12. Mai, stand am Vor- und Nachmittag unter dem Leitgedanken: **„Aus dem Dunkel der Geschichte zur Hansestadt“**. Prof. Dr. Andrzej Januszajtis hatte es übernommen, in zwei Vorträgen den Aspekt „FREIHEIT“ in seinen unterschiedlichen Facetten innerhalb der frühen Stadtgeschichte von den Anfängen bis 1454 darzustellen, und zwar zunächst zum Thema: **„Stadtluft macht frei – von der slawischen Siedlung zur ‚Civitas Danzick‘ im pommerellischen Herzogtum“**, und sodann unter dem Gedanken: **„Die ‚Freiheit‘ der Bürger unter der Ordensmacht – die Hansestadt im Staat des Deutschen Ritterordens 1308–1454.“** Der Referent stellte in den beiden Vorträgen insbesondere die beiden unterschiedlichen Stadtrechtsformen und ihre Auswirkungen für die Bürger in den beiden Epochen gegenüber: das Lübsche Recht zur Zeit der pommerellischen Herrschaft, das Kulmer Recht unter der des Deutschen Ordens. Am Nachmittag gab dann ein Besuch im Danziger Stadtarchiv Gelegenheit, in einer eigens für unsere Tagung arrangierten Ausstellung die entsprechenden Urkunden zur frühen Stadtgeschichte im Original einzusehen.

Der Abend bot dann einen zweiten bemerkenswerten musikalischen Akzent unter dem Thema: **„Danziger Orgeln und Orgelmusik – zur Erinnerung an die Einweihung der großen Orgel in der St. Katharinenkirche vor 400 Jahren.“** Erneut waren wir im Herder-Centrum zu Gast, wo Viola Nitschke-Wobbe M.A. die Zuhörer in Bild und Klang in die Blütezeit des Danziger Musiklebens im 17. Jahrhundert zurückführte, als alle großen Danziger Kirchen – teilweise mehrere – hervorragende Orgeln besaßen und an ihnen jeweils eigene Ensembles von

tag, 13. Mai. Dr. Hans-Werner Rautenberg, Historiker und langjähriger Mitarbeiter des Herder-Instituts in Marburg, behandelte am Vormittag die sich in zwei Epochen gliedernde weite Zeitspanne von 465 Jahren, und zwar unter den beiden Einzelthemen **„Zwischen Privilegien und Huldigung – die ‚freie‘ Stadtrepublik unter der Krone Polens 1454–1793“**, sowie **„Verlust Jahrhunderte alter Freiheitsrechte – als Provinzstadt in Preußen 1793–1919“**. In beiden Vorträgen wurde die Ambivalenz des Begriffs „Freiheit“ im Kontext der Stadtgeschichte besonders deutlich: zum einen in der Zeit unter der Krone Polens in den Auseinandersetzungen um die inneren Strukturen der Stadt zwischen dem König, dem Patriziat und den Einwohnern der Stadt – insbesondere auch im Zusammenhang mit der Reformation – zum anderen unter der preußischen Herrschaft in der steten Entwicklung von der Aversion gegenüber den neuen Herren bis zur Eingliederung in den preußischen Staat und der aktiven Teilhabe Danzigs an den neuen „bürgerlichen Freiheiten“.

Nach einem zur freien Verfügung stehenden Nachmittag griff dann die Abendveranstaltung dieses Tages – die wiederum im Herder-Centrum stattfand – thematisch schon auf den folgenden Tag voraus: **„Erkaufte Freiheit – der Exodus der Juden aus Danzig 1939.“** Unterstützt von Dias sprach Dipl.-Ing. Gerhard Nitschke über dieses weitgehend unbekanntes Kapitel Danziger Geschichte. Das Schicksal der Juden in der „Freien Stadt Danzig“ verlief anders als im „Reich“. Zwar brannten auch hier in der „Reichskristallnacht“ – die erst vom 12. zum 13. November 1938 stattfand – in Danzig-Langfuhr und Zopot die Synagogen, doch die Große Synagoge in der „Rechtstadt“ blieb durch beherrschtes Eingreifen führender Vertreter der Gemeinde davor bewahrt. Sie wurde dann Anfang 1939 zum Zwecke des Abbruchs an die Danziger Behörden verkauft, worauf ein großer Teil der noch in der Stadt verbliebenen 6.000 Juden diese verlassen konnte, um zu versuchen, mit illegalen Transpor-

ten Palästina zu erreichen. Ebenso gelangte kurz vor Kriegsbeginn der bedeutende Synagogenschatz durch Verkauf nach New York in das dortige Jüdische Zentrum.

„Der Weg ins Inferno“ war der Mittwoch, 14. Mai, überschrieben. Erneut waren es zwei Schritte, in denen Dr. Jürgen Hensel, Historiker und Vorsitzender der Wissenschaftlichen Abteilung des Jüdischen Historischen Instituts in Warschau, diesen Weg nachzeichnete: zunächst **„Im Spannungsfeld zwischen Deutschland und Polen – die ‚Freie Stadt Danzig‘ 1920–1939“**, und sodann **„Zwischen Anpassung und Widerstand – die Kriegszeit 1939–1945“**. Im ersten Teil stand der fatale Weg in den Nationalsozialismus mit Hermann Rauschning als Galionsfigur – über den jüngst ein Buch erschien, dessen Mitautor der Referent ist – im Mittelpunkt der Betrachtungen; im zweiten dann vor allem die Frage, welche Formen tatsächlichen Widerstandes es in Danzig gegeben hat, insbesondere auch in Hinblick auf die Verfolgung und Eliminierung der Danziger Polen 1939.

Das Inferno selbst und seine Folgen waren dann Gegenstand eines eindrucksvollen – und wegen der zum Teil schonungslosen Offenheit der Beteiligten – auch tief bewegenden Gesprächsforums mit Zeitzeugen am Nachmittag unter dem Thema: **„Ohne Freiheit, Hab und Gut – Untergang Danzigs 1945 und Vertreibung der Deutschen – Neubesiedlung unter kommunistischer Herrschaft.“** Noch einmal wurden die Schrecken der Erniedrigung beim Einmarsch der Roten Armee, der Verlust aller Rechte und der Menschenwürde für die „alte“ Danziger Bevölkerung lebendig, aber auch die ersten problematischen Jahre des Wiederaufbaus in einer Trümmerwüste für die „neue“, begleitet von der immer stärker



Dr. Jürgen Hensel (l.) bei seinem Vortrag.

werdenden Einengung ihrer Freiheitsrechte durch den Kommunismus.

Der Tag klang aus – der Tradition gemäß – im Gottesdienst und der anschließenden Begegnung in Danzig-Nenkau/Gdańsk-Jasien, zu Gast in der Dorotheen-Gemeinde. Diesmal konnten wir unsere gemeinsame **Hl. Messe für Frieden und Versöhnung** zum ersten Mal unter der fertigen Deckenverkleidung feiern, die den Raum außerordentlich prägt und ihm nun einen festlich-sakralen Charakter verleiht. Pfarrer Kabat, Prälat Goedeke, Pfarrer Knobel und Pater Zils

standen am Altar, letzterer hielt auch wieder die Predigt in beiden Sprachen. Zum ersten Mal erklang das Dorotheen-Lied im Wechsel zwischen der deutschen und der von Pater Zils geschaffenen neuen polnischen Fassung.

Der Donnerstag, 15. Mai, der unter dem Gedanken „**Aufbruch zu neuer Freiheit**“ stand, brachte am Vormittag zunächst drei kürzere Referate, die diesen Aufbruch in unterschiedlichen Facetten nachzeichneten. Zuerst stellte Prof. Dr. Wiesław Gruszkowski – Architekt der ersten Stunde – unter dem Thema „*Aus Ruinen zu neuem Leben – der Wiederaufbau Danzigs*“ die technischen und ideologischen Probleme dar, die die heute weltweit gerühmte Aufbauleistung begleitet haben. Sodann referierte Sławomir Cenckiewicz, Mitarbeiter am Wissenschaftlichen Institut der Solidarność in Gdingen, über „*Knechtschaft zu neuer Freiheit – die Bewegung Solidarność*“ und stellte dabei auch die schwierigen Probleme dar, die sich aus der Ambivalenz zwischen dem Auftrag als Gewerkschaft und dem wachsenden politischen Engagement ergaben. Und als dritter berichtete Prof. Dr. Andrzej Januszajtis unter dem Thema „*Die wiedergewonnene Freiheit nach der ‚Wende‘ – der Weg zu einer demokratisch regierten Stadt*“ von seinen Erfahrungen als erster frei gewählter Ratspräsident Danzigs 1990–1994. Es war faszinierend, wie er den schwierigen aber beharrlich beschrittenen Weg beschrieb – allein schon die große Zahl von Gesetzen und Verordnungen, die aus der kommunistischen Zeit revidiert werden mussten, war beeindruckend – den Übergang aus einer Gesellschaft unter parteilicher Indoktrination in eine mit demokratisch-bürgerlichen Freiheiten zu gestalten.

Der Donnerstagnachmittag stand dann ganz im Zeichen des Jubiläums: Der Vorsitzende des Rates und der Präsident der Stadt Danzig hatten gemeinsam mit dem Adalbertus-Werk e. V. zu einer **Festakademie zur 10. Deutsch-polnischen Studientagung** in das „Neue Rathaus“ eingeladen. Der Ratsvorsitzende Bogdan Oleszek begrüßte die Festversammlung im großen Ratssaal und würdigte dann die Arbeit des Adalbertus-Werkes und seinen Beitrag zur Verständigung zwischen „alten“ und „neuen“ Danzigern, besonders auch durch die Studientagungen in den vergangenen zehn Jahren, auf deren thematische Ausrichtung und Intention danach Gerhard Nitschke einen kurzen Rückblick hielt. Es folgten Grußworte von der deutschen Konsulin Julia Hiltner



Begüßung durch den Ratsvorsitzenden Bogdan Oleszek.

und Prof. Dr. Januszajtis, sowie die Rezitation dreier Danzig-Gedichte von Joseph von Eichendorff, Pablo Neruda und Karl H. Bohlay, vorgetragen in deutscher und polnischer Sprache.

Adam Krzemiński, Warschau, sprach dann im Festvortrag zum Thema „*DANZIG – POLEN – EUROPA – Perspektiven einer gemeinsamen Zukunft in Freiheit*“. Er rief die Polen und Deutschen dazu auf, nun endlich die Chance zu ergreifen, gemeinsam die Gräben der jüngsten Geschichte zuzuworfen und einen Weg in die Zukunft zu bauen. Die beeindruckende Feststunde, die musikalisch vom Akademischen Chor der Universität Danzig gestaltet wurde, schloss mit einem Dankeswort von Gerhard Nitschke, während dessen er dem Ratspräsidenten Oleszek die zum Jubiläumsjahr 1997 im Auftrage der Kurie in Rom herausgegebene St.-Adalbert-Medaille überreichte. Ein Empfang im kleinen Festsaal zum Ausklang inmitten unserer Ausstellung vereinte die Festversammlung noch einmal zu Begegnung und Gespräch.

Den Abschluss der Tagung bildete dann am Freitag, 16. Mai, wieder eine ganztägige Exkursion unter dem Thema „*Im Spannungsfeld von Macht und Glauben*“. Die *Marienburg* und *Marienwerder* waren die Ziele, zum einen das geistlich-weltliche Machtzentrum des Ordensstaates durch ca. 150 Jahre, eine großartige abendländische Kulturstätte, doch bis heute zwischen Polen und Deutschen umstritten in Hinblick auf seine Ausstrahlung auf die Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen im Mittelalter und in der Folgezeit; zum anderen der Sitz des Bischofs von Pomesanien, eines der vier 1243 eingerichteten Bistümer im Ordensstaat, Bischofsburg und Dom, der durch die

hl. Dorothea, ihre letzten Lebensjahre und ihren Tod in der Klausur 1394, zum Ort des Heils für den ganzen Weichselraum und darüber hinaus geworden ist. Und wenn auch heute nur noch mittelbar durch den Bau und die vorhandene Klausur ihre geistige Präsenz erlebbar ist, ist hier eine jener Stätten, an denen durch die gemeinsame Heilige das Gebet um die Versöhnung zwischen Polen und Deutschen im besonderen seinen Platz hat. Dort im Dom von Marienwerder feierten wir dann mit Pfarrer Magino und Pater Zils den Abschlussgottesdienst der 10. Deutsch-polnischen Studientagung, insbesondere auch im Gedenken an die Verstorbenen in der letzten Zeit aus unserem Kreis in Deutschland und in Danzig.

Spät kehrten wir zurück nach Danzig ins Maximilian-Kolbe-Haus, erfüllt mit vielen neuen Eindrücken von dieser Fahrt und mit Freude und Dankbarkeit für eine großartige Jubiläumswoche, was in der kurzen Reflexion von den deutschen und polnischen Teilnehmern zum Ausdruck gebracht wurde. Dabei wurde insbesondere vermerkt, dass diese Jubiläumstagung in ganz besonderer Weise die Verbindungen des Adalbertus-Werkes zur Stadt Danzig, zu den Präsentanten von Rat und Präsidium aber auch zu den Bürgern, gefestigt hat und



Marienburg

dass zu hoffen sei, dass sich dieses Band der gegenseitigen Sympathie und der gemeinsamen Interessen auch in Zukunft weiter verstärken möge.

Nach einem gemeinsamen Mahl, das uns noch einmal in unserer Tagungsstätte vereinte, gingen wir zum zehnten Mal wieder auseinander, hoffend, einander im nächsten Jahr 2004 bei der 11. Studientagung wieder zu begegnen.

Gerhard Nitschke



Das Lübische Recht in Danzig

Anfänge

Die Anfänge Danzigs verlieren sich im Dunkel der Geschichte. Die Erwähnung der Stadt Danzig – *urbs Gyddanyzc* – in der Lebensbeschreibung des heiligen Adalberts ist nur ein „Taufzeugnis“, das ihre Existenz im Jahre 997 belegt und ihren Namen – praktisch identisch mit dem heutigen – angibt. Dank den nach dem Krieg durchgeführten archäologischen Untersuchungen auf dem Gelände der ehemaligen Burg wissen wir, dass sie mindestens seit etwa 980 bestanden, mächtig befestigt und mit einem Hafen verbunden war. Solch eine Burg konnte nur vom Polenherzog Mieszko I. gegründet worden sein, der um diese Zeit sich rühmte, dass seine Herrschaft sich entlang der Seeküste von der Oder- bis zur Weichselmündung erstreckte. Auf der Burg residierte sein Statthalter.

Die Ausgrabungen unter dem Rechtstädtischen Rathaus erlauben es, die Metrik Danzigs in eine noch frühere Zeit zu verschieben. Die ältesten Fragmente der Holzkonstruktionen stammen aus dem Anfang des 10. Jh., das bewegliche Material sogar aus dem 8. Jh. Die neu erforschten dendrochronologischen Daten aus diesem Gelände sind 901, 915, 918, 926 usw. bis 936. Auch die Entdeckungen in der Altstadt und unter der Markthalle bestätigen das hohe Alter der St. Katharinen- und der St. Nikolaikirche und einen viel größeren Umfang der slawischen Stadt als man bisher vermutet hatte.

Wie war ihre Verfassung? Im Mangel der Nachrichten muss man sich auf Analogien aus Pommern stützen. Die Stammes- und Sippenordnung wich dort damals der herzoglichen Gewalt, die jedoch nicht zu stark war. Die Großstädte Wollin und Stettin, etwas übertrieben als Stadtrepubliken bezeichnet, erkannten nur nominell die Oberhoheit des Herzogs an, der in ihnen einen exterritorialen Hof besaß, sie aber nicht unmittelbar regierte. Die wichtigsten Entscheidungen wurden auf den allgemeinen Versammlungen beschlossen. Die Anträge wurden durch Akklamation befürwortet, die Einstimmigkeit erreichte man manchmal mit Hilfe von Stöcken, durch Wegnahme des Vermögens oder Verbannung. Anfänglich hatten die Ältesten die wichtigste Stimme, später bildete sich auf natürliche Weise eine Schicht der Wohlhabendsten und Einflussreichsten heraus, die eine Art von Senat bildeten. Sie durften unter sich einen Stadthauptmann wählen.

In der herzoglichen Stadt Danzig war die Macht des Herrschers viel größer als dort, aber in den wichtigsten Angelegenheiten rief man auch die Volksversammlung zu Hilfe. In einer Lebensbeschreibung des heiligen Adalbert lesen wir, dass nach seiner Ankunft der Herzog (Statthalter) die Volks-



Prof. Dr. Andrzej Januszajtis,
Danzig

versammlung berufen hat, um seine Freude auszudrücken, aber das Volk war empört wegen dessen Verachtung gegenüber seinen heidnischen Götzen. Nach dem Argumentenaustausch erklärten sie, dass – solange er den Bischof bei sich habe – sie an seiner Versammlung nicht teilnehmen wollten. Solche Versammlungen hatten auch Gerichtsfunktionen, entschieden über Abgaben, öffentliche Arbeiten, Vorbereitungen zur Abwehr eines Angriffes usw.

Weg zur Lübischen Freiheit

Nach der Eroberung Pommerellens durch Boleslaus Schiefmund von Polen in den Jahren 1116–1119 residierten in Danzig seine Statthalter, die den Titel *princeps* – Fürst trugen. Ihre Macht war geringer als die der Herzöge, aber in ihrem Gau war sie fast absolut, nur in den wichtigsten Angelegen-



Büste von Herzog Swantopelk II.
im Schlosspark von Oliva.

heiten durch die traditionellen Volksversammlungen begrenzt. Aus diesen Statthaltern entwickelte sich eine Dynastie. Ihr bedeutendster Vertreter war Swantopelk II., der sich 1227 unabhängig von Polen machte und seinen Titel in *dux* – Herzog änderte. Danzig war Hauptstadt seines Herzogtums. Um seinen Rang zu erhöhen, erteilte er ihr das Stadtrecht. Da die Originalurkunde fehlt, können sich die Historiker über das Erteilungsdatum nicht einigen – man nimmt als solches die Jahre von 1224–1226 bis 1263 an. Um das Problem zu lösen, muss man folgende Tatsachen berücksichtigen:

- a) Um 1180 entsteht in der schon bestehenden Marktsiedlung die St. Nikolaikirche, deren Grundmauern letztlich unter der Markthalle entdeckt wurden.
- b) 1224–1226 stellt *der Herr von Danzig Swantopelk dem Vogt, den Ratsherren, der Gemeinde der Bürger und Kaufleute von Lübeck* eine Urkunde aus, in welcher er die Gebühren für Hilfe bei Schiffbruch und Zollgebühren für eingeführte Waren festsetzt. Außer den Hofbeamten sind deren Zeugen die Danziger Bürger *Andreas, Albertus, Henricus* und *Marquardus*.
- c) 1227 übergibt der Herzog den aus Krakau gekommenen Dominikanermönchen die Nikolaikirche, auf die sein Kaplan Wilhelm verzichtet hat. Unter den Zeugen begegnet uns wieder der *Andreas*, der jetzt Schultheiß ist (*scultetus Andreas*), und *Albertus*, wie auch ein *Hermanus Sapiens*.
- d) Im Privileg für die Kirche in St. Albrecht von 1236 wird Danzig eine *civitas* genannt.
- e) 1240 ermäßigt der Herzog *den beliebten Freunden Ratsherren und Bürgern von Lübeck* den Zoll, versichert ihnen personale Freiheit und Erhaltung der Habe beim Schiffbruch.
- f) 1259 wird ein Konrad von Danzig Bürger von Lübeck.
- g) 1263 bestätigt Swantopelk dem Olivaer Kloster die Mühle in Vriest (Langfuhr), gekauft vom *Arnold dem alten Danziger Schultheiß*. Einer der Zeugen ist Luder, Priester von St. Katharinen. In demselben Jahre übersendet der Lübecker Rat auf eine Bitte des Herzogs und der Bürger von Danzig ihnen eine Abschrift seines Stadtrechtes.
- i) 1267 und 1268 erteilt Herzog Wartislaw den Lübeckern ein Privileg.
- j) 1271 werden die Schutzpatrone von drei Danziger Kirchen erwähnt: St. Katharinen, St. Marien und St. Nikolai.
- k) 1272 verspricht Herzog Mestwin den Einwohnern von Dirschau in gleicher Weise *Frieden, Ordnung und Versicherung* zu geben, wie er seinen Bürgern in Danzig erteilt hat.
- l) 1273 treten in einer herzoglichen Urkunde der Schultheiß Heinrich Pape und drei *cives* (Bürger) auf.
- m) 1274 schreibt der Herzog an den Schultheiß und die *consules* (Ratsherren) der Stadt Danzig.



Ältestes Stadtsiegel (13. Jh.).

- n) 1295 wird in einem Schreiben an die Stadt Lübeck das Stadtsiegel von Danzig erwähnt.
- o) 1298 und 1299 stellt der Rat einige Urkunden ohne den Schultheiß aus, der jedoch mit dem Rat 1303 wieder genannt wird.

Diese dem Anschein nach eindeutigen Tatsachen gaben Anlass zu erstaunlich mannigfachen Interpretationen. Die einfachste von ihnen muss am wahrscheinlichsten sein: An der Wende vom 12. zum 13. Jh. begannen die Kolonisten aus dem Westen (hauptsächlich aus Lübeck und Westfalen) hereinzufließen. 1227 besteht schon eine stadtrechtliche Gemeinde mit einem Schultheiß an der Spitze. Das Lübische Recht wurde ihr vor 1236 – möglicherweise schon 1227 – erteilt. Die Urkunden von 1240, 1259, 1263, 1267, 1268 bestätigen die Beziehungen zu Lübeck. 1263 erhält Danzig den aktualisierten Kodex des Lübischen Rechts. 1266 hat schon das Lübische Stadtviertel eine Bürgerkirche (*ecclesia burgensium*), vermutlich die von St. Marien. Ihr Patrozinium wird 1271 bestätigt, aber die Schutzpatronin des Ortes (*matrona loci*) bleibt Sancta Katharina. 1274 wirkt an der Seite des Schultheißes ein Rat, der allmählich größere Selbstständigkeit erwirbt (1298, 1299). 1295 hat die Gemeinde das eigene Stadtsiegel (der älteste erhaltene Abdruck stammt von 1299). Mit Namen werden die Schultheißen *Andreas* (1227), *Arnold* (vor 1263), *Henricus Pape* (1273) und *Janko* (1303) und die Ratsherren *Andreas*, *Hermann Slisting* vel *Slichting* und *Jan Sela* (1303) bekannt. Zu den letztbenannten dürfen die mindestens seit 1224 in Urkunden erscheinenden Zeugen zugerechnet werden, weil sie – ohne als Ratsleute bezeichnet zu sein – Vertreter der Stadtgemeinde waren. Meistens treten deren vier auf, was ihrer formellen Zahl im sog. stehenden Rat entsprechen durfte. Der allgemeine Rat mag anfänglich sechs Mitglieder gehabt haben.

Lübisches Recht

In Namen der Heiligen und Unteilbaren Dreifaltigkeit amen. Des Jahres von der Leibnahme des Herrn 1263. Mit Rücksicht auf Ehre, Achtung und Bitte des erlauchten Herrn Swantopelk, Herzog von Pommerel-

len, wie auch auf Ehre und Bitten der Bürger der Stadt Danzig, ließen die Ratsherren der Stadt Lübeck ihre ihnen von dem hochberühmten Herrn Heinrich, Herzog von Schwaben, Bayern, Sachsen, Angarn und Nordelbing erteilten und durch sein Privilegium bestätigten Rechte abschreiben. Folgt das Dekret der Stadt Danzig, für sie durch die Ratsherren von Lübeck systematisch zusammengestellt. So klingt die Einleitung zu dem der Stadt Danzig zugesandten Kodex, der allerdings nur die Rechtsvorschriften enthält.

Das Lübische Stadtrecht stützte sich auf Rechte und Freiheiten, gegeben 1163 durch Heinrich den Löwen, bestätigt und erweitert 1188 durch Kaiser Friedrich I. 1201 erscheinen dort ein Vogt und 5 Ratsherren. 1226 wurde Lübeck vom Kaiser Friedrich II zu einer Freien Reichsstadt erhoben – der ersten in der Geschichte. Diese attraktiven Freiheiten begannen sich schnell zu verbreiten. Bis zum Ende des 13. Jahrhunderts wurden sie von mindestens 80 Städten übernommen – meistens im Ostseeraum. Rostock hat das Lübische Recht 1218 erhalten, Gadebusch 1225, Wismar 1227, Stralsund 1234, Kiel 1242, Elbing 1246, Reval 1248, Greifswald 1250, Memel 1254, Kolberg 1255, Dirschau 1260, Köslin 1266 usw. Um 1400 war es Rechtsgrundlage für mindestens eine Viertelmillion Menschen!

Das Privileg Heinrichs des Löwen von 1163 gibt grundsätzlich nur die Vorschriften, die den Stadtrat betreffen. Das Kaiserprivileg von 1188 ergänzte das mit einer Reihe von allgemeineren Vorschriften, wie das Recht die *Wege und Abwege, Äcker und Brachland, Gewässer und Teiche, Wälder und Weiden, und Ausfuhr mit Schiffen und Wagen auszunützen entsprechend den Bedürfnissen* in Grenzen des Stadtgebiets, auch Fische im Fluss Trave und in der See zu fangen, Brennholz aus dem Walde zu nehmen, Schweine zu weiden usw. Sehr wichtig war das Recht, das Stadtrecht auch zu ändern: *... aus besonderer Gunst für unsere beliebten Bürger erlauben wir ihnen, dass wenn sie in ihrer Stadt zukünftig irgend etwas in ihren Gesetzen verbessern möchten, dass sie es, jedoch ohne Nachteil unseres Richters, zu verbessern nicht unterlassen.*

Umfang der Freiheiten

Von 100 Artikeln des „Dekretes der Stadt Danzig“ von 1263, wurden 51 aus dem Anhang zu den Lübischen Zolltarifen von 1220–1226 übernommen, die anderen 49 bilden eine spätere Ergänzung. Der ältere Teil beginnt mit den Artikeln:

Der Bürger hat freies Recht die Besitztümer aus dem durch sich erworbenen Vermögen zu verpfänden, zu verkaufen, (und) wem er will zu schenken.

Dreimal im Jahre findet eine allgemeine Versammlung statt. Jeder, der Besitzer seiner eigenen Herde ist, stellt sich, wenn er binnen der Stadtmauer ist. Wenn er ohne Erlaubnis abwesend ist, und der Hauptmann es verfolgen will, er die gesetzte Strafe ihm bezahlt.

Auf der allgemeinen Versammlung richtet man nur drei Sachen, nämlich über den Nachlass, den Grundbesitz und die öffentlichen Bedürfnisse.

Das Erbesitztum darf niemand verpfänden, verkaufen, verschenken ohne Einwilligung der Erben.

Unter den weiteren Artikeln ist folgender erwähnenswert:

Kein Lübecker Bürger ist vom Rechte verpflichtet auf einen Feldzug zu gehen, sondern er soll sich auf seine Befestigungen stellen und die Stadt verteidigen.

Was war am Wichtigsten in all diesen Vorschriften? Was war das Wesen jener Lübischen Freiheiten, die so viele Städte im Ostseeraum angenommen haben? Im Unterschied zum Landrecht, das auf dem platten Lande in Kraft war, sicherte das Lübische Recht den Bürgern persönliche Freiheit, das Erbesitztum, freie Verfügung über ihr Vermögen, die Freiheit von Handel und Schifffahrt und vor allem städtische Selbstverwaltung, ausgestattet mit Macht, die Dekrete zu beschließen und durchzuführen. Das Weichbild der Stadt wurde damit ein *Allodium*, gewann eine Immunität, d. h. die Befreiung von vielen feudalen Pflichten gegenüber dem Herrscher. Wesentlich war auch das Appellationsrecht zu Lübeck. Wichtiger Bestandteil des Lübischen Rechtes wurden auch zahlreiche Belehrungen und Urteile, die den Städten, die das Recht

angenommen hatten, auf deren Bitte übersandt wurden.

Danziger Freiheiten

Was war davon in Danzig in Kraft? Unser Wissen darüber ist karg. Als der Herzog der um die fremden Kaufleute



Text des Lübischen Rechts für Danzig (1263).



Romanisches Kapitel aus der Burg.

konzentrierten Gemeinde das Stadtrecht gab, hat er sich sicher viele seiner Rechte vorbehalten. Andererseits, wenn er wollte, dass die Stadt sich entwickelte und ihm immer größere Einkünfte brachte, musste er entsprechende Ermäßigungen einführen und den Ansiedlern Freiheit zusichern, vergleichbar mit der, die sie in ihrer Heimat gehabt haben. Das Recht des erblichen Besitzums und des Umsatzes von Liegenschaften war begrenzt auf das Weichbild der Stadt, also im Lübischen Stadtviertel Danzigs (Hauptteil der späteren Rechtstadt).

Das Handwerkerviertel in der späteren Altstadt und die Marktsiedlung zwischen der Katharinen- und der Nikolaikirche beruhten auf herzoglichem, d. h. polnischem Recht. Die Burg an der Mottlau gehörte zum Herzog, der sonst in der ganzen Stadt höchster Richter war. Er verfügte auch über Waffengewalt, rekrutierte aus jungen Leuten aus dem Lande, denen er Landgüter schenkte. Einkünfte erhielt er aus dem Hafen und der Schifffahrt, samt denen aus den Tavernen. Viel spricht dafür, dass die Bürger von der Pflicht befreit waren, die Burgbefestigungen zu bauen oder zu verbessern. Dafür hatten sie die Stadtmauer zu versorgen, deren Existenz durch die Erwähnung eines Tores in der Beschreibung des Begräbnisses von Herzog Swantopelk im Jahre 1266 belegt wird. 1271 war die Stadt *befestigt und besetzt und mit mächtigen Gräben umwallt*. Zum Herzog gehörten die Wege in der Umgebung, die Verkehrsgebühren und die Mühlen, er hatte auch das Monopol (Regale) für Bernstein und das Münzmonopol. Aus den gefangenen Fischen konnte er sich die besten Stücke auswählen.

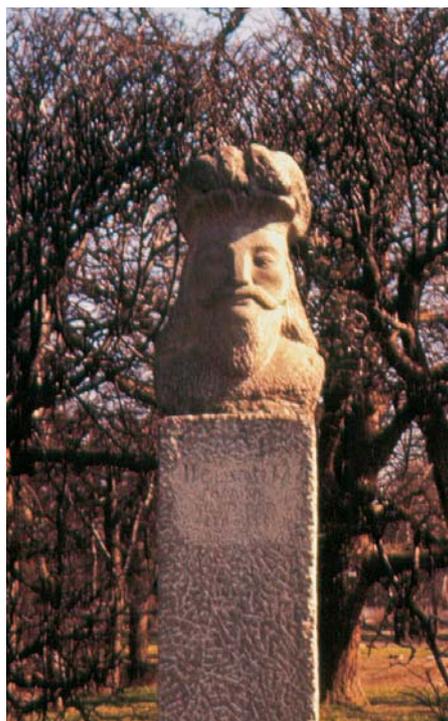
Der Herzog und die Gemeinde

Die Entstehung einer Gemeinde, die sich mit dem bestimmten Stadtrecht regierte, war günstig sowohl für den Herzog als auch für die Bürger. Die sich in Danzig ansiedelnden Kaufleute erwarben Handels- und Siedlungsprivilegien, durften Erben kaufen, Häuser bauen und Geschäfte führen. Der Herzog erlangte Einkünfte, verknüpft mit der ökonomischen Entwicklung, in Gestalt verschiedener Gebühren, Zölle und Steuern. Die geordneten gesetzlichen Verhältnisse und der Schutz durch die herzogliche

Mannschaft begünstigten den öffentlichen Frieden. Wichtig war auch der politische Aspekt: die Stärkung seiner Macht durch die Unterstützung seitens des einflussreichen kaufmännischen Patriziats und die Nutzung von dessen Verbindungen mit den Heimatstädten, insbesondere mit Lübeck. Das Zusammentreffen des Erwerbs der Unabhängigkeit von Polen durch Swantopelk und der Gründung der stadtrechtlichen Gemeinde in seiner Hauptstadt war kein Zufall. Swantopelk musste mit der Reaktion der anderen polnischen Herzoge rechnen und brauchte Unterstützung und soziale Akzeptierung. Auch als nach seinem Tod seine Söhne um die Erbfolge kämpften, versuchte jeder von ihnen, die Danziger und Lübecker Kaufleute für sich zu gewinnen.

Es gab auch Konflikte. Dennoch fand die oft zitierte Abwanderung der Lübecker aus Danzig während der Kämpfe von Swantopelk mit dem Deutschen Orden nicht statt, weil dazu kein Grund bestand. 1242–1246 waren die Beziehungen zwischen den Lübeckern und dem Orden gespannt, weil dieser sie gehindert hat, eine Stadt im Samland zu gründen. Bis 1252 war der Streit noch nicht geregelt. Das Erscheinen von vier Danzigern in anderen Städten (in den Jahren 1259–1266) ist zu wenig, um von einer Abwanderung zu sprechen.

Zweifelsohne kam es zu einem Konflikt nach Swantopelks Tod, als der mit seinem Bruder kämpfende Mestwin zuerst Danzig den Brandenburger Markgrafen geschenkt hat und später versuchte – nachdem Wartislaus gestorben war – es wieder zu erobern. Die Danziger Bürger haben sich auf die Seite der Askanier gestellt. Ende Januar/Anfang Februar 1271 kam der großpolnische Herzog Boleslaus der Fromme dann Mestwin zu Hilfe und hat *ohne Belagerungs-*



Büste von Herzog Mestwin II. im Schlosspark von Oliva.

maschinen, nur unter dem Schutz der Schilder und Geflechte, das Feuer von allen Seiten legend, die Stadt und Burg schnell erobert. Mestwin bestrafte die treulose Stadt, ließ ihre Befestigungen niederreißen, die Anführer ausweisen und ihr Vermögen wegnehmen. Unter ihnen waren zwei Danziger Bürger namens Arnold und Jakob. Man klagte sie an *des Staatsverrats, der Verschwörung auf des Herzogs Leben und der Ausgabe der Länder den Markgrafen auf Zerstörung, des Staates auf Verwüstung und Vertreibung der Baronen und Gutsbesitzer.*

In den nächsten Dekreten, welche die Stadt betrafen, wurde sie vom Herzog übergeben, aber ihre Selbstverwaltung ließ er weiter bestehen. Eben in dieser Zeit, 1274, treten in seinem Diplom zum ersten Mal die Ratsherren als Zeugen auf. Dass die Freiheiten Danzigs nicht vermindert wurden, beweist die Urkunde des Herzogs von 1294, in welcher er der Stadt Dirschau *alle Rechte und Gerichte, entsprechend diesen, welche unsere Stadt Danzig hat und besitzt, samt Gärten, Wässern, Weiden, Wiesen und Gehegen* erteilt.

Die Nachfolger von Mestwin nahmen die Stadt wieder in ihre Gunst. Primislaus von Großpolen (1294–1296) erlaubte, die Stadtmauer wiederaufzubauen. Wladislaus Łokietek (Ellbogen, 1296–1300 und 1306–1308) stellte viele Privilegien für die Lübecker aus, und erlaubte ihnen 1298 in Danzig ein Kaufhaus zu erbauen, ausgestattet mit gerichtlicher Immunität. Die Überreste dieses Gebäudes wurden 1971–1974 unter der Langgasse entdeckt. Es mag als erstes Rathaus gedient haben. Unter dem böhmischen König Wenzeslaus II. wurde Danzig durch Rügische Fürsten bedroht. 1301 besetzten die zu Hilfe gerufenen deutschen Ordensritter die Stadt. Der Landmeister Helwig von Goldbach hat sich urkundlich verpflichtet, alle Rechte und Privilegien der Stadt zu erhalten. Im Diplom wurden *die Ratsherren, Bürger und Fischer der Stadt und der Burg* erwähnt.

Nach der Vertreibung der Rügener aus dem Stolper und Schlawener Land verließen die Ordensritter unwillig Danzig. Wenzeslaus III. bot Danzig den Brandenburger Markgrafen an für die Rückgabe Meissens an Böhmen, aber sein Tod machte die Transaktion unmöglich. In der zweiten Regierungszeit von Wladislaus Łokietek erreichte Danzig sechs- bis siebentausend Einwohner und der Hafen allein brachte dem Herzog zweimal größere Einkünfte als die ganze Provinz Kujawien. Die Stadt wurde ein Leckerbissen für die Nachbarn. Als erste eroberten sie im August 1308 die Brandenburger, herbeigeführt von dem vom Herzog abgerufenen Palatin Swenza. Die polnische Besetzung der Burg rief die Deutschordensritter zu Hilfe, welche die Brandenburger weagten, die polnischen Ritter von der Burg vertrieben, und endlich, am 14. November 1308, die Stadt einnahmen, sie verbrannten und einen Teil der Bewohner ermordeten. Abgesehen vom Burggelände, findet man eine dicke Ascheschicht aus dieser Zeit nur in der späteren Rechtstadt. Die slawische Altstadt wurde nicht zerstört.

Das Kulmische Recht in Danzig

Prof. Dr. Andrzej Januszajtis,
Danzig

Übergangszeit

Ungeachtet der Katastrophe von 1308 hat die Lübsche Gemeinde überlebt. Die ersten Aktivitätsspuren erscheinen nach einer verständlichen Pause, wie z. B. 1328 in den Wismarer Zolltarifen: *Also schal de staat tho Dantzeke ok vryi wesen*. Im ältesten erhaltenen Erbbuch – typisch für Lübisches Recht – beginnen die Eintragungen im Jahr 1330. Ein Jahr später hielt der Rat das *iudicium bannitum* ab, ein besonderes Gericht für Erbbesitztum und Hypothekenverschuldung. Zeugen der Handfeste für das Dorf Rambeltz sind Danziger Ratsherren *Godfridus, Gotschalculus de Lapide* und *Hintzko de Ryden*. 1333 nennt der Hochmeister des Deutschen Ordens Danzig *unsere Stadt*. 1334 benutzt der Rat das Siegel aus der Zeit vor 1308. Das alles beweist, dass die Stadt weiter bestanden und sich mit dem Lübschen Recht regiert hat. Das betrifft offenbar die spätere Rechtstadt. Die Altstadt und das Hakelwerk, wo 1312 der Ordenskomtur *unsere Polen* aus der Burg übersiedelt hat, gebrauchten das Polnische Recht. An der Stelle der pommerellischen Burg entstand das zweitgrößte Schloss des Ordensstaates in Preußen.

Das Kulmische Recht

Nach der Eroberung von Pommerellen durch den Deutschen Orden wurde hier die politische und rechtliche Situation ziemlich kompliziert. In der Mehrheit der Städte und Dörfer war das polnische Recht in Kraft, in Danzig, Elbing und Dirschau das Lübsche, und im Ordensland überwog das Kulmische Recht, eine Abart des Magdeburgischen. Streng genommen war es eine Kompilation des Magdeburger Zinsrechtes in Breslauer Fassung und des flämischen Erbrechtes. Seine Gestalt änderte sich mit der Zeit und konnte in verschiedenen Städten unterschiedlich sein. Das Wesentliche war die Einführung des abgesonderten Schöffengerichts in die städtische Selbstverwaltung – im Unterschied zu den Lübschen Städten, in welchen der Rat die Gerichtsfunktionen selbst ausfüllte.

Magdeburger Recht

Die Selbstverwaltung von Magdeburg war älter als die in Lübeck. Ein Vogt (als Klostersrichter) wird schon 973 erwähnt, Schultheiß und Schöffen treten um 1100 hervor. Über die Formen des Rechtes orientiert das Privileg von Erzbischof Wichmann von 1188. Der Bürgermeister erscheint urkundlich 1213, früher als die Ratsherren (1238) und der Rat (1244). Im 12. und 13. Jh. unterschied man die rechtliche Vertretung der Stadt (den Schultheiß und die Schöffen), die Gruppe der bedeutendsten Bürger (*maiores* oder *meliores*) und die Bürger-

versammlung. Die starke Position der Schöffen im Magdeburger Stadtrecht war Erbe des fränkischen Rechtes aus der Zeit Karls des Großen. In vielen Städten des Westens haben die Schöffen anfänglich nicht nur gerichtet sondern auch regiert. Erst später mussten sie Beiräte zu Hilfe nehmen, die dann später zu Ratsherren wurden und administrative und repräsentative Funktionen übernommen haben. Dieser Prozess wurde im Magdeburg-Breslauer Recht von 1261 ähnlich wie im Lübschen Recht beschrieben: *Als man Magdeburg besetzte, wurde zu Recht in einer Willkühr festgelegt, dass die Ratsherren für ein Jahr zu wählen seien und das sie jedes Jahr nach der Neuwahl zu schwören hätten, der Stadt Ehre, Recht und Frommen zu wahren nach allerbestem Vermögen und Können, mit der weisesten Leute Rat*. Auch andere Freiheiten waren von den Lübschen grundsätzlich nicht verschieden.

Das Privileg von Kulm

Die ersten Städte, die vom Deutschen Orden das neue Stadtrecht erhalten haben, waren Kulm und Thorn. Die Handfeste wurde beiden gemeinsam am 28. Dezember 1233 ausgestellt, um zu betonen, dass ihr Recht ein Muster für andere sein sollte. 1251 wurden einige Änderungen eingeführt. In den späteren Versionen des Kulmischen Rechtes aus Danzig beschrieb man dessen Erteilung auf folgende Weise: *Da man die Stadt Culmen zum ersten besetzte, da gab man ihren Einwohnern Magdeburgisch Recht, vermöge welchem, was daran abgegangen, sie ferner das Recht bey ihrer eigenen Willkühr gefunden haben. Daher hat das Recht den Namen des Culmischen Rechtes bekommen, in welchem zugleich begriffen die Culmische Freyheit, und Flämische Erbgerechtigkeit*. Man gab den Bewohnern der Ordensstädte das Recht, jährlich

einen neuen Richter zu wählen, *der unserem Orden und der Stadtgemeinde entsprechen würde*. Das bedeutete, dass die Wahl in Übereinstimmung mit dem Orden gebracht werden musste. Der Orden übertrug das später auch auf die Ratswahl.

Die Ordensgebietiger beschränkten gleichfalls das Recht der Ratsherren, *Stadtwillkühren*, d. h. ihre eigenen Statuten zu beschließen. In einem Urteil von Magdeburg wurde es klar formuliert: *die Ratsherren mögen mit den Bürgern ihrer Gemeinde eigene Willkühren beschließen, wenn diese das geschriebene Recht nicht verletzen, sie sollten die Macht haben, Bußen zu fordern und zu*

behalten zum Nutzen der Stadt, ohne dass die Burggrafen oder Schultheiße daran Anteil hätten. Unter dem Burggraf konnte man natürlich den Komtur verstehen, was dem Orden sicher nicht gefallen hat. In einer späteren Danziger Fassung hat diese Freiheit folgende Gestalt angenommen: *Was in den Städten von einem Rath, und denen, so die Gemeine praesentiren, gelobet, gesetzt und angeordnet ist, das soll stets und fest gehalten werden, und wer dawider handelt, von dem sollen die Rathmanne, und sonst niemand anders, die Strafe fordern*.

Kulmisches Recht in Danzig

Das Kulmische Recht wurde Danzig vom Hochmeister Ludolf König von Waitzau 1342 oder 1343 erteilt. Die Originalhandfeste kennen wir nur aus der Erneuerungsurkunde Winrichs von Kniprode von 1378. Das frühere Datum mag durch die 1342 beginnenden Schöffnenlisten belegt sein. Der Durchgang vom Lübschen zu Kulmischen Recht war nicht glatt, es kam zu Auseinandersetzungen des Rates mit den Dominikanern (1344) und mit der Gemeinde (1346) und erst der Hochmeister Heirich Dusemer hat entschieden, dass *unsre vorgenanten burger von Danczik, ratlüte und gemeyne al ir recht habin und haldin sullen, als di ratlüte und di gemeyne zum Colmen in der stat undir yn ander haldin*. Diese Entscheidung ist ein klarer Beweis, dass damals in Danzig Kulmisches Recht in Kraft war, zumal er im weiteren Verlauf des Textes die vorhandene (Kulmische) Stadthandfeste ausdrücklich erwähnt.

Das Kulmische Recht erhielt zu der angegebenen Zeit nur ein Stadtteil, nämlich die später (seit 1406) so genannte **Rechtstadt** – d. h. richtige, vornehme Stadt. 1374–1377



Urkunde von Winrich von Kniprode (1378).

hat es auch die nordwärts der Rechtstadt gelegene **Altstadt** erhalten, und 1380 die sog. **Jungstadt** (noch weiter nördlich, etwa im Bereich der heutigen Danziger Werft). Die 1312 aus der Burg versetzten *unsere Polen us deme Hachilwerke (Hakelwerk)* regierten sich weiter mit ihrem alten Polnischen Recht.

Die höchste Macht in Danzig war der Ordenskomtur, berufen durch das Kapitel und den Hochmeister in Marienburg. Er war Verwalter der Komturei und Heerführer

wie auch der höchste Richter. Er hatte auch Einfluss auf die Zusammensetzung der Stadtbehörden. Sein Gehilfe und Vertreter in administrativen Funktionen war der Hauskomtur.

Typisch für die damalige Stadtverfassung war der Mangel an Gewaltenteilung zwischen beschlussfähiger, ausführender und gerichtlicher Macht. Das wichtigste Organ der Selbstverwaltung war der **Rat**, der alle drei Funktionen vereinigte – die Gerichts-

- 1382–1411 relative Selbstständigkeit der Stadtbehörden,
- 1411–1421 erzwungene Wiederkehr des Zustandes wie vor 1382,
- 1421–1454 wiederholte Vergrößerung der Autonomie.

Die erste Etappe wurde schon besprochen. In der zweiten beeinflusste der Orden hauptsächlich die Wahlen. Die Kandidaten auf offene Stellen mussten vom Ordenskomtur bestätigt werden. Wie das geschah, erfahren wir aus dem Brief des Danziger Komturs Johann von Schönfeld an den Hochmeister von 1410, in welchem er die Rückkehr zu den alten Gewohnheiten vorschlägt: Er berichtet, dass man jemanden wählen wollte, *der uns nicht nutze und bequeme duchte*. Er habe diese Wahl verhindert und zwei neue Kandidaten benannt – *Dodorff und Cristoff, dy allewege dy unsen syn und allewege umb unsen willen thun* – von denen er einen in den Rat und einen auf die Schöffenbank haben wolle. Trotz dieses politischen Druckes wurden beide Kandidaten des Ordens nicht gewählt.

Aber das war schon in der dritten Etappe, nach dem Tode Winrichs von Kniprode, der – wie eine Ordenschronik ihn beschrieb – *was gar eyn herlich man an der personne und gestalt und mit velem guttem radt zcu gebende. Bey seynen gezeiten war der Deutzsche orden so sere gezcuret mit weysen, vornunftigen, klugen bruderen des ordens, so das vor seyner zceyt und auch noch seyner zceit nicht gewesen ist und villecht werden wirt, zcu ewigen zeiten...* Winrichs Nachfolger waren schwächer und das hat den Danzigern geholfen, nach 1382 größere Autonomie zu gewinnen.

Die vierte Periode fängt an mit den Repressionen nach dem Großen Krieg 1409–1411, während dessen die Danziger dem siegreichen Polenkönig gehuldigt haben. Die Ermordung der beiden Bürgermeister Konrad Letzkau und Arnold Hecht und des Ratsherrn Bartholomäus Gross auf dem Ordenschloss (1411) terrorisierte die Bürger und bei der nächster Wahl gewannen die Anhänger des Ordens Übergewicht im Stadtrat. Im nächsten Jahr haben sich die beiden Parteien aber ausgeglichen und schon 1413 überwogen im Rat die Gegner des Ordens. 1414 hat der Hochmeister Mi-

chael Kuchmeister geschworen, dass er sich in die inneren Angelegenheiten der Städte nicht einmischen werde.

Als Anfang der nächsten Periode einer größeren Autonomie wurde das Jahr 1421 angenommen, in dem die Stadt ihre erste selbstständige Ratsordnung beschlossen hat. Ihren Geist geben am besten die ersten Artikel wider: *Dis ist die ordinancia, die die ratmanne mit eyntrechtigen ryfen rathe vorramet haben, wie sie sich untereinander halden sullen, und vortmer wie man das rathaus halden sal, als is von alders her gehalten ist... Erst: wurde von ymands, der busen dem rate is, her si wer her sy, eczwas gehort unsers heymelichen rates, das im nicht geburte zu wissen, ys sy cleyne adir gros, dem will und sal der ganzce rat busen und bynnen sitzende nachgeen zu erfarende, wie im das zu wissen wurden ist, das koste was is koste; uf welchen das kumpt, der is gemeldet hat, der sal des rates emperen, ane alle gnade...*

Das Kulmische Recht war für den Orden günstiger als das Lübisches, weil es den Städten keine so große Autonomie ermöglichte. Allerdings bemühten sich die „Ordensherren“ sogar diesen engeren Bereich der Freiheiten weiter zu begrenzen, was zu Auseinandersetzungen und endlich zur Abwertung der Ordensmacht geführt hat. Der Bitte der Vertreter der Preußischen Stände folgend hat der König Kasimir Jagiello 1454 den ganzen Ordensstaat ins Königreich Polen einverleibt. Danzig erhielt von ihm mehrere Privilegien, die ihm eine glänzende Entwicklung ermöglicht haben. Alle drei Städte wurden vereinigt *undir eynem rathe unde eynem gericht*, was deren Unterordnung unter die mächtige Rechtstadt bedeutete. Die Jungstadt wurde abgebrochen, die Altstadt behielt ein Überbleibsel ihrer Autonomie in Gestalt des verminderten Rates (fünf Ratsherren, die zusammen eine Stimme im Rechtstädtischen Rat hatten) und eines Schöffengerichts. Die Rechtstadt hatte nun vier Bürgermeister und 14 Ratsherren. Seit 1458 verschwand auch die Teilung in den sitzenden und den allgemeinen Rat. Das ganze Kolleg der 23 Ratspersonen wurde die **1. Ordnung** genannt, das Rechtstädtische Schöffengericht die **2. Ordnung**. 1526 demokratisierte König Sigismund I. die Stadtverfassung, indem er noch die 108 Personen zählende **3. Ordnung** hinzu setzte, die Vertretung der Kaufleute und Zünfte. Das Kulmische Recht blieb weiter in Kraft – auch im Fischerviertel Hakelwerk, das es schon 1454 angenommen hatte.



Verzeichnis der Bürgermeister, Ratsherren und Schöffen aus den Jahren 1342–1464.

und Berufungsfunktion abgegrenzt zur **Willkühr**, d. h. den Stadtstatuten.

Auf Grund der erhaltenen rechtstädtischen Ratsherrenlisten kann man annehmen, dass dort von Anfang an zwei Räte bestanden haben: der **sitzende**, mit zwölf Ratsherren (darin zwei Bürgermeister) und der **allgemeine**, zu dem auch die aktuell ruhenden Ratsherren und Bürgermeister gehörten – insgesamt 24 Personen. Das Rotationsprinzip war ähnlich wie in Lübeck: jedes Jahr nahm ein Teil der Ratsherren (dort 1/3, hier 1/2) den Jahresurlaub. Die Zahl der altstädtischen Ratsherren dürfte ähnlich gewesen sein wie in der Rechtstadt. Die Jungstadt hatte wahrscheinlich zwei Bürgermeister und acht Ratsherren im sitzenden und zweimal soviel im allgemeinen Rat. Die Zahl der **Schöffen** war mit zwölf in allen drei Städten gleich.

Das erste Rathaus der Rechtstadt anstelle des Lübisches Kaufhauses dürfte schon 1327–1336 erbaut worden sein, das heutige wurde seit 1378 gebaut. Das erste Altstädtische Rathaus in der Pfefferstadt entstand 1382, das Jungstädtische wurde 1408 erstmals erwähnt. Die Selbstverwaltung in beiden letzt genannten Städten war viel stärker abhängig von den Ordensrittern als in der reicheren und mächtigeren Rechtstadt. Zusammenfassend kann man die Geschichte der Kulmischen Selbstverwaltung in Danzig in folgende Perioden aufteilen:

- 1308–1342 Beibehalten des Lübecker Stadtrechtes,
- 1342–1382 Kulmische Selbstverwaltung, beschränkt durch den Deutschen Orden,



Altar in der Hedwigs-kapelle, St. Marien, 1440. Begräbnisstätte der ermordeten Konrad Letzkau, Arnold Hecht und Bartholomäus Gross.

Zwischen Privilegien und Huldigung – die „freie“ Stadtrepublik unter der Krone Polens 1454–1793

Sich mit dreieinhalb Jahrhunderten Danziger Geschichte, als die Stadt ihre Blütezeit erlebte, auseinanderzusetzen, wie es mir heute aufgetragen ist, gehört vielleicht zu den schwierigsten Aufgaben, die einem Historiker gestellt werden können. Hält man nämlich Darstellungen wie diejenige von Erich Keyser aus dem Jahre 1921 bzw. 1928 und diejenige der polnischen Historikerin Maria Bogucka von 1987 nebeneinander, so vermag man kaum zu glauben, dass es sich bei beiden Autoren um denselben Gegenstand handelt. Allzu weit scheinen beide voneinander entfernt; und vielleicht ist es erst unserer Zeit vorbehalten, einen Konsens zu finden, mit dem sich beide, Deutsche wie Polen, einverstanden erklären können. Bis zum heutigen Tage ist das Schicksal dieser in mancher Hinsicht wahrhaft einzigartigen Stadt Gegenstand heftiger wissenschaftlicher Auseinandersetzungen geblieben, die hauptsächlich daraus resultieren, dass Vorstellungen unserer Zeit ohne Weiteres auf frühere Jahrhunderte übertragen werden, so dass es beinahe zwangsläufig zu „Schieflagen“ kommen muss.

Auf deutscher Seite ist es der viel zu früh verstorbene, aus Marienburg gebürtige Hartmut Boockmann gewesen, der in seinem richtungweisenden Werk „Der deutsche Orden. Zwölf Kapitel aus seiner Geschichte“ von 1981 sehr mit Recht ausgeführt hat: „Der Kampf der preußischen Stände gegen den Orden und die Inkorporation des größeren Teiles von Preußen in die Krone Polen als Resultat dieses Bündnisses erschien den Historikern des 19. und des frühen 20. Jahrhunderts meistens als ein Verrat an der Nation. Dass das ein anachronistisches Urteil war, wird heute ernsthaft von niemandem bestritten. In diesem Krieg standen sich nicht zwei Nationen gegenüber. Freilich handelte es sich hier auch nicht nur um den Kampf von Ständen gegen ihren Landesherrn oder bloß um die Ausübung von Widerstandsrecht. Auf polnischer Seite jedenfalls wurde das Bündnis, zu dem die preußischen Stände Polen gewonnen hatten, in einen Zusammenhang mit den jahrzehnte- und jahrhundertelangen Auseinandersetzungen Polens mit dem Deutschen Orden gebracht. Der polnische Kampf gegen den Orden und der zweite Thorner Friede rechtfertigten sich daher auch von den alten Ansprüchen her, welche von Polen im 14. Jahrhundert gegenüber dem Ordensstaat angemeldet worden waren. [...] Für einen Teil des kulmerländischen Adels spielten auch die engen Beziehungen zum Adel der benachbarten polnischen Regionen eine Rolle. Die Vorrechte der polnischen Stände boten einen Anreiz, ähnliche Privilegien auch in Preußen zu erreichen. Im Kern aber haben wir es hier, beim Dreizehnjährigen Krieg, bei den ihm vorausgehenden Auseinandersetzungen und bei seinem Resultat, dem zweiten Thorner Frieden, mit nichts anderem zu



Dr. Hans-Werner Rautenberg, Marburg

tun als mit einer für das spätere Mittelalter typischen Auseinandersetzung zwischen Ständen und Landesherrn, der hier freilich angesichts der Grenzlage des betroffenen Gebietes und infolge der Tatsache, dass der Landesherr kein Fürst, sondern ein Ritterorden war, ihre besondere Gestalt erhielt.“ Und nun folgt der entscheidende Satz: „Ebenso wenig wie Anlass besteht, den Ständen Verrat an ihrer Nation vorzuwerfen, ist es auch angebracht, ihnen eine von modernen Demokratievorstellungen gespeiste Sympathie zuzuwenden.“

In der Tat waren es die Reichen und Mächtigen, die sich gewaltsam gegen die Ordensherrschaft auflehnten, an ihrer Spitze die Hansestädte Danzig, Elbing und Thorn, während der landständige Adel eine deutlich geringere Rolle spielte. An der Spitze aber stand eindeutig Danzig, und der Hass gegen die drückende Herrschaft des Deutschen Ordens wird an nichts deutlicher, als an der Tatsache, dass die Danziger Bürger das Ordensschloss bis auf die Grundmauern zerstörten: Ebenso ist dies in Thorn und Elbing geschehen, nur dass man in Danzig sogar ein ganzes Stadtviertel, nämlich die vom Orden angelegte „Jungstadt“, dem Erdboden gleichmachte und deren Bewohner aussiedelte. Und so ist es auch kein Wunder, dass der Deutsche Orden damals seinen wertvollsten Besitz in Gestalt von Westpreußen verloren hat. Deswegen aber ist das „Königliche Preußen“, wie es im Gegensatz zum – späteren – herzoglichen Preußen genannt wurde, nicht „polnisch“ geworden: Derartige Vorstellungen lagen den Konfliktpartei-

en damals völlig fern. Die Ordensherrschaft über den Unterlauf der Weichsel war freilich unwiderruflich zu Ende; dennoch haben beide „Preußen“ ein Gefühl der Zusammengehörigkeit auch weiterhin bewahrt; anders als zu unseren modernen Zeiten waren die neuen Landesgrenzen nämlich keineswegs hermetisch geschlossen.

In Danzig selbst, und darum ist es uns ja zu tun, übernahm nun wie überall an der Ostsee von Lübeck bis Reval ein kleiner Kreis von Patriziern die Macht. Sie sind die wohlhabendsten Kaufleute und Besitzer stattlicher Häuser im Zentrum der Stadt; sie nehmen von nun an im Rathaus die bequemsten und ehrenvollsten Sessel ein. Von nun an wird das Amt eines Ratsherren auf Lebenszeit vergeben. An Stelle der durch den Tod ausgeschiedenen Familienangehörigen wurden nur Mitglieder von verwandten und verschwägerten Familien gewählt, die auch die Bürgermeister stellten. Mit Demokratie im modernen Sinne hatte dies wenig oder nichts zu tun!

Dazu passt auch, dass sich der Danziger Rat von dem verbündeten Polenkönig Kasimir IV., dem Jagiellonen, reiche Privilegien zu sichern wusste, die bis zum Ende der Existenz Danzigs gewissermaßen ihr „Grundgesetz“ darstellten. Danach wurde der Stadt das Recht des freien Handels in ganz Polen zugebilligt; das bedeutete, dass auf der Weichsel keine neuen Zölle erhoben werden durften. Das zur Stadt gehörende Gebiet wurde durch die Eingemeindung der umliegenden Dörfer und Güter im Danziger Werder und auf den Danziger Höhen wesentlich erweitert. Alle bisherigen Besitzungen des Deutschen Ordens gingen in die Verwaltung der Stadt und damit in ihr Eigentum über.



Kazimierz Jagiellończyk, König von Polen, bestätigt die 1454 erteilten Privilegien (1457).

In der Tat wurde der Danziger Rat mit einer derartigen administrativen, richterlichen und finanziellen Macht ausgestattet, dass er innerhalb des polnischen Staatsverbandes eine fast völlige Selbständigkeit erlangte. Von nun an besaßen die Ratsherren (ehemals Ratmannen genannt) das Recht, die Schifffahrt im Hafen zu regeln, eigene goldene und silberne Münzen, die das Bild des Königs trugen, zu prägen, das innere Leben in der Stadt mit Hilfe von so genannten „Willküren“ und „Zunftrollen“ zu regeln und das besonders ehrenvolle Privileg, mit rotem Wachs zu siegeln. Dazu noch verpfändete der König die Starosteien von Putzig und Dirschau sowie die Halbinsel Hela für viele Jahre an den Danziger Rat. Fragt man nach den Gründen, die den polnischen Hof veranlassten, Danzig derart reich mit Privilegien auszustatten, so kann die Antwort nur lauten, dass man sich der Treue seiner neuen, ganz überwiegend deutschen, oder genauer gesagt: niederdeutschen Untertanen für sicher hielt; irgendwelche nationalen Motive haben dabei mit Sicherheit keine Rolle gespielt. Dahinter standen vielmehr wirtschaftliche Interessen, die den polnischen Adel und die Stadt aneinander banden.

Im westlichen Europa hatten sich zunächst in Flandern und bald darauf auch in England Stadtlandschaften entwickelt. Deren Bewohner konnten von den umliegenden Dörfern nicht mehr ernährt werden und waren auf Getreideimport angewiesen. Das hat dazu geführt, dass die Gebiete östlich der Elbe zur Kornkammer und zum Rohstofflieferanten für das westliche Europa wurden, gleichsam ein gewaltiger Speicher, aus dessen anscheinend unermesslichen Vorräten die Bevölkerung zahlreicher Städte jenseits der Grenzen ernährt wurde. In jedem Jahr wartete man zum Beispiel in Amsterdam sehnsüchtig auf die Ankunft der baltischen Flotte, von der die Versorgung der holländischen Städte im Winter abhing. Ohne die Kornkammer Polen hätten sich die Manufakturen in Holland und England, die ihrerseits das übrige Europa vor allem mit Tuchen und Luxuswaren belieferten, nicht entwickeln können.

Für Danzig kam nun die Zeit seines höchsten Aufschwungs. Die Stadt wurde zum wichtigsten Handelshafen an der Ostsee. „Venedig des Nordens“, „Zierde der ehrwürdigen Polnischen Krone“, „Fortunas Liebling“ – das waren die Bezeichnungen, die man der Stadt beilegte. Handelsbeziehungen der Danziger Kaufmannschaft reichten von den Küsten Spaniens und Portugals über verschiedene französische und englische Häfen, über Amsterdam, Lübeck und Hamburg bis nach Stockholm und Bergen in Norwegen. Danzig wurde – modern gesprochen – zu einer „multikulturellen“ Stadt, in der man alle gängigen europäischen Sprachen vernehmen konnte. Mitte des 16. Jahrhunderts hat ein Augenzeuge, der Italiener Ruggieri, das Treiben in Danzig folgendermaßen beschrieben:

„Im August findet hier ein großer Jahrmarkt statt, welcher am Tage des St. Dominicus beginnt und vierzehn oder mehr Tage dau-

ert. Dann kommen Deutsche, Franzosen, Flamen, Engländer, Spanier, Portugiesen hierher, und mehr als 400 Schiffe, voll beladen mit französischen Weinen und spanischer Seide, mit Öl und Zitronen, Konfitüren und anderen spanischen Früchten, mit portugiesischen Spezereien, mit Zinn und Tuchen aus England, legen im Hafen an. Hier finden sie bereits über und über gefüllte Lager vor, mit Weizen, Roggen und anderem Getreide, mit Lein, Flachs, Wachs, Honig, Asche, Bauholz, gesalzenem Rindfleisch und kleineren Dingen, mit welchen die Kaufleute ihre leer gewordenen Schiffe erneut beladen, was in den ersten acht Tagen des Jahrmarkts geschieht. In der folgenden Woche, aber auch das ganze Jahr hindurch, treffen in dieser Stadt nicht nur Käufer aus dem Inland ein,



St. Marien in Danzig, Ferber-Kapelle.

sondern auch viele andere Personen, um Wein, Tuche, Gewürze und andere Dinge einzukaufen.“

Derartige Zeugnisse ließen sich leicht vervielfachen. Jedenfalls wurde Danzig immer reicher als Mittler im zunehmenden und immer noch vielfältigeren Warenaustausch. Im Danziger Rathaus verkündete denn auch eine Inschrift in lateinischer Sprache: „Coelesti iungimur arcu“ (= durch einen himmlischen Bogen sind wir vereint). Gemeint waren damit Danzig und der polnische Adel, die ein Netz von wirtschaftlichen Interessen, von Anleihen und finanziellen Machinationen und vor allem die Weichsel, auf der alljährlich polnisches Getreide transportiert wurde, aneinander banden.

Das soziale Gefälle innerhalb der Stadt wurde allerdings immer deutlicher, als einige Kaufmannsfamilien immer größere Macht und größeren Reichtum an sich zo-

gen. Am berühmtesten, aber auch am berüchtigtsten wurde die Familie Ferber, die im 15. Jahrhundert aus dem Rheinland nach Danzig eingewandert war und die ein geradezu klassisches Beispiel für den Aufstieg eines Geschlechts in die Danziger Aristokratie darstellt: „von bescheidenen Anfängen als geldgieriger Wucherer und Händler über das Anhäufen von Reichtümern und Würden bis zu fast selbstherrlicher Leitung der Geschäfte der Stadt, ja bis zu einem Landadelstatus“ (Bogucka). Schon um die Mitte des 15. Jahrhunderts konnten die Ferbers in St. Marien eine eigene Familienkapelle einrichten, ein sicheres Zeichen für eine gediegene soziale Stellung. Von nun an stellte die Familie mehrere Bürgermeister: Eberhardt gerierte sich Anfang des 16. Jahrhunderts als „König von Danzig“, ehe er 1522 von der Bürgerschaft seines Amtes enthoben wurde. „Reich wie die Ferbers“ sagte man in Danzig gegen Ende des fünfzehnten, „stolz wie die Ferbers“ zu Beginn des folgenden Jahrhunderts.

Wahrscheinlich hat Maria Bogucka, der wir eine ausgezeichnete Kulturgeschichte des „alten Danzig“ verdanken, Recht, wenn sie schreibt: „Die Ferbers sind die typischen Vertreter der damaligen Danziger Aristokratie. Die Stadt wurde von rücksichtslosen und durchtriebenen Leuten regiert. Die großen Kaufleute und Wucherer träumten vom ritterlichen Leben, von Ruhm und Turnieren, von Reisen und Abenteuern [...] In privaten wie auch in öffentlichen Angelegenheiten waren sie bedenkenlos; es war eine unsentimentale Epoche, nur konkrete Dinge zählten, Geld und gesellschaftliche Stellung, und dieses wie jenes wurde mit großem Kraftaufwand erreicht und weckte den Neid zahlreicher Konkurrenten. Die Patrizier betrachteten die Stadt als ihr Privateigentum. Sie kümmerten sich nicht um den Widerhall, welchen diese oder jene Handlungen beim Volke hatten; sie verachteten die breite Masse der Einwohnerschaft, die betriebsamen kleinen Leute, denen es nicht gelungen war, sich emporzuarbeiten. Sie vergaßen schnell, dass ihre Väter vor nicht langer Zeit als bescheidene Krämer unbekannter Herkunft nach Danzig gekommen waren.“

Auf der einen Seite also unermesslicher Reichtum; aber auf der anderen ein eben solches Elend! In den Kellern und Dachgeschossen der Danziger Häuser, in den Holzbuden der Vorstädte vegetierten auf kleinstem Raum und im Schmutz Scharen hungrieriger, armer Schlucker. Zu Beginn des 16. Jahrhunderts war Danzig eine Stadt mit äußerst zugespitzten sozialen Verhältnissen. Der bedenkenlos zur Schau getragene Reichtum der Patrizier musste die Massen der armen Bevölkerungsmehrheit zum Widerstand reizen. Deren Empörung führte dazu, dass der Rat sich bereit erklären musste, eine besondere Vertretung der Danziger Bürgerschaft einzusetzen, als es im Frühjahr 1517 zu einem Zusammenbruch der städtischen Finanzen kam. „Die durch nichts begrenzte und durch niemanden kontrollierte Herrschaft des Rates brach zusammen“ (Bogucka). Aber dem nunmehr eingesetz-

ten „Rat der Achtundvierzig“ fiel auch nicht viel mehr ein, als die Steuern zu erhöhen, um den Haushalt der Stadt zu stabilisieren.

In diese Zeit sozialer Wirren fiel die Kunde von religiösen Unruhen, die nach Luthers legendärem Thesenanschlag an die Tür der Schlosskirche von Wittenberg im Jahre 1517 im Reich ausgebrochen waren. Die lebhaften Beziehungen Danzigs in alle Welt bewirkten, dass die Nachricht von diesen Ereignissen überraschend schnell in die Stadt gelangte. Es waren hauptsächlich die Vertreter der mittleren und unteren Volksschichten, die die radikalen Losungen der Reformation nach Danzig brachten: Wandergesellen, Seeleute aus aller Welt, Makler und Agenten verschiedener Handelsfirmen. In Danzig selbst hatten die Missstände innerhalb des Klerus schon länger Unwillen erregt: Man wusste genau, dass die Pröpste, die im allgemeinen dem Patriziat entstammten, ihre Würde nur als Einkommensquelle betrachteten und sich bei gottesdienstlichen Handlungen von miserabel entlohnten Kaplänen vertreten ließen. Eine Fastnachtspantomime, die 1522 aufgeführt wurde, erfreute sich bereits großer Beliebtheit. Ein Zeitgenosse berichtet: „Das Spiel war künstlich angerichtet, auch sehr lächerlich, aber spöttisch auf den Papst.“

Die ersten lutherischen Prediger erschienen in Danzig wie in den meisten großen deutschen Städten im Herbst 1522 und zogen große Scharen vor allem der Handwerker und des Gesindes an, was ein Chronist sichtlich empört mit den Worten kommentierte: „Jeder Bürger ist heut ein Theologe.“ Und ein anderer fügte hinzu: „Es ist schlecht um das Haus bestellt, wo die Köchinnen Glaubensfragen entscheiden.“ In den überfüllten Wirtshäusern aber fragte man sich: „Ist es zulässig, Bildern und Figuren, also dem von Menschenhand geschaffenen Werk, göttliche Ehrerbietung zu erweisen? Warum sind wir von den im Evangelium verkündeten Lehrsätzen so weit abgewichen? Wo sind die gepriesenen Tugenden der Armut, Reinheit und Barmherzigkeit geblieben? Würde Christus den Verkauf von Ablässen oder die Erhebung von Zinsen gut heißen?“

Wie auch anderswo vermischten sich religiöse und soziale Anliegen. Gefährliche Unruhen brachen aus. Im Herbst 1522 musste der „König von Danzig“, Ferber, aus der Stadt fliehen. Bestürzt versuchte der Rat, dem Aufruhr die Spitze abzubrechen und die Bewegung auf rein religiöse Forderungen zu begrenzen. Dem gewandten Franziskaner Alexander Svenischen gelang tatsächlich eine Beruhigung der erhitzten Gemüter, indem er erklärte, „dass von nun an in den Danziger Kirchen das Wort Gottes nach der Heiligen Schrift verkündet werde, ohne jegliche Beimengungen und spätere Erfindungen. [...] Gleichzeitig wurde den Gläubigen verboten, eigenmächtig und spontan die alten Gebräuche abzuändern. Statt ungestüm zu verlangen, sollten die Bürger geduldig die Entscheidungen der Behörden abwarten. Um dem Treiben von Volkspredigern entgegenzuwirken, wurde die Dauer einer Predigt auf eine Stunde begrenzt und

verboten, von der Kanzel herab Personen oder Einrichtungen zu kritisieren.“

Die Freude des Besitzbürgertums über diese Regelung, die am 24. Februar 1524 von Rat, Schöffen und Bürgerschaft verabschiedet wurde, währte allerdings nicht lange. Schon wenige Tage nach ihrer Verkündung wurde das Quartier des sich vorübergehend in der Stadt aufhaltenden Bischofs von Leslau, Drzewiecki, von empörten Bürgern gestürmt, weil der Geistliche unbedachterweise einen populären Prediger hatte ins Gefängnis werfen lassen; der Bischof entkam mit knapper Not. Tagelange Unruhen waren die Folge; Handel und Wandel kamen zum Erliegen. Träger der Tumulte waren offenbar die minder begüterten Einwohner der Altstadt und der Vorstädte; das Patriziat in der vornehmen Rechtstadt wandte sich schließlich hilfesuchend an den



König Sigismund I. (der Alte).

Landesherrn, als am 22. Januar ein offener Aufruhr ausbrach. Der Rat versammelte seine Anhänger auf dem Langen Markt, während die Aufständischen die Wälle besetzten.

Schon am nächsten Tag musste der Rat kapitulieren und die im so genannten „Artikelbrief“ niedergelegten Forderungen der Aufständischen akzeptieren. Deren wichtigste lauteten: Die religiösen Neuerungen sollten ohne Ausnahme durchgeführt und der Rat in Zukunft von der ganzen Stadtbevölkerung gewählt werden. Wucherzinsen sollten von nun an verboten sein. Die Repräsentanten der Bevölkerung in Gestalt der „Rentmeister“ sollten besondere Befugnisse besitzen. „In den Kirchen beabsichtigte man, die Pröpste durch die Gläubigen selbst wählen zu lassen. Als eine der wichtigsten Aufgaben sah man die Verkündigung des reinen Gotteswortes nach dem Evangelium an. Die Klöster, Horte des Müßigganges und der Verderbtheit, sollten der Kassation anheimfallen.“ (Bogucka).

Diese radikalen Forderungen, die an ähnliche Vorgänge im westfälischen Münster er-

innern, ließen das wohlhabende Bürgertum in Angst und Schrecken geraten. Ein Danziger Propst, der Patrizier Johann Bonholt, machte sich mit einem Brief des Rats an Luther auf den Weg nach Deutschland mit der Bitte, einen erfahrenen Prediger nach Danzig zu schicken, der „nicht eines schwerenden oder stürmischen geistes, sondern in linden und sanften gemüht, den Wegk Gottes mit bescheidenheit anzeigte.“

In seinem Antwortbrief, mit dem der Abgesandte nach einigen Wochen wieder in der Stadt eintraf, rief Luther die Danziger auf, Ruhe und Besonnenheit zu bewahren und die alte Ordnung zu schützen. Wörtlich hieß es in dem Sendschreiben: „Auch bitte ich, meine lieben Herren und Freunde, wollet ja alles tun und leiden, was sich immer tun und leiden will, damit ihr Friede untereinander habt, und zusehen, dass nicht irgend Schwarmgeister unter euch kommen, wie leider bei uns in Oberdeutschland solche Leute viel Jammers anrichten, wie E.W. vielleicht wohl gehöret haben. Ist etwas zu ändern oder zu brechen, es sei Bilder, oder was es sei, dass solches nicht durch den gemeinen Mann, sondern durch ordentliche Gewalt des Rats geschehe: damit nicht auch, wie anderswo, einreißen würde, die Obrigkeit zu verachten, welche doch Gott will gefürchtet und geehret haben.“

Mit der Autorität Luthers im Rücken, dessen Stimme man in halb Europa vernahm, begann sich der Rat allmählich wieder sicherer zu fühlen. Wichtiger aber wurde, dass der polnische König Sigismund I. nach dem Abschluss des Friedens von Krakau am Palmsonntag 1525 mit dem Hochmeister Albrecht von Brandenburg-Ansbach und der Umwandlung des Restordensstaates in ein von der Krone Polen lehnsabhängiges Herzogtum die Hände frei bekam. Zunächst erzwang er die Wiedereinsetzung Ferbers, von dem schon die Rede war, und forderte am 9. Mai die Stadt mit ersten Worten auf, die alte Ordnung wiederherzustellen. Andernfalls werde er sie mit Waffengewalt unterwerfen.

Monatelange Verhandlungen folgten, ohne dass sich Danzig fügte, so dass Sigismund schließlich seine Drohung wahr machen musste und mit großem Gefolge und einer Streitmacht von schätzungsweise 8.000 Mann in die Stadt einzog. Während aber der König die Einführung der neuen Lehre im Herzogtum Preußen stillschweigend duldete und der Vertrag von Krakau sie nicht einmal erwähnte, verhängte er in Danzig ein strenges Strafgericht über die Aufreißer in Gestalt von Todesurteilen und Verbannungen. Die Motive des Königs waren eindeutig: Danzig als „Polens Tor zur Welt“ war für den Gesamtstaat unendlich viel wichtiger als das abgelegene und verhältnismäßig arme Herzogtum Preußen am östlichen Weichselufer. Polen durfte aber auf keinen Fall die Kontrolle über die Weichselmündung verlieren.

Vor allem auf kirchlichem Gebiet ging Sigismund kompromisslos vor. Das katholische Bekenntnis wurde in allen Kirchen wieder eingeführt; die Mönche kehrten in ihre Klöster zurück; die Verbreitung von

Luthers Schriften wurde mit harten Strafen bedroht. Außerdem musste die ganze Bürgerschaft dem König erneut huldigen und steten Gehorsam gegen die von ihm eingesetzte Obrigkeit geloben. Ihren Abschluss fand die Regelung der städtischen Verhältnisse am 20. Juli 1525 durch die so genannten „Statuta Sigismundi“, die die städtischen und kirchlichen Verhältnisse Danzig für die Zukunft regeln sollten. Die Verkündigung der Lehren Luthers wurde bei Todesstrafe verboten. Ihre Anhänger hatten die Stadt binnen vierzehn Tagen für immer zu verlassen.

Fand sich der König auf religiösem Gebiet zu keinen Zugeständnissen bereit, so kam er der Bürgerschaft auf politischem Gebiet entgegen. Von nun an sollten mehr Gemeindemitglieder als bisher an der Regierung der Stadt beteiligt werden. Neben den Rat und die Schöffen trat das Institut der so genannten „Hundertmänner“. Diese „Dritte Ordnung“ setzte sich aus hundert Personen zusammen, die vom Rat aus den Bürgern der Rechtstadt ausgewählt wurden. Ihnen gehörten kraft Amtes stets die Ältermänner der vier „Hauptgewerke“ der Schuster, Bäcker, Schmiede und Fleischer an. Bei allen wichtigen Entscheidungen musste der Rat von nun an die Einwilligung der „Dritten Ordnung“ einholen, wurde aber sonst in seinen Rechten nicht eingeschränkt: so blieben ihm die Aufsicht über die Befestigungswerke der Stadt und die Verwaltung der Finanzen erhalten. Allerdings wurden bei etwaigen Beschwerden königliche Kommissare mit der Schlichtung beauftragt. Sollte der Streitwert eines Verfahrens mehr als 500 Mark betragen, konnte der Beklagte beim preußischen Landtag und durch diesen beim König Berufung einlegen. Als der König einen Tag später, d. h. am 21. Juli 1525, die Stadt verließ, bestätigte er ihr nochmals alle ihre Privilegien.

Die Ereignisse der Jahre 1522 bis 1525 und damit der Sieg der Reformation über den Katholizismus ließen sich freilich nicht rückgängig machen. „Er sollte“, nach den Worten Maria Boguckas, „tiefe, wenn auch im ersten Moment nicht fassbare Veränderungen auf dem Gebiet der Sitten, der Kultur und der Denkungsart der Bevölkerung an der Mottlau hinterlassen.“ In seinem bemerkenswerten Aufsatz „Luther und die Reformation im Preußenland“ von 1991, der im Jahre 1996 nochmals abgedruckt wurde, hat Udo Arnold vor allem auch den Verlauf der Ereignisse im königlichen Preußen und vor allem in Danzig nachgezeichnet, so dass er an dieser Stelle mit einem längeren Zitat zu Worte kommen soll:

„Die Situation war wie in den übrigen gro-

ßen Städten auch: Es gab die Herrschaft des Patriziats mit all ihren Personalverflechtungen und Abgrenzungsvorgängen gegenüber anderen Bevölkerungsschichten, es gab Probleme der kirchlichen Jurisdiktion – die auf alle nichtkirchlichen Gebiete ausgedehnt werden sollte und gerade dadurch den Grund unter den Füßen verlor –, es gab Probleme des Priesterstandes – die Pfarrer genossen ihre Pfründen meist außerhalb und wurden von einer Vielzahl schlecht bezahlter Kapläne vertreten –, es gab Aversionen gegen die Bettelorden – nicht Armut als kirchliches Ideal, sondern Arbeit als sittliche Pflicht gewann in bürgerlichen Augen die entscheidende Bedeutung – und letztlich gab es intensives religiöses Suchen. In diese Situation fiel das Auftreten Luthers. Zu vielen Vorgängen seiner Zeit nahm er unaufgefordert Stellung, aus Preußen erfolgte jedoch stets zuerst die Frage, dann Luthers Antwort. Somit bestimmte auch Danzig den Zeitpunkt des Kontaktes selber, der damit von der inneren Entwicklung der Stadt abhing.“

Die Hauptvermittler der Lehren Luthers sieht Arnold in den Danziger Studenten,



„Statuta Sigismundi“ (20. Juli 1525).

die in Wittenberg studierten, das damals von 31 Prozent der Danziger Studierenden aufgesucht wurde und damit Universitäten wie Krakau, Frankfurt an der Oder, Rostock oder Leipzig weit hinter sich ließ. „Nach ihrer Heimkehr“ – so Arnold – „wirkten sie in wichtigen Positionen: Stadtschreiber, sogar Bürgermeister, Lehrer und vor allem Prediger, und es ist bezeichnend, dass gerade sie in den revolutionären Vorgängen des Jahres 1525 eine führende Rolle spielten, auf der gemäßigten wie auf der radikalen Seite. Dieser Studentengruppe darf der intensivste indirekte Einfluss Luthers auf Danzig zugeschrieben werden.“

So wandte sich der Rat – wie schon erwähnt – schließlich nach Wittenberg, um Luthers Meinung zur weiteren Entwicklung der Dinge in der Stadt einzuholen, und brachte ihn damit in nicht geringe Schwierigkeiten; denn Danzig hatte seine revolutionären Unruhen schon hinter sich, die Luther eigentlich verurteilte, wie aus seinem Gutachten, aus dem bereits zitiert wurde, eindeutig hervorgeht. Der Rat wollte nun von ihm wissen, wie man zukünftigen

Unruhen Herr werden konnte. In dieser Situation musste Luther versuchen, zu retten, was seiner Meinung nach rettenswert war: nämlich die althergebrachte Gesellschaftsordnung. Oder um noch einmal Udo Arnold sprechen zu lassen:

„Wir sehen also auch im Falle Danzigs den Zwiespalt verwirklicht, in dem Luther stets stand, zwischen den radikalen Nachfolgern seiner Lehre, die die eigentliche Reformation schärfsten Ausmaßes herbeiführten, und dem von ihm befolgten Konzept einer gemäßigten Reform. Nicht den Umsturz wollte er, sondern friedliche Umwandlung. Gerade die Umstürzler beriefen sich aber immer wieder auf Luther, und er konnte nur noch versuchen, die Gemüter zu beruhigen und in seinen Augen Schlimmeres zu verhüten. So auch in Danzig.“

Wie soeben geschildert, hat das Eingreifen des polnischen Königs eine friedliche Entwicklung vor allem auf konfessionellem Gebiet zunächst abgebrochen. In Elbing und im ermländischen Braunsberg hat sich die Reformation nicht durchsetzen können; das Ermland blieb vor allem dank des Wirkens seines Bischof Stanilaus Hosius katholisch. So wird man denn Arnolds Urteil folgen dürfen, mit dem er seine Betrachtungen beschließt:

„Doch gerade der im Ermland fortlebende Katholizismus macht ein wichtiges, dem Herzogtum wie dem Königlichen Preußen gleichermaßen zu eigen gewordenes Ergebnis der Reformation, der Verbindung Luthers mit dem Preußenland, sichtbar: Beiden Teilen blieb das Abgrenzungsmoment gegenüber Polen infolge des Glaubensunterschiedes der Bevölkerung für die Zukunft ein wesentliches Element der Eigenständigkeit, über alle Divergenzen der Folgezeit hinaus auch ein verbindendes Element.“ – Dies ist dann im Grunde bis 1945 so geblieben, doch war der konfessionelle Gegensatz bis ins 19. Jahrhundert hinein kein nationaler!

In Danzig selbst ging die Einführung des Luthertums vor allem Dank der maßvollen Haltung des zweiten Pfarrers an St. Marien, Pankrätius Klemme, gewissermaßen stillschweigend weiter, und die Oberpfarrkirche wurde in der Zukunft zu einer Hochburg der Reformation, wenn man auch an den alten Gottesdienstformen noch lange Zeit festhielt. Jedenfalls war die Mehrheit der Danziger Bevölkerung um die Mitte des 16. Jahrhunderts bereits evangelisch. Es spricht aber für die Mäßigung beider Seiten, dass ein Zusammenleben mit einer doch noch beträchtlichen katholischen Minderheit in der Stadt möglich blieb.

Dies war auch dem neuen polnischen König Sigismund II. Augustus zu verdanken, der seit 1548 regierte und anders als sein Vorgänger Sigismund I. (der Alte) ein echter Renaissancefürst war, dem konfessionelle Fragen durchaus gleichgültig waren, ja den man sogar verdächtigte, insgeheim ketzerische Bücher zu lesen und sich besonders gern mit Häretikern zu unterhalten. Er mischte sich in die inneren Angelegenheiten Danzigs, das nun wieder von den Vertretern der Familie Ferber regiert wur-



König Sigismund II. August.

de, wenig ein und war damit zufrieden, aus den Mitteln der Stadt für sich Gewinn zu ziehen. Da auch die Amtsinhaber des Leslauer Bischofstuhls häufig wechselten, war in Danzig von ernstlichem Widerstand gegen die neue Lehre wenig zu spüren. Auch vom polnischen Adel hatte man wenig zu befürchten, da dieser zu dieser Zeit ebenfalls der Reformation zuzuneigen begann.

Noch aber wurde das lutherische Bekenntnis in der Stadt lediglich stillschweigend geduldet. An der Barbara- und der Jakobskirche waren die Geistlichen allerdings bereits dazu übergegangen, den Gläubigen das Abendmahl „in beiderlei Gestalt“ auszuteilen. Da der Rat diese Entwicklung weder aufhalten konnte noch wollte, wurde er wiederholt beim König vorstellig, um ihn zu bewegen, der Bevölkerung durch ein Privileg die Abwendung von der katholischen Konfession zu gestatten. Sigismund sträubte sich aus innenpolitischen Gründen lange gegen diesen Gedanken und konnte sich, auch weil er mit dem Papst nicht brechen wollte, zu keiner Entscheidung durchringen. Er ließ die Dinge treiben und den Danzigern durch seinen Großkanzler ausrichten: „*Was dürft ihr viel suchens, möget ihr doch tun in den sachen, was ihr wollt. Königliche Majestät kann euch nichts öffentlich und ausdrücklich zulassen, aber durch die Finger kann er wohl sehen.*“

Es bedurfte aber doch eines Geschenks von 30.000 Gulden und eines Darlehens von 70.000 Gulden, um den König dazu zu bewegen, der Stadt die Religionsfreiheit zugestehen. Am 5. Juli 1557 wurde eine Urkunde ausgestellt, die den Bürgern den Gebrauch des Abendmahls in beiderlei Gestalt gestattete. Am 31. Oktober desselben Jahres, dem Reformationstag, wurde es in allen Danziger Kirchen eingeführt. Obgleich man den katholischen Geistlichen in der Marienkirche bis zu seinem Tode neben seinen evangelischen Amtsbrüdern amtieren ließ, hatte sich damit die Reformation durchgesetzt. Die konfessionellen Verhältnisse in Danzig haben sich danach bis zum Jahre 1945 nicht mehr wesentlich geändert. Zwei Dritteln evangelischer

Christen stand ein Drittel katholischer Bevölkerung gegenüber. Nach langem Ringen hatte die Stadt ihren konfessionellen Frieden gefunden.

Dieser war auch nicht der letzte Grund dafür, dass die Stadt nunmehr dem wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Höhepunkt ihrer Geschichte zustrebte. Wieder fiel dem schon erwähnten Geschlecht der Ferber eine führende Rolle zu. Nachdem Eberhardt Ferber, den sein Landesherr gegen den Willen der Bevölkerung wieder in sein Amt eingesetzt hatte, schon 1529 im Exil gestorben war, zeigte sich, dass sich sein persönliches Scheitern nicht auf seine zahlreiche Familie übertrug. Einer seiner zehn Söhne, Konstantin, sollte es ihm schon bald an Macht und Einfluss gleichtun. Allerdings war Konstantin Lutheraner, so dass ihm der Weg nach oben versperrt blieb, solange der katholische Sigismund I. (der Alte) auf dem polnischen Thron saß.

Dies änderte sich 1548, als Sigismund II. Augustus die Regierung antrat und Polens „*Goldenes Zeitalter*“ heraufführte. Nun machte Konstantin Ferber eine geradezu atemberaubende Karriere. 1548 wurde er Schöffe, einige Monate später Ratsherr und 1555 übernahm er das Amt des Bürgermeisters, das er dreiunddreißig Jahre innehatte. Ein neuer „König von Danzig“ war auf der politischen Bühne Danzigs erschienen, der nicht weniger prachtliebend wie sein Vater, aber auch wie jener ein großzügiger Mäzen der Wissenschaften und Künste war. Sein riesiges Vermögen erwarb er im Holzhandel und im Geldgeschäft. „*Er war der Bankier des polnischen Monarchen Sigismund II. August und des schwedischen Königs und stand mit bedeutenden Summen auch dem preußischen Herzog Albrecht zur Verfügung*“ (Bogucka). Seine Geschäftsbeziehungen in alle Welt erinnern an das Handelsimperium der Fugger und Welser in Augsburg und der Tucher und Imhof in Nürnberg. Kein Wunder, dass er dem Lebensstil der reichen polnischen Magnaten nachzueifern begann und sich außerhalb der Stadtmauern eine Sommerresidenz errichten ließ, die halb im Scherz und halb mit Stolz „Konstantinopel“ genannt wurde.

An der herausragenden Gestalt Konstantin Ferbers, dem seine kaufmännischen Weggefährten und Konkurrenten nacheiferten, lässt sich der nach den religiösen Wirren eintretende Aufstieg Danzigs besonders eindrucksvoll demonstrieren. Obwohl dies in keinem königlichen Privileg verbrieft war, sicherten sich die Danziger Kaufleute praktisch das Handelsmonopol in der Stadt, indem sie den Zwischenhandel im Stadtgebiet gewissermaßen monopolisierten. Fremde durften im Hafen keine Geschäfte auf eigene Faust betreiben. Der polnische Adlige, dessen Getreide auf der Weichsel auf Flößen herangeschafft und anschließend auf der Mottlau umgeschlagen wurde, durfte nicht in direkten Kontakt mit seinem Kunden treten. Getreide wurde nämlich ausschließlich von Danziger Händlern gekauft und erst anschließend an die holländischen und englischen Schiffer verkauft. Umgekehrt gelangten die Luxusartikel aus

dem westlichen Europa wie englische Tuche oder französische Weine erst über die Kontore der Danziger Kaufmannschaft an ihre Verbraucher. „*Danzig beherrschte den Hafen, der das polnische Reich mit der übrigen Welt verband, und konnte demnach die Bedingungen diktieren*“ (Bogucka).

Die politischen Folgen dieses wirtschaftlichen Machtmonopols sollten sich bald zeigen; denn Danzig war sich seiner herausragenden Stellung im polnischen Staatsverband allzu bewusst und bereitete dem neuen König Sigismund II. Augustus von Anfang an immer neue Schwierigkeiten. Schon die Huldigung zögerten die Repräsentanten der Stadt hinaus, indem sie erklärten, dem neuen Monarchen so lange ihre Anerkennung versagen zu müssen, bis ihnen der junge König ihre Privilegien bestätigt haben würde. Angesichts dieses anmaßenden Verhaltens konnte die Reaktion des polnischen Hofes kaum ausbleiben, zumal sich Sigismund, der – wie gezeigt – den Danzigern in vieler Hinsicht entgegengekommen war, sich in seinem guten Willen getäuscht sah. So entschloss er sich dazu, wie sein Vorgänger, die widerspenstige Kommune gewaltsam zum Gehorsam zu zwingen und



Bürgermeister Konstantin Ferber.

teilte dem Rat im Jahre 1552 mit, dass er demnächst mit Heeresmacht nach Preußen aufbrechen werde, worauf man sich sehr rasch zur Huldigung bequeme.

Maria Bogucka hat den Einzug des jungen Königs folgendermaßen beschrieben: „*Das Patriziat, wenn auch im innersten verärgert, bereitete dem Monarchen einen großartigen Empfang. Der Bürgermeister Johann Stutte eilte dem König mit dreihundert Reitern entgegen. Vor den Toren der Stadt begrüßten dreitausend Bürger, in Schlachtordnung angetreten und aus Geschützen und Gewehren Salut schießend, den jungen Monarchen. Der mächtige Donner ließ die Luft so erzittern, dass nach einer Salve ein Stück Gesimse am*

Stadttor sich löste – gerade in dem Augenblick als der König hindurchritt. Es entstand eine Verwirrung, doch bald war dieser unbedeutende Vorfall vergessen.“

Die Bürgerschaft der „kleinen Leute“ begrüßte den König mit echter Begeisterung und erhoffte von ihm eine Erweiterung ihrer Gerechtsame, vor allem eine Einschränkung der im Grunde unbeschränkten Macht des Rates. Es sei darauf verzichtet, die Forderungen der bürgerlichen Opposition im einzelnen aufzulisten, zumal Sigismund sich diese zur nicht geringen Beunruhigung des Patriziats zwar gnädig anhörte, aber im Grunde nichts an der Stadtverfassung änderte – vermutlich nicht zuletzt deswegen, weil er auf die Finanzhilfe der Reichen und Mächtigen in Danzig angewiesen blieb.

Zu seiner nicht geringen Überraschung aber wurde sein Entgegenkommen von letzteren nicht honoriert; ganz im Gegenteil widersetzte sich der Stadtrat energisch dem Wunsch des Königs, auf der Ostsee eine königliche Flotte zuzulassen, weil er fürchtete, dass ein Krieg um das „dominium maris Baltici“ seinen Handel beeinträchtigen würde. Sigismund ließ daraufhin eine spezielle Marinekommission zusammentreten, die die Interessen der Krone auf dem Meere vertreten sollte. In diesem Zusammenhang kam es zu einer „unerhörten Provokation“ (Bogucka) des Königs, als der Danziger Rat unter dem Vorwurf, königliche Seeleute hätten Hühner gestohlen, elf von ihnen verhaften und zum Tode durch Enthauptung verurteilen ließ. Die Urteile wurden nicht nur vollstreckt, sondern die Köpfe der Hingerichteten sogar als Zeichen der Geringschätzung der Krone auf Pfähle gesteckt und in der Nähe der Stadttore aufgefplant. Einer daraufhin nach Danzig entsandten königlichen Untersuchungskommission blieben die Stadttore verschlossen. Nun allerdings war die Geduld des Königs und seiner Berater zu Ende. Der Konflikt eskalierte, als Abgesandte des Danziger Rats am 12. August 1569 vor dem Reichstagsgericht in Lublin zu erscheinen hatten und die vornehmsten vier von ihnen – Ferber, Kleefeld, Giese und Proite – unter dem Vorwurf der Majestätsbeleidigung gefangen gesetzt wurden. Auf dem gleichen Lubliner Reichstag wurde die Sonderstellung des Preußenlandes und damit auch seines „Vororts“ Danzig empfindlich eingeschränkt.

Erich Keyser hat diesen Schritt der polnischen Krone – allerdings noch unter dem Eindruck des Endes des Ersten Weltkriegs – in ungemein scharfer Form verurteilt, und manche Historiker sind ihm darin bis heute gefolgt. 1928 schrieb der in seiner „Danziger Geschichte“ u. a.: „So konnte am 18. März 1569 unter dem jubelnden Beifall des polnischen Adels das berühmte Lubliner Dekret zum Gesetz erhoben werden. Die Selbständigkeit der preußischen Stände, deren Widerspruch unbeachtet blieb, wurde damit für alle Zeit mit einem Federstrich beseitigt. Während der preußische Adel künftig seinen Sitz im polnischen Reichstag erhielt, blieb den Städten eine staatsrechtliche Vertretung im Senat und in der Landbotenkammer versagt. Der Verpolung des Weichsel-

landes war fortan freier Lauf geschaffen. In der Verdrängung der Einheimischen von den Landesämtern und im Rückgang der wirtschaftlichen Kultur des einst so hoch entwickelten Ordenslandes zeigten sich nur zu bald die Folgen dieses unerhörten Rechtsbruchs.“

Heute ist die Forschung überwiegend geneigt, in den Beschlüssen des polnischen Reichstags in Lublin eher eine säkulare Tendenz zu sehen, die sich auch im Reich beobachten lässt, nämlich den Niedergang der Stadtrepubliken gerade auch in Oberdeutschland angesichts der Machtkonzentration des Staates im Zeichen des beginnenden Absolutismus. Auch der Niedergang der Hanse, der Danzig als Vorort des „wendischen Quartiers“ angehörte, ist in diesen Zusammenhang zu stellen. In Polen allerdings hat die Ausschaltung der Städte aus den politischen Entscheidungsprozessen eine besonders scharfe Form angenommen und das polnische Bürgertum auf die Dauer und eigentlich unwiderruflich vernichtet.

Für Danzig möchte man allerdings in den Dekreten von Lublin beinahe den Beginn seines Niedergangs erkennen, wenn es sich auch zunächst noch anscheinend unge-

erhalten. Aber wie gesagt: das alles blieb vorerst noch auf dem Papier.

Sicheres Zeichen dessen, dass sich die Stadt an der Weichselmündung immer weniger dagegen wehren konnte, in die weltpolitischen Auseinandersetzungen um sie herum hineingezogen zu werden, ist die Tatsache, dass sie immer häufiger Belagerungen fremder Heere über sich ergehen lassen musste. Nach der chaotischen Regierungszeit Henrys von Valois, der um der Thronfolge in seinem Stammland Frankreich willen auf den polnischen Thron verzichtete und in einer Nacht- und Nebelaktion das Land verließ, folgte ihm der Fürst von Siebenbürgen, Stefan Bathory, als König von Polen; ein äußerst machtbewusster Herrscher, dessen Thronbesteigung Danzig wie schon im Falle Sigismund II. Augusts nicht anerkennen wollte, solange er nicht die Privilegien der Stadt bestätigt hatte.

Nun war Bathory nicht der Mann, in dieser Weise mit sich verfahren zu lassen, und belegte die Stadt gleich zweimal mit der Reichsacht. In einem Schreiben an die Provinziallandtage von 1577 wird der herrscherliche Zorn in den drastischen Worten deutlich: „Die Danziger, dem Gehorsam des Kö-



Der Hafen von Danzig (17. Jh.).

schwächt behauptete, zumal Sigismund II. Augustus schon drei Jahre später starb, damit aber auch die angestammte Dynastie der Jagiellonen erlosch. Jahrzehntelange Thronwirren waren die Folge; Polen verwandelte sich in eine Wahlmonarchie, in der der Adel sich bei jedem Thronwechsel besondere Vorrechte erstritt, die die Städte immer mehr zur Bedeutungslosigkeit verurteilte, zuletzt eben auch deren reichste und mächtigste: nämlich Danzig. Schon in den so genannten „Karnkowski-Statuten“ von 1570, die freilich nicht in Kraft traten, war die Tendenz erkennbar, die bisherigen Freiheiten des Danziger Patriziats entschieden einzuschränken. Bürgermeister und Ratsherren mussten seitdem dem polnischen König und dem polnischen Reich (!) den Treueid leisten, die Seehoheit galt von nun an als alleiniges Privileg des Königs. Alle zwei Jahre sollte eine königliche Kommission die Wirtschaft der Stadt prüfen und die Zünfte Sitz und Stimme im Rathaus

nigs unterstellt, wurden reich, haben sich wie die Schweine an den Gütern der Krone gemästet, sind groß geworden, uns aber haben sie getäuscht; durch ihre Taten und Praktiken haben sie bewiesen, dass sie Herren über uns waren, denn alles Getreide, alle Waren und Güter hatten sie in ihren Händen und walteten und schalteten nach eigenem Gutdünken.“

Diesen Worten ließ er sogleich Taten folgen. Der Handel mit Danzig wurde verboten, die gesamte Flößerei auf der Weichsel nach Elbing und Thorn umgeleitet, was den Danziger Hafen zum großen Teil lahmlegte und eine große Teuerung auslöste. Die Söldner, denen die Bürgerschaft den Sold nicht rechtzeitig bezahlen konnte, drohten ebenso zu rebellieren wie die Zünfte, so dass der Rat sich schließlich zum Nachgeben entschloss. Bathory, der in Kriegsvorbereitungen gegen Moskau begriffen war, wollte sich militärisch den Rücken freihalten und nahm im Dezember 1577 in Marienburg die Huldigung der Vertreter Danzigs entgegen, nicht aber ohne der Stadt eine gewalti-

ge Kontribution in Höhe von 200.000 Florin aufzuerlegen und die Entlassung der Söldner durchzusetzen.

Da der König für seinen Feldzug gegen Moskau und einen geplanten Türkenkrieg Geld brauchte, war er schließlich bereit, die Gerechtsame der Danziger Regierung zu wahren, so dass es so scheinen mochte, als habe sich im Rathaus nichts geändert. „*Der Rat, dem die wohlhabendsten Geschlechter der Stadt angehörten, beherrschte weiterhin das Geschehen, und der Strom der zu erledigenden Geschäfte lief nach althergebrachter Weise ab*“ (Bogucka). Über die Regierungsweise in Danzig mit seinen verschiedenen Gremien gibt Maria Bogucka erschöpfend Auskunft, so dass an dieser Stelle der Hin-

tes stärke die Reputation des Eigentümers, trat das Bürgertum somit in Konkurrenz zum landsässigen Adel.

Man hat gelegentlich die Meinung vertreten, dieser Abfluss des Kapitals auf das Land habe zur wirtschaftlichen Schwächung Danzigs beigetragen. Diese These ist nicht unumstritten geblieben, da die großen Familien sehr bald merkten, dass sich mit dem Getreideexport wesentlich risikoleichter gutes Geld verdienen ließ als mit der viel gefährlicheren Schifffahrt. Ausdruck dessen war die Schrumpfung der Danziger Flotte: Hatte man noch zu Beginn des 16. Jahrhunderts zweihundert Schiffe gezählt, waren es an dessen Ende nur ganze 50 bis 60 Schiffseinheiten, die nur noch im Zwischen-

in ihnen gefährliche Konkurrenten und fühlte sich durch das aufs Land drängende Großbürgertum in seiner Existenz zunehmend bedroht. Scharfe soziale Spannungen waren die Folge!

Den Adel traf dabei vor allem der Vorwurf mangelnder militärischer Leistungsfähigkeit, wie er sich allerdings in den dynastischen Konflikten mit Schweden in den Nordischen Kriegen des 17. und 18. Jahrhunderts eklatant zeigen sollte. Auch die polnische Marine erwies sich der schwedischen als unterlegen, als diese vor Danzig erschien und die Stadt von der See her blockierte. Die Schweden legten einen fünfunddreißigprozentigen Zoll auf alle aus- und eingehenden Waren. Vergeblich stellten sich die Danziger mit Geldspenden für den Neubau einer polnischen Flotte zur Verfügung. Immerhin tobte damals im Reich der Dreißigjährige Krieg, der die schwedischen Landstreitkräfte band und von Danzig abzog. Die Stadt war noch einmal davongekommen und empfing den polnischen König Władysław IV. Wasa (1632–1648) mit großer Begeisterung, als er im Januar 1636 in Danzig einzog. Als der Monarch aber daranging, die polnische Staatskasse nach dem Vorbild anderer Mächte durch Seezölle aufzufüllen, erhoben die Danziger wütenden Protest.

Nun trat ein, was bis dahin niemand für möglich gehalten hatte. Am 1. Dezember 1637 griff eine dänische Flotte, die der Danziger Rat herbeigerufen hatte, die in der Danziger Bucht postierten polnischen Schiffe hinterrücks an, kaperte zwei von ihnen und versenkte ein weiteres, während ein viertes mit knapper Not entkam. Zum ersten Mal hatte sich die Stadt offen gegen ihren Landesherrn gestellt. Eine Vorladung vor das Reichstagsgericht war angesichts dieses Verrats die selbstverständliche Folge. Ganz Polen bebte vor Entrüstung. Reichskanzler Ossolinski erklärte: „*Das uns untertane Danzig wagt offen und unbehelligt zu sagen, dass unser Recht und die Herrschaft über das Meer nicht weiter als einen Steinwurf reichen! Alles rührt daher, dass wir unsere Seeherrschaft vernachlässigt haben.*“

Noch einmal ließ sich Władysław IV. durch die Zahlung einer Summe von 600.000 Florin besänftigen, die ihm die Stadt anbot; aber die Pläne zur Gründung einer polnischen Flotte wurden vom König begraben; die inzwischen angelegten Forts zur Verteidigung des Danziger Hafens verfielen.

Als aber im Jahre 1655 die schwedische „Sintflut“ über die polnische Adelsrepublik hereinbrach und das ganze Land überflutete, war es allein Danzig, das sich den konfessionsverwandten Schweden entschlossen entgegenstellte und die Stadt mit einem äußeren Verteidigungsring umgab. Als die schwedischen Truppen tatsächlich erschienen, brannten die Danziger die Vorstädte nieder, um den Angreifern keine Versorgungstützpunkte zu bieten. Die Vorstadtsiedlung „Alt-Schottland“, deren Bewohner ihre Wohnungen nicht verlassen wollten, wurde von Danziger Truppen gewaltsam und ohne Schonung von Kloster



Schlacht des Königs Stefan Bathory mit den Danzigern (1577).

weis auf ihr schönes Buch über „Das alte Danzig“ genügen mag.

Allerdings durchzog das ganze 16. Jahrhundert in Danzig der ständige Konflikt zwischen Rat und Zünften das innenpolitische Leben der Stadt; immer häufiger rebellierten die Angehörigen derjenigen „Gewerke“, denen der Zugang ins Rathaus verwehrt blieb. Es kam sogar zu einem regelrechten Fleischstreik, als verfügt wurde, die Fleischer hätten ihre Ware nicht wie bisher „nach Augenmaß“, sondern nach Gewicht zu verkaufen. Die soziale Schere begann sich weiter zu öffnen und fand ihren Ausdruck in zahlreichen Krawallen auf den Straßen. Ein weiterer Konfliktherd entstand, als das vermögende Danziger Bürgertum damit begann, zur Absicherung seines wirtschaftlichen Risikos, aber auch, um es dem Adel in dessen angeblich vornehmerer Lebensführung gleichzutun, im Danziger Umland Landbesitz zu erwerben. In der Überzeugung, der Besitz eines Landgu-

handel eingesetzt wurden, deswegen entsprechend kleiner waren und geringere Entfernungen zurücklegten.

Man hat ferner beobachtet, dass die Grundbesitzer unter den ratsfähigen Familien die gesellschaftlich angesehensten waren; jedenfalls waren in Pommerellen im 16. Jahrhundert mit den Geschlechtern von der Becke, Bischof, Bock, Falke usw. die vornehmsten Patrizierfamilien als Landbesitzer vertreten. Viele von ihnen verloren ihre bürgerlichen Charaktermerkmale und passeten sich immer mehr der Lebensweise und der Mentalität des Adels an. Da nur sie im Rat vertreten waren, kam es zu einer paradoxen Situation: „*Die Mitglieder der Stadtverwaltung in Danzig sind eigentlich keine Stadtbürger mehr*“ (Bogucka). Ihnen wurden die eigentlichen Belange der Stadt zunehmend gleichgültiger; der Adel aber sah

und Kirche niedergebrannt. Alle Versuche der Schweden, die Stadt zur Übergabe oder wenigstens zur Erklärung ihrer Neutralität zu veranlassen, schlugen fehl, auch als sie den Belagerungsring um die Stadt immer enger zogen. Der Rat erklärte, dass er die Krone Polen, die ihm über zweihundert Jahre Schutz und Wohlstand garantiert hätte, nicht im Stich lassen werde! Dieser Schutz allerdings wurde von nun an immer schwächer.

Bevor Danzig aber in den Niedergang der polnischen Adelsrepublik hineingezogen wurde, erlebte die Stadt noch einmal eine kulturelle Spätblüte, die vor allem die Baukunst, die Musik und die Literatur umfasste. In seiner bis heute ohne Nachfolgerin gebliebenen „Ostpreußischen Literaturgeschichte“ von 1977 hat Helmut Motekat dem literarischen Leben Danzigs unter der Überschrift: „Ich singe Dantzig dich, Prinzessin aller Plätze“, einem Diktum des Humanisten J.G. Salicetus, ein ganzes Kapitel gewidmet und auf das den Rang einer Universität einnehmende „Akademische Gymnasium“ und seine berühmten Schüler hingewiesen, unter ihnen als die Hauptvertreter der barocken „Schlesischen Schule“ Andreas Gryphius und Hofmann von Hofmannswaldau. 1635 erschien in seiner Eigenschaft als Geheimschreiber des polnischen Königs der wohl bedeutendste deutsche Dichter und Übersetzer seiner Zeit in Gestalt von Martin Opitz von Boberfeld in Danzig, wo er wenige Jahre nach seiner Ankunft von der Pest dahingerafft wurde und in der Oberpfarrkirche St. Marien seine letzte Ruhestätte gefunden hat. Sie alle suchten und fanden in Danzig ihren Zufluchtsort angesichts der Verwüstungen, die Deutschland damals erlebte, so auch Opitzens Schüler Johann Peter Titz, der voller Dankbarkeit darüber, dass Danzig bis dahin vor Zerstörung und Kriegswirren bewahrt worden war, im Jahre 1648 die Verse schrieb:

„Unser Deutschland seuffzet noch,
Hofft auf Frieden zwar mit sehnen,
Fühlt doch stets der Waffen Joch,
Wird durch Freund und Feind verheeret,
Und erbärmlich ausgezehret...
Hier, Gott lob! In unsern Gränzen,
und bei dieser guten Stadt,
sehn wir Ruh und Wolfart glänzen,
die sich hier gegründet hat;
Leben nunmehr manches Jahr
Frey von aller Kriegs-Gefahr“.

Das sollte sehr bald anders werden. Über die damalige Epoche aber hat Helmut Motekat mit Recht geurteilt: „Das Kulturleben Danzigs im 17. Jahrhundert war von zwei höchst unterschiedlichen Kräften getragen. Einmal von seiner deutschen Bürgerschaft, deren Lebensform nicht zuletzt durch die enge Verbindung zu den norddeutschen Hansestädten bestimmt war. Zum anderen aber auch durch die staatlich-politische Bindung an die polnische Krone und durch den polnischen Teil der Einwohner. Bei deutlicher Wahrung des nationalen Selbstbewusstseins beider Teile der Einwohnerschaft lieferten die deutschen und polnischen Bürger ein Beispiel für das sehr wohl mögliche fried-



Martin Opitz (1597–1639).

liche und harmonische Zusammenleben von Deutschen und Slawen und für die gemeinsame Bewältigung der Erfordernisse des Daseins.“

Noch einmal verschaffte der Friede von Oliva vom 2. und 3. Mai 1660, der für Danzig ausgesprochen günstig ausfiel, der Stadt eine letzte Atempause. Die Freude über den endlich erreichten Friedensschluss, der die politischen Verhältnisse im Ostseeraum neu ordnete, war in der Stadt so groß, dass man Gedenkmünzen prägte, von denen eine das Danziger Panorama mit dem polnischen Adler darüber zeigte und auf der Rückseite das Meer voller Schiffe unter einem sonnigen und heiteren Himmel mit der Umschrift „IAM VENTI POSUERE“ (Die Winde haben sich gelegt).

Ein halbes Jahrhundert später stand Danzig noch einmal im Mittelpunkt weltgeschichtlicher Entscheidungen, als der polnische Thronprätendent Stanisław Leszczyński von hier aus vergeblich versuchte, sein Reich zu erobern, aber sächsisch-russischer Übermacht weichen musste. So wie sich die Blütezeit der Stadt weitgehend mit dem „Goldenen Zeitalter“ der Adelsrepublik gedeckt hatte, wurde die Stadt nunmehr in ihren Untergang hineingerissen. Seit den Kriegen der „Sintflut“ von 1655–1660 versank Polen nämlich immer mehr in Anarchie und Wehrlosigkeit, bis seinem staatlichen Da-

**Friedensschluss zu
Oliva im Jahre 1660.
Zeitgenössischer
Kupferstich.**

sein von seinen absolutistischen Nachbarn in Gestalt der drei „Schwarzen Adler“ Russland, Österreich und Preußen in einer „konzertierten Aktion“ am Ende des 18. Jahrhunderts ein Ende bereitet wurde.

Vor allem die enormen Kriegslasten, die Danzig nach den verlustreichen Kriegen der Adelsrepublik mit Russland, der Türkei und Schweden und im Siebenjährigen Krieg zu tragen hatte, richteten den Handel der Stadt zu Grunde. Schon nach der ersten Teilung Polens, die Danzig von seinem Hinterland abschnitt, konnte sein wirtschaftliches und damit auch politisches Überleben nur noch eine Frage der Zeit sein. Als im Jahre 1793 preußische Truppen in die Stadt einmarschierten und der Rat sich ohne die Möglichkeit der Gegenwehr „dem vielvermögenden Schutz“ des preußischen Königs Friedrich Wilhelm II. unterstellte, war die Zahl ihrer Einwohner von 77.000 Mitte des 17. Jahrhunderts auf mittlerweile nur noch 36.000 gesunken.

Das Ende der „Freiheiten“ der Stadt, die aber im Wortsinne immer nur für ihre obersten Repräsentanten gegolten hatten, und noch manche Katastrophe, die auch in dieser Hinsicht in gewissem Sinne einzigartige Stadt noch ereilen sollte, bedeuteten aber nicht das Ende ihrer Existenz, vielmehr – meine ich – den Übergang in ein gewandeltes Dasein, in dem sich Danzig wiederfand, ohne deshalb seine besondere Eigenart aufzugeben. Es bewahrte auch unter preußischer Herrschaft noch lange seinen besonderen Danziger Lebensstil, den ihm eigenen Danziger Patriotismus und vor allem seine Danziger Kultur, die bis heute in seinen prächtigen Bauwerken ihren sprechendsten Ausdruck finden. Und das ist wahrhaftig nichts Geringes!



Lässt man die in der Überschrift zu diesem Vortrag formulierte These lange genug auf sich wirken, so wird man leicht den Eindruck gewinnen, dass die „preußische Zeit“ Danzigs von einem Danziger wie dem Veranstalter anscheinend nicht besonders geschätzt wird und eine „Provinzstadt in Preußen“ – seit 1871 notabene auch im Deutschen Reich – für ihn keinen besonders ehrenvollen Titel darstellt. Damit trifft er die Gefühlslage der meisten Danziger im Augenblick der preußischen Inbesitznahme der Stadt im Jahre 1793 wohl ziemlich genau; aber galt diese unverändert bis 1919? Daran wird man schon angesichts des langen Zeitraums seine Zweifel haben dürfen. Und brachte diese „preußische“ Zeit nicht auch für viele Menschen, die der alten „Freiheiten“ im oligarchischen System Danzigs eben nicht teilhaftig wurden wie beispielsweise die Bewohner der Altstadt und der Vorstädte, neue „bürgerliche Freiheiten“, die von nun

Loew, der lange Jahre in Danzig gelebt und studiert und der als der im Augenblick wohl beste Kenner der Danziger Geschichte im 19. Jahrhundert zu gelten hat, hat außerdem auf die großen Schwierigkeiten für die Erforschung gerade dieses Zeitraums vor allem in sozialgeschichtlicher Hinsicht aufmerksam gemacht, die nicht zuletzt darin ihren Grund haben, dass das Danziger Magistratsarchiv im Inferno des letzten Weltkriegs untergegangen ist. Loew selbst hat gewissermaßen als „Ersatz“ die lokale Presse herangezogen, ist sich aber der besonderen Problematik gerade dieser Quellengattung, die immer nur einen Ausschnitt der Wirklichkeit und diesen in der Regel nur unter ihrem jeweils subjektiven Standpunkt erfassen kann, sehr bewusst.

So bleibt denn nichts anderes übrig, als sich weiterhin auf die „Geschichte Danzigs“ des langjährigen Danziger Stadtarchivars Erich Keyser aus dem Jahre 1921 bzw. in zweiter Auflage 1928 zu stützen, die bei einem Ge-

nis vorbehielt. Zwar wurden einige reiche Kaufmannsfamilien vor allem aus dem niederdeutschen Sprachraum in der Stadt ansässig, auch wenn sie das Stadtrecht nicht besaßen, nichtdeutsche Zuwanderer aber wie z. B. Schotten oder Juden mussten außerhalb des eigentlichen Stadtgebiets in eigenen Vorstädten leben.

Dass sich in einer Hafenstadt wie Danzig, deren Handelsbeziehungen damals praktisch die ganze auf dem Seewege erreichbare Welt umspannten, Menschen verschiedener Herkunft einfanden und sich dort für kürzere oder längere Zeit aufhielten, kann nicht verwundern und steht nicht im Widerspruch zum niederdeutschen Charakter der Stadt, wie er sich vor allem im äußeren Stadtbild widerspiegelt, das sich mit seinen Backsteinkirchen, Rathäusern und dem Artushof sowie mit seinen vielfach mit prächtigen Renaissancefassaden geschmückten Giebelhäusern dem von Gent, Brügge und Antwerpen über Lübeck bis nach Reval ausstrahlenden hanseatischen Baustil nahtlos einfügt.

In der Tatsache, dass Danzig als Hansestadt zugleich der polnischen Krone unterstand, haben die Stadtoberen in vornationaler Zeit keinen Widerspruch zu entdecken vermocht. Allerdings verteidigten sie, wie hoffentlich gezeigt werden konnte, die ihnen gewährten Freiheiten mitunter sehr energisch – bis hin zur Waffengewalt – auch gegen ihren königlichen Oberherrn, sofern sie sich in ihren vornehmlich ökonomischen Interessen beeinträchtigt oder bedroht glaubten. Mit nationalen Gegensätzen moderner Prägung hatte dies allerdings wenig oder nichts zu tun. Vielmehr profitierten in der Regel beide Seiten von dieser in gewisser Weise einzigartigen Symbiose, in der sie seit dem Ende der Ordensherrschaft über die Stadt zusammenlebten.

Überhaupt sollte man sich von Vorstellungen, wie sie vor allem die Historiographie des 19., aber auch noch des 20. Jahrhunderts bei Deutschen und Polen gleichermaßen prägte, allmählich trennen. Auf deutscher Seite ist die Zeit zwischen 1466 und 1793, als Danzig unter der Schutzherrschaft der polnischen Krone stand, als eine Epoche der Fremdherrschaft angesehen worden, die erst durch die Übernahme dieser Gebiete durch den brandenburg-preußischen Staat beendet worden sei. Folgerichtig war denn auch bis in unsere Tage hinein von der „Wiedervereinigung des Preußenlandes“ und dem „Ende des polnischen Jochs“ die Rede. Es ist indes sehr die Frage, ob man dies in Danzig damals ebenso gesehen hat, denn es steht – nicht nur nach der viel zitierten Meinung von Johanna Schopenhauer – doch wohl fest, dass man den Einzug preußischen Militärs in die Stadt im Jahre 1793 durchaus als Unglück aufgefasst hat!

In der polnischen Geschichtsschreibung findet man ziemlich genau eine konträr entgegengesetzte Auffassung. Während deutsche Historiker nicht müde wurden nachzuweisen, dass die Bestimmungen des 2. Thorner Friedens von 1466 und erst recht diejeni-

Verlust jahrhundertealter Freiheitsrechte – als Provinzstadt in Preußen 1793–1919

*Dr. Hans-Werner Rautenberg,
Marburg*

an für alle Staatsbürger ohne Rücksicht auf ihren gesellschaftlichen Rang galten? Diese Fragen zu stellen, bedeutet wahrhaftig nicht, sie auch zu beantworten; aber man kann es immerhin versuchen!

Mein junger Kollege Peter Oliver Loew, der inzwischen am Darmstädter „Deutschen Polen-Institut“ tätig ist und ohne dessen uneigennützig – allerdings nicht ohne die tatkräftige „Nachhilfe“ Gerhard Nitschkes initiierte – kollegiale Hilfe ich diesen Vortrag in der mir verbliebenen kurzen Zeit niemals hätte zustande bringen können, hat im letzten Jahr in einem bemerkenswerten mentalitätsgeschichtlichen Aufsatz die beiden Stadtrepubliken Venedig und Danzig miteinander verglichen und dabei manche Unterschiede, aber auch verblüffende Gemeinsamkeiten ausfindig gemacht.

Die zeitliche Nähe ihres Untergangs als selbständige Stadtrepubliken zueinander ist jedenfalls auffällig. Während Danzig 1793 in der zweiten Teilung Polens an Preußen fiel, bereitete vier Jahre später Napoleon der staatlichen Souveränität der Lagunenstadt ein Ende. Dies alles geschah im Zeitalter der Französischen Revolution und ihres Erben Napoleon, die bekanntlich die Bürger- und Menschenrechte, die für alle gelten sollten, auf ihre Fahnen geschrieben hatten. Es erhebt sich daher die Frage, ob der Begriff von den „alten Freiheiten“ damals wirklich noch tragen konnte und ob Danzig und Venedig in einer sich rapide wandelnden Welt in ihrer alten verfassungsrechtlichen Gestalt überhaupt noch überlebensfähig waren! Eine weiteres, bis heute anscheinend ungelöstes Problem, das ich an dieser Stelle nur benennen möchte!

lehrten seines Ranges, der nach dem Kriege übrigens Direktor des Herder-Instituts in Marburg war, selbstverständlich fast eine Überfülle an Informationen bietet, der man aber ihre Entstehungszeit deutlich anmerkt. Eine moderne zusammenfassende Darstellung der Geschichte Danzigs zu preußischer Zeit ist jedenfalls ein dringendes Desiderat der Forschung, dem auch die polnische Seite aus an sich naheliegenden Gründen bisher nicht abgeholfen hat. Denn für sie hat diese Epoche – bis auf das Zwischenspiel der ersten „Freien Stadt Danzig“ – begreiflicherweise viel weniger als die ihr vorangegangene ihren Reiz. Die Zusammenstellung der Chronologie von Hans-Georg Siegler: „Danzig. Chronik eines Jahrtausends“ von 1991 bietet bei aller Nützlichkeit, da sie auf jede Deutung verzichtet, leider keinen vollwertigen Ersatz.

Bevor daher mit der Schilderung des Ablaufs der Ereignisse begonnen werden kann, muss noch einmal in Anknüpfung an das vorhergegangene Referat an einige Tatsachen, aber auch methodischen Probleme erinnert werden. Sophia Kemlien (eine weitere junge Kollegin, die mehrere Jahre am Deutschen Historischen Institut in Warschau tätig war), hat in neuerer Zeit vom gewissermaßen „vorpreußischen“ Danzig als von einer „multikulturellen und multiethnischen Stadt“ gesprochen. Gleichwohl sei das deutsche Gepräge Danzigs auch jetzt unbestreitbar erhalten geblieben, zumal der Rat die Gewährung der Vollbürgerschaft ausgesprochen restriktiv handhabte und aus Furcht vor ungebeter Konkurrenz den Handel von Ausländern innerhalb der Stadtmauern seiner ausdrücklichen Erlaub-

gen der Lubliner Union von 1569, die die Rechte der preußischen Stände tatsächlich empfindlich einschränkten, bitteres Unrecht gewesen seien, das erst in Folge der Teilungen Polens am Ende des 18. Jahrhunderts endlich gesühnt worden sei, versuchten ihre polnischen Kontrahenten, die Geschichte Danzigs und Westpreußens so zu deuten, als ob es sich bei der Geschichte der in Rede stehenden Gebiete um einen integralen Bestandteil der polnischen Geschichte gehandelt habe, der sich wenig von Polens allgemeiner historischer Entwicklung unterschieden habe.

Aus dieser Sicht war es nur logisch, dass man die Abtretung Westpreußens an den nach den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrags neu errichteten polnischen Staat als eine „Rückkehr urpolnischen Gebiets zum Mutterland“ interpretierte, sowie es dann nach 1945 nochmals geschah, als man das in Trümmern liegende Danzig schon am 30. März – also noch lange vor

Verbindung zwischen dem Reich und Preußen herzustellen sowie auf polnischer Seite das natürliche Recht eines Zugangs Polens zum Meer! Eine gewisse historische Zwangsläufigkeit habe auf diese Weise für einen im Grunde unvermeidbaren Konflikt-herd am Unterlauf der Weichsel gesorgt.

Es wäre hilfreich, die bis heute vor allem im populärwissenschaftlichen Schrifttum unvermindert anhaltende Debatte, die auf beiden Seiten nicht selten den Charakter eines Prozesses trägt, in dem beide Seiten einander mit mehr oder weniger zutreffenden Argumenten zu widerlegen versuchen, in ein ruhigeres Fahrwasser zu leiten. Ebenso wenig wie von einem „nationalen Verrat“ die Rede sein kann, den Städte und ländsässiger Adel im Weichselland begangen hätten, als sie sich 1454 von der Herrschaft des Ordens und damit mittelbar – wie man meinte – vom Deutschtum lossagten, kann auf polnischer Seite davon die Rede sein, dass man aus den abgefallenen Untertanen

hatten, weit weniger an einer Bewahrung ihres Deutschtums als an sehr konkreten ständischen Interessen. Was sich allerdings unschwer beobachten lässt, ist die Entstehung eines ausgeprägten Regionalbewusstseins, das sich sehr wohl von anderen Gebieten Polens abhob.

Immer mehr begann man sich im Weichselland und im Ermland als „Preuße“ zu fühlen, obgleich diese Bezeichnung ursprünglich die rechtlich schlechter gestellte einheimische Landbevölkerung meinte, die nicht nach kulmischem Recht lebte. Trotzdem setzte sich dieser Name im Laufe des 15. Jahrhunderts für die gesamte Einwohnerschaft des Landes durch, ein sicheres Indiz für ein ausgeprägtes Landesbewusstsein der Bevölkerung, die sich nach eigenem Verständnis von fremden Zuwanderern und anderen „Undeutschen“ in gleicher Weise unterschied.

Verstärkt wurde dieses Phänomen nicht zuletzt durch die Tatsache – worauf im vori-



Blick vom Bischofsberg von Prof. Dr. Johann Carl Schultz (um 1850).

dem Potsdamer Abkommen – zur Hauptstadt der neu zu bildenden Wojewodschaft „Pomorze“ (Pommerellen) proklamierte.

(Derselbe Peter Oliver Loew, der eigentlich an meiner Stelle hätte referieren sollen, hat übrigens soeben in einem bemerkenswerten Aufsatz in der Zeitschrift „Ansichten. Jahrbuch des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt“ von 2003 u. d. T. „Der Kampf um die Vergangenheit. Geschichtskultur in Danzig/Gdańsk nach 1945“ die augenblickliche Diskussion in Danzig eindrucksvoll beschrieben.)

Jedenfalls war es von dieser konträren Geschichtsbetrachtung polnischer wie deutscher Historiker nicht mehr weit, die Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen in diesem Raum als einen permanenten „Kampf um die Weichsel“ – so der berühmte Titel eines von Erich Keyser herausgegebenen Sammelbands aus dem Jahre 1926 – zu verstehen, dem gewissermaßen naturgegebene geopolitische Gegebenheiten zu Grunde gelegen hätten: auf deutscher Seite die Notwendigkeit, die Land-

Polen im nationalen Sinne habe machen wollen.

Die Vertreter der polnischen Krone in Danzig dachten nicht im geringsten daran, die polnische Sprache zuungunsten der deutschen in der Stadt durchzusetzen, was ganz einfach daran lag, dass es eine Sprachenpolitik, wie wir sie aus der jüngsten Zeit kennen, noch überhaupt nicht gab. Niemand kann und wird vernünftigerweise bestreiten, dass Danzig eine deutschsprachige Stadt war, wo in deutscher; genauer niederdeutscher Sprache geschrieben und gelesen wurde, und dass die Danziger Literaturgeschichte Teil der deutschen Literaturgeschichte ist; deshalb war es aber im 15. oder auch im 18. Jahrhundert noch nicht eine deutsche Stadt im modernen nationalen Sinne wie im 19. und 20. Jahrhundert.

Zwar lässt sich nicht leugnen, dass es – wie gezeigt wurde – zwischen Danzig und der polnischen Zentrale in Krakau oder später in Warschau nicht selten zu handfesten Auseinandersetzungen kam, doch lag denjenigen, die in der Stadt die Macht in Händen

gen Referat schon hingewiesen wurde –, dass sich namentlich die großen Städte Danzig, Elbing und Thorn nicht ohne erheblichen Widerstand von Seiten der polnischen Krone der Reformation geöffnet hatten, so dass sich von nun an in der Regel lutherische (später auch calvinistische) Vertreter der Stände katholischen Amtsträgern des polnischen Königs gegenüber sahen. Die gemeinsame Konfession verband die politisch ausschlaggebenden Kräfte im Weichselland ferner mit dem Herzogtum Preußen, wo der neue Glaube durch den Übertritt des Landesherrn zum Luthertum im Jahre 1525 gewissermaßen „von oben“ eingeführt worden war. Dieser Zustand ist im Grunde bis zum Beginn der „preußischen Zeit“ bestehen geblieben.

Die politische Selbständigkeit des Danziger Stadtstaats konnte allerdings in seiner bisherigen Form nur so lange Bestand haben, als er sich des Beistands und des Schutzes der polnischen Krone sicher sein konn-

te. Dieser musste verlorengehen, als Polen im ausgehenden 18. Jahrhundert unter seine Nachbarn aufgeteilt wurde. Schon nach der ersten Teilung des Landes im Jahre 1772 wurde der Stadt gleichsam der Lebensnerv abgeschnitten, als Preußen seine nähere Umgebung einschließlich seines Hafens Neufahrwasser in Besitz nahm. Damals hatten englischer und russischer Widerspruch allerdings eine direkte Annexion Danzigs, die Friedrich der Große damals schon angestrebt hatte, noch verhindert; aber zahlreiche Zölle und wirtschaftliche Hemmnisse, die ihm der neue Nachbar ohne besondere Skrupel nach der Inbesitznahme der Provinz Westpreußen auferlegte, ohne dass es sich dagegen wehren konnte, lähmten seine Lebenskraft entscheidend. Erst recht kam niemand Danzig zu Hilfe, am allerwenigsten die ohnmächtige polnische Adelsrepublik, als Preußen sich im Zuge der zweiten polnischen Teilung dazu entschloss, die zwar darbenende, aber immer noch wohlhabende Stadt nach vorheriger Absprache mit den anderen Teilungsmächten seinem Staatsgebiet einzuverleiben.

Peter Oliver Loew, dessen Überblick über die Geschichte Danzigs im 19. Jahrhundert ich im wesentlichen folgen werde, den seine noch ungedruckte Dissertation enthält, die er dem Vortragenden dankenswerterweise zur Verfügung gestellt hat, hat unter der sprechenden Überschrift: „Ende und Anfang: 1793 bis 1814“ von den zahlreichen „Enden“ gesprochen, die diese Stadt schon vorher erlebt hatte, so 1308 bei ihrer Inbesitznahme durch den Deutschen Orden und 1454 bei ihrer Hinwendung zu Polen. Als die Stadt 1793 an Preußen fiel, hielt man in Danzig wiederum ihr Ende für gekommen.

Inhalt und Sprache der „Declaration“ des preußischen Königs Friedrich Wilhelm II. vom 24. Februar 1793 waren allerdings in der Tat wenig dazu angetan, die Befürchtungen der Danziger Bürger vor dem neuen Landesherrn zu zerstreuen. In ihr war zu lesen: „Dieselben Ursachen, welche Se. Majestät von Preußen bewogen haben, ein Corps Ihrer Truppen in einige Districte von Groß Polen einrücken zu lassen, setzen Höchstdieselben auch jetzt in die Nothwendigkeit, sich der Stadt Danzig und Ihres Gebietes zu versichern. Zu geschweigen, dass diese Stadt seit einer langen Reihe von Jahren gegen den preußischen Staat sehr wenig freundschaftliche Gesinnungen gehegt hat [...]“ Man müsse angesichts der für die Stadt verderblichen revolutionären Einflüsse aus Frankreich und Polen die von Danzig drohende Gefahr eindämmen, um „solchergestalt für die Sicherheit und Ruhe Ihrer benachbarten Länder zu sorgen“ – ein nicht selten herangezogenes Motiv zur Besetzung eines gemerischen Gebietes. Inwieweit sich diese Vorwürfe, derer sich übrigens auch der Petersburger Hof bediente, auf Tatsachen gründen, muss an dieser Stelle unerörtert bleiben; aber „die französische Pest an der Weichsel“ war im damaligen politischen Schrifttum eine durchaus geläufige Formel!



Friedrich Wilhelm II. (1786–1797).

Am 8. März rückten preußische Truppen unter dem Kommando des Kommandierenden Generals von Raumer in das Stadtgebiet ein und schoben sich bis vor die äußeren Stadttore vor. Ein Adjutant des Generals erschien, wie es in einem zeitgenössischen Bericht heißt, „zur größten Ueberraschung Danzigs“, und übergab eine Depesche mit der ultimativen Forderung, mit den Stadtoberen über die Bedingungen einer Übergabe der Stadt an Preußen zu verhandeln. Diese erbaten sich Bedenkzeit und bildeten eine Deputation, die nach einer zweitägigen Diskussion den Beschluss fasste, dem General mitzuteilen, „dass sich die Stadt ganz dem Könige übergeben wolle, da man ja doch nur die Wahl habe, sich zu ergeben oder sich unter dem Schutte der Stadt begraben zu lassen. [...] Mit tiefer Bewegung und Rührung anerkennend, dass die äußeren Festungswerke der Riegel der Stadt wären, traten der Rath, die beiden anderen Ordnungen, auch die Kaufleute und die Gewerke diesem Beschlusse (11. März 1793) bei.“

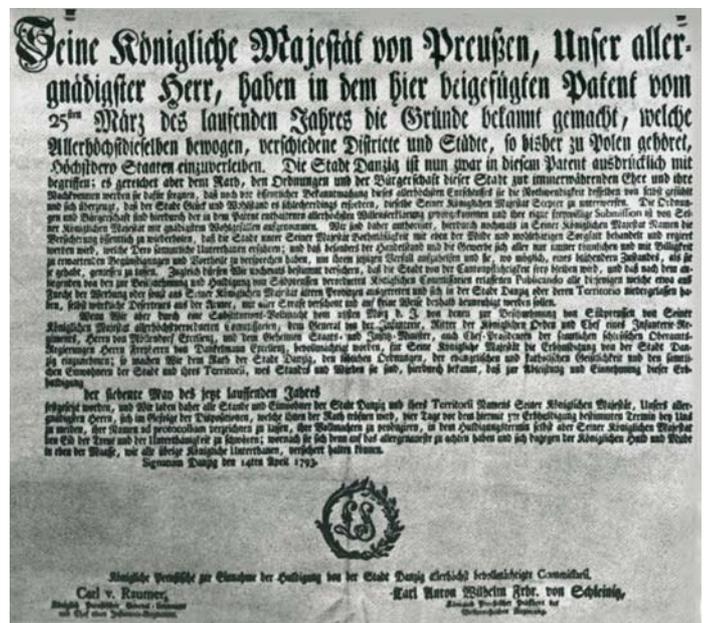
Einen Tag später richtete man an König Friedrich Wilhelm ein Schreiben, das ganz im Stil der Zeit lautete: „Unter dem vielvermögenden Schutz Ew. Kgl. Majestät wird die Existenz der Stadt Sicherheit und Festigkeit erlangen. Unter der sanften Oberherrschaft eines Monarchen, dessen

Proklamation der preußischen Regierungskommission, (14. April 1793).

Milde und Menschfreundlichkeit ganz Europa anerkennt, werden Handel und Gewerbe wieder blühen und der Wohlstand, der aus so vielen Klassen der Bürger geflohen war, wiederum zurückgeführt werden. Das ist die Stimmung unserer Bürger und Einwohner, das sind die Hoffnungen, die sie beseelen. In diesem Vertrauen tragen wir Ew. Kgl. Majestät den Wunsch der sämtlichen Bürger und Einwohner demütig vor, von nun an unter Aller Höchst Dero Oberherrschaft zu leben und das Glück Ihrer Nachkommen von Ew. Kgl. Majestät Gnade und Wohlwollen befördert zu sehen.“

Am 26. März erfuhr die Danziger Deputation im Hauptquartier General von Raumers in Schidlitz: „Des Königs Antwort nehme die Unterwerfung Danzigs mit Wohlgefallen an, und erteile dem Generale die Erlaubnis, nicht nur die Außenwerke und Weichselmündung, sondern auch die Stadt selbst zu besetzen [...]“. Als aber am 28. März, einem Gründonnerstag, die Inbesitznahme der Stadt beginnen sollte, stellten sich den einrückenden preußischen Truppen Danziger Stadtsoldaten entgegen, die dem Übergabebefehl ihrer Offiziere den Gehorsam verweigerten, und verwickelten sie in Scharmützel, die bis zum 4. April andauerten und auf beiden Seiten Opfer forderten. An diesem Tage brach der bewaffnete Widerstand zusammen. „Einer fast dreihundertvierzigjährigen Unabhängigkeit des Danziger Freistaats war mit diesem Tag ein Ende bereitet worden“ heißt es dazu bei Siegler. Am 7. Mai huldigte die Stadt den Vertretern des preußischen Königs, dem General von Raumer und dem Oberpräsidenten von Schleinitz, zusammen mit den Deputierten Thorns, das darum gebeten hatten, als „eine mit Danzig verschwesterte deutsche und preußische Stadt“ in Danzig huldigen zu dürfen. Am 16. April wurden als äußeres Zeichen der Inbesitznahme preußische Adlerwappen am Rechtstädtischen Rathaus, am Zeughaus und an den Stadttoren angebracht.

Wie in allen neu erworbenen Gebieten machte sich die preußische Administration



auch in Danzig unverzüglich daran, dass politische System der Stadt an die preußischen Verhältnisse anzupassen: der Stadtrat verwandelte sich in den Magistrat, der Oberbürgermeister wurde in Zukunft vom König ernannt. Selbstverständlich erhob sich gegen die neue Ordnung noch ab und zu Widerstand, aber die durch die Wiederherstellung der Verbindungen zum Hinterland belebte sich die Konjunktur und führte zu einem deutlichen Zuwachs an Bevölkerung. Sie stieg zwischen 1794 und 1806 von 36.738 auf 44.511 Einwohner. Nun konnten sich neben den alten Eliten, aus denen die neue Verwaltung ihre Repräsentanten auch weiterhin überwiegend rekrutierte, auch neue Kaufleute etablieren. Die wirtschaftliche Stabilisierung der Stadt wurde auch daran deutlich, dass es einigen vermögenden Bürgern gelang, den Bau eines Stadttheaters zu finanzieren, das zwischen 1799 und 1801 errichtet wurde und bald zum Zentrum des lokalen Kulturlebens avancierte.

Am 3. Juni 1794 gelangte die Neuordnung der Danziger Stadtverwaltung mit dem so genannten „Reglement für den Magistrat der königlich-westpreußischen See- und Handelsstadt Danzig“ zum Abschluss. Die Stadt wurde unmittelbar der Regierung und der Kriegs- und Domänenkammer in Marienwerder unterstellt. Der Magistrat setzte sich von nun an aus dem Stadtpräsidenten, dem Bürgermeister und zehn Stadträten zusammen, von denen zwei als Stadtsyndici fungierten. Drei Stadträte mussten der Kaufmannschaft angehören. Der Magistrat ernannte auch die Mitglieder und Beamten des Stadtgerichts.

Angesichts dieser Neuregelungen wird man einräumen müssen, dass Preußen auf die überkommenen Strukturen Danzigs durchaus Rücksicht zu nehmen gewillt war. Auch die Besetzung der neuen Ämter erfolgte, wie gesagt, größtenteils durch bereits bewährte Amtsträger. Bei den Huldigungsfeierlichkeiten aus Anlass der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms III. in Königsberg wurden 1798 der frühere Danziger Bürgermeister von Conradi in den Freiherrnstand und der zum Ersten Bürgermeister des preußischen Magistrats ernannte frühere Ratsherr Grodeck in den Adelsstand erhoben. Diese Auszeichnung widerfuhr wenig später auch den beiden anderen Danziger Bürgermeistern Gralath und Weikhmann.

Vielleicht wäre der Stadt eine allmähliche weitere gedeihliche Aufwärtsentwicklung, wie sie die mit jedem Jahr wachsende Zahl der den Danziger Hafen wieder anfahrenden Schiffe eindrucksvoll belegt, beschieden gewesen, wenn die Weltpolitik nicht schon wieder eine abrupte Wendung genommen hätte, als am 14. Oktober 1806 die preußische Militärmacht auf den Feldern von Jena und Auerstedt innerhalb weniger Stunden in einer der katastrophalsten Niederlagen, welche die Kriegsgeschichte kennt, vernichtend geschlagen worden wäre. Das preußische Königspaar musste sich auf die Flucht in den äußersten Norden der Monarchie begeben, während Na-

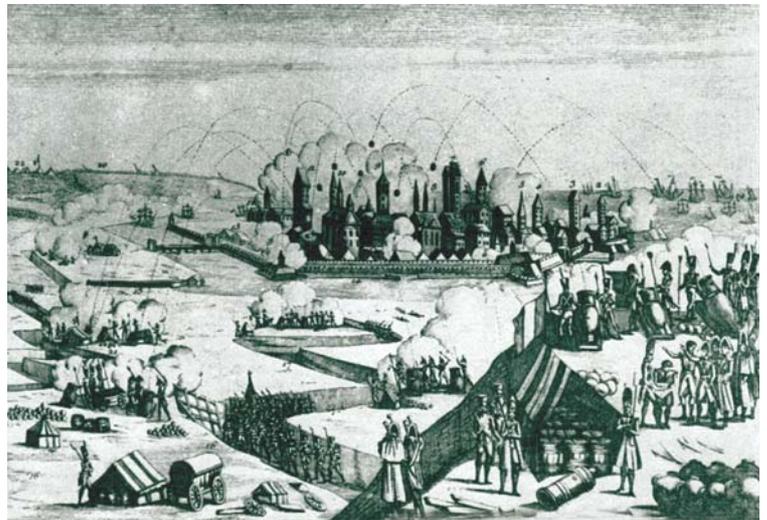
poleon unter dem Jubel der Bevölkerung in Berlin einzog. Die kurzlebige preußische Herrschaft in den aus der dritten Teilung Polens erworbenen Provinzen Südpreußen und Neu-Ostpreußen brach in einem spontanen polnischen Aufstand zusammen, und auch Danzig, dessen Verbindungen mit Polen keineswegs vergessen waren, stand in den Plänen des Kaisers der Franzosen wieder zur Disposition.

Schon im März 1807 besetzten französische und deutsche Rheinbundtruppen das Danziger Werder und standen wenige Tage später mit 26.000 Franzosen, Sachsen, Badenern und Polen und 12.000 Mann an Nachschubtruppen vor der Stadt, die von einer Besatzung von 15.000 Soldaten unter dem Befehl des schon siebzijährigen Generals von Kalckreuth entschlossen verteidigt wurde. Dies war in einer Zeit des auch moralischen Zusammenbruchs Preußens, in der die meisten Festungen dem Gegner ohne Gegenwehr übergeben wurden, eine seltene Ausnahme und fand die höchste Anerkennung des Königs, der den Danzigern schreiben ließ: *„Seine Königliche Majestät haben aus mehreren Berichten des Gouverneurs zu Danzig mit lebhaftem Wohlgefallen ersehen, wie sehr die gute und treue Bürgerschaft daselbst sich beeffert, ihren Patriotismus bei jeder Gelegenheit zu Tage zu legen. Es erreicht dies Allerhöchst Ihnen zur angenehmsten Genugtuung, umso mehr, als sich die gute Bürgerschaft, ob sie gleich erst später mit Allerhöchst Ihren Staaten vereinigt worden ist, vor den Einwohnern so vieler älterer Städte des Staates so sehr zu ihrem Vorteil auszeichnet.“*

Dieser königliche Zuspruch konnte die Kapitulation der Festung nicht verhindern, die sich am 27. Mai aus Mangel an Munition und Verpflegung den Franzosen ergab. Am 1. Juni erschien der Kaiser persönlich in Danzig, um Marschall Lefèbre, einen Elsässer, der die Belagerung geleitet hatte, zum „Herzog von Danzig“ zu ernennen, und setzte die alte Verfassung im Grunde unverändert wieder in Kraft, stellte sie aber unter die strikte Aufsicht seines allmächtigen Gouverneurs Jean Rapp, dessen aggressives Finanzgebaren die Bürgerschaft binnen weniger Jahre ruinierte, indem er ihr als „Dank“ für die Wiederherstellung der überkommenen Stadtverwaltung die ungeheure Summe von zehn Millionen Franken abpresste, während er für sich als Gouverneur eine „Aufwandsentschädigung“ in Höhe von 1,2 Millionen verlangte.

Damals ließ Napoleon übrigens nicht nur die Quadriga vom Brandenburger Tor in Berlin abmontieren und in den Louvre nach Paris bringen, sondern entführte auch das berühmte Triptychon Hans Memlings „Das Jüngste Gericht“ aus der Marienkirche dorthin!

Seine politischen Dispositionen für Danzig hatte der Kaiser schon vor der Einnahme der Stadt seinem Außenminister Talleyrand mit den Worten erläutert: *„Wenn der Kaiser die Stadt einnimmt, so behält er sie für sich, um von hier aus Herr der Ostsee zu sein.“* Kein Gedanke also daran, sie möglicherweise einem neu entstehenden polnischen Staat zurückzugeben! Dennoch versäumen auch die jüngsten polnischen historischen Lexika nicht, diese erste „Freie Stadt Danzig“ ausführlich zu beschreiben, die gemäß den Bestimmungen des Tilsiter Friedens am 9. Juli 1807 ins Leben gerufen wurde, als Preußen die Hälfte seines Staatsgebiets einbüßte, darunter die Masse seiner im Ver-



Belagerung Danzigs durch die französischen Truppen (1807).

lauf der Teilungen Polens erworbenen Gebiete.

Die Landverbindung zwischen den Kernprovinzen der Monarchie und ihrem ostpreußischen Außenposten ließ Napoleon freilich unangetastet, so dass sich Danzig in einer den Jahren 1772–1793 vergleichbaren Lage befand. Einen dauerhaften Bestand hat dieses ephemere Gebilde nicht gehabt. Das Scheitern Napoleons und der Untergang seiner „Grande Armée“ in den Weiten Russlands im Jahre 1812 bedeuteten auch das Ende dieses französischen Stützpunkts an der Weichselmündung. Immerhin brauchten russische und preußische Truppen fast ein Jahr, ehe sie die von einer internationalen Streitmacht in einer Stärke von 35.000 Mann, wovon allerdings nur 10.000 Mann einsatzfähig waren, unter französischem Oberkommando hartnäckig verteidigte Stadt zur Übergabe zwingen konnten.

Wie stets bei solchen Gelegenheiten hatte die Zivilbevölkerung am meisten zu leiden. Die meisten Gebäude wurden zerstört oder beschädigt, der größte Teil der auf der Spei-

cherinsel gelegenen Lagerhäuser brannte ab. 15.000 Soldaten waren inzwischen in den Lazaretten gestorben; die Einwohnerzahl Danzigs auf 16.000 zurückgegangen, als die Franzosen am 2. Januar 1814 die Stadt verließen, nicht ohne ein von Gouverneur Rapp persönlich gegengezeichnetes Bestandsverzeichnis zu hinterlassen, das über die eingetretenen Verluste an Menschen und Material genauen Aufschluss gibt. Danach waren von der Bevölkerung auf dem Gebiet der „Freien Stadt“, die 1807 noch etwa 80.000 betragen hatte, vor allem infolge der beiden Belagerungen 25.000 nicht mehr am Leben. Die verbliebenen Einwohner und ihre Stadt waren mit ungeheuren Schulden belastet, die das Wirtschaftsleben bis weit über die Jahrhundertmitte hinaus hemmen sollten.

Als Danzig nach dem Wiener Kongress wieder in den preußischen Staatsverband zurückkehrte, war die Stadt, die jetzt noch – wie gesagt – ganze 16.000 Einwohner zählte, verarmt und zerstört. Wieder wurde die Verwaltung nach preußischem Vorbild reorganisiert. Wieder griff man auf bewährte Vertreter des alten Danziger Patriziats zurück: Oberbürgermeister wurde erneut Johann Heinrich von Weikhmann, Bürgermeister Johann Wilhelm Wernsdorff, der schon vor 1793 städtischer Sekretär gewesen war.

Nun profitierte zwar auch Danzig von den inzwischen eingeführten preußischen Reformen in Gestalt von Bauernbefreiung, Städteordnung und Gewerbefreiheit, die die alte Ordnung endgültig ablösten, doch erreichte die Stadt ihre ursprüngliche Bedeutung für eine ganze Reihe von Jahren nicht mehr. Der Grund dafür liegt ohne Zweifel in seiner schwierigen wirtschaftlichen Situation nach dem napoleonischen Zwischenspiel, von dem man vielleicht doch mit Recht gesagt hat, dass Danzig für sieben Jahre „eine unvorstellbare Leidenszeit und eine völlige finanzielle Auszehrung“ hat durchleben müssen (Siegler).

1815 erfolgte erneut die feierliche Erbhuldigung der Stadt, die unter dem neuen Oberpräsidenten Theodor Heinrich von Schön, der auch als der „Vater Ostpreußens“ gilt, sogar für einige Jahre Hauptstadt der neuen Provinz Westpreußen wurde, ehe im Jahre 1824 beide Provinzen zu einer „Provinz Preußen“ zusammengelegt wurden. Die Gründe für diese Maßnahme der Berliner Zentrale konnten übrigens bis heute nicht zweifelsfrei geklärt werden! Das Oberpräsidium als oberste Regierungsbehörde verlegte jedenfalls damals seinen Sitz nach Königsberg. Loew hat die nun entstandene Lage folgendermaßen knapp, aber präzise zusammengefasst:

„Die schwierige wirtschaftliche Lage, verursacht durch die Unterbrechung vieler Handelskontakte während der napoleonischen Zeit und den auf sie folgenden Kapitalmangel, aber auch durch den politischen Bedeutungsverlust, ließ eine rasche Entwicklung der Stadt auf Jahrzehnte nicht zu, zumal bis 1857 die horrenden Schulden aus der Freistadtzeit abbezahlt werden mussten. Auch die Neuordnung der Verkehrswege trug das

Ihre zur Lage Danzigs bei: Die Weichsel-schiffahrt verlor, bedingt durch die Grenz-ziehung [zum russischen „Kongresspolen“], an Bedeutung, während die Eisenbahn – 1852 erhielt die Stadt einen Anschluss an die südlich von ihr nach Königsberg führende Ostbahn – zunächst andere Häfen begünstigte. Dies sollte sich erst mit der Weichsel-städtebahn nach Thorn 1870 und der Marienburg-Mlawer Bahn 1877 ändern.“

Nach Loews Eindruck unterlag die Danziger Gesellschaft nunmehr einem raschen Wandel, wengleich auf diesem Gebiet dringend weitere Forschungen notwendig wären, um ein klareres Bild zu gewinnen. Eingedenk noch frischer Erfahrungen aus der napoleonischen Zeit hatte die Regierung in Berlin die Stadt nach 1814 mit einer starken Garnison belegt. Preußisches Militär und zivile Behörden, die jetzt einzogen, waren bei der Bevölkerung anfangs mit Sicherheit nicht besonders populär; aber im Laufe der Zeit setzte doch ein gewisser Integrationsprozess ein, der dazu führte, dass man sich aneinander gewöhnte und sich die Danziger mehr und mehr als preußische Untertanen und Bürger zu empfinden begannen.

Es waren nicht zuletzt die Garnisonen, deren Offiziere und Mannschaften das lokale Leben zunehmend prägten. Loew hat ferner beobachtet: „Viele alteingesessene Handelshäuser hatten die Freistadtzeit oder die nachfolgenden Jahre nicht überlebt, während neue Kaufleute ihre Unternehmen unter den schweren wirtschaftlichen Verhältnissen zu oft nur kurzfristiger Blüte führten; die Bedeutung der alten Patrizierfamilien ging rasch zurück.“ Eine besondere Katastrophe war die Cholera, die 1830/1831 aus Russland nach Preußen eingeschleppt wurde und der über tausend Einwohner Danzigs erlagen. Im Jahre 1839 litt die Stadt schwer unter einer Überschwemmung, die wiederum zahlreiche Opfer forderte. Der daraufhin im Jahre 1840 erfolgte Weichsel-durchbruch bei Neufähr erwies sich in der Folgezeit als segensreich, da der Fluss hierdurch eine neue Mündung erhielt und die Stadt durch die Anlage von Schleusen nicht mehr bedrohte.

Langsam erholte sich die Stadt, auch wenn sie nach der erwähnten Fusion der Provinzen Ost- und Westpreußen zur „Provinz Preußen“ seit 1824 von Königsberg aus regiert wurde. Das Schulwesen wurde als ein rein deutsches wieder aufgebaut; auch in Gerichtswesen und Verwaltung wurde das Deutsche – nun aber das Hochdeutsche! – alleinige Amtssprache. Auch mit dem Herrscherhaus der Hohenzollern hatte man sich

inzwischen ausgesöhnt. Das lag nicht zuletzt an dem „Romantiker auf dem Königsthron“, dem seit 1840 regierenden und später so tragisch gescheiterten Friedrich Wilhelm IV., der am 2. Juni 1843 bei herrlichem Frühlingswetter die Stadt besuchte und im Artushof, zu dem sich die „Notabilitäten“ Danzigs zum Festmahl versammelt hatten, im Anschluss an einen Toast des Oberbürgermeisters Johann Heinrich von Weikhmann das Glas erhob und ausführte: „Ich trinke auf das Wohl der herrlichen, treuen, lieben Stadt, die sowohl in ihrer denkwürdigen Geschichte, als auch in den Ereignissen der Gegenwart ihre gute und edle Gesinnung so überzeugend bewährte; – die bei der Erhaltung ihrer Eigenthümlichkeit sich treu und fest auch dem größern Gemeinwesen anzuschließen weiß. [...] Ich trinke auf das Wohl des hiesigen Magistrates, der Stadtverordneten, der ganzen Bürger-

Städtisches Gymnasium am Winterplatz (1834), Bauentwurf: Friedrich Schinkel.



schaft, mit herzlichem Danke für gastfreie Aufnahme; trinke auf das Gedeihen des Handels und der Gewerbe dieser Stadt, auf die Bewahrung des Friedens innerhalb und außerhalb ihrer Mauern! – Meine Herren! Es gilt der lieben, treuen Stadt Danzig, dem deutschen Venedig!“

Die Danziger fühlten sich durch den Vergleich ihrer Stadt mit Venedig offensichtlich besonders geehrt; und langsam schien auch die Trauer um die eigene vergangene Größe zu weichen, die noch 1836 in einem Gedicht des Apothekers Waldow aus dem pommerschen Stolp Ausdruck gefunden hatte:

„Danzig, Königin der Städte – jene Zeiten, sie entwichen,

Deine Macht, sie ist zertrümmert, und dein Glanz, er ist erblichen,

Nur in den Erinnerungen lebst du herrlich noch und groß –

Was der Schoos der Zeit geboren – Wechsel ist dein sich' res Loos!

Dich auch traf der herbe Wechsel – doch selbst deiner Größe Trümmer

Sieht mit staunender Verwunderung noch des Fremdlings Auge immer,

Er gedenkt in stiller Trauer an der Zeiten Wechsellauf

Und im Geist aus deinen Trümmern bauet er dein Bild sich auf.“

Dazu hat wiederum Loew mit Recht bemerkt: „Das Motiv der Trauer ist in Danzig bis in das dritte Viertel des 19. Jahrhunderts weit verbreitet: Melancholie spiegelte die Unzufriedenheit und Ohnmacht angesichts der politischen Umstände wider, und im konkreten Fall den großen Niedergang einer einst reichen und glänzenden Stadt, die selbst den Zeitgenossen in vielen Aspekten des alltäglichen Lebens antiquiert vorgekommen sein muss.“

Die politische Zukunft aber gehörte weit anderen Kräften: Das Zeitalter des Nationalismus begann sich anzukündigen. Noch hatten die polnischen Unabhängigkeitsbestrebungen der ersten Jahrhunderthälfte in Danzig so gut wie keinen Widerhall gefunden. Erst die während der revolutionären Vorgänge der Jahre 1848/1849 in der Stadt in Erscheinung getretenen – allerdings personell nur schwachen – nationalpolnischen Bewegungen riefen auf deutscher Seite unterschiedene Reaktionen hervor, die in der Forderung des liberalen „Konstitutionellen Vereins Danzig“ gipfelten. Westpreußen gemäß der Losung „Deutsch sind wir und wollen es auch bleiben!“ dem Deutschen Bund einzugliedern. Zwei Wochen später machten sich auch Magistrat und Stadtverordnetenversammlung diese Forderungen zu eigen und richteten am 5. April eine Adresse an den Deutschen Bund, die als ein Schlüsseldokument der nunmehr eingetretenen lokalen Identifikation gewertet werden darf und deshalb im Wortlaut folgen soll:

„Seit sechshundert Jahren sind wir durch die deutsche Hansa, die Ordensritter und die aus allen Theilen Deutschlands eingewanderten Familien, deutsche Art und deutsches Wesen an den Ufern der Weichsel und insbesondere in unserer Stadt heimisch geworden. Ohne dem Deutschen Reiche unterwürfig zu sein, bewährte sich die Stadt dennoch selbst dann, als zur Zeit der polnischen Oberherrschaft vielfältige Versuche gemacht wurden, ihren Bürgern polnisches Recht und Verfassung aufzudringen. [...] Deutsch sind wir und wollen es bleiben! [...] Gott segne Deutschland!“

Dies ist denn doch die Sprache einer neuen Zeit! Eine allmähliche Entfremdung zwischen Deutschen, Kaschuben und Polen setzte ein, obgleich der sich vor allem nach der Reichsgründung verstärkende wirtschaftliche Aufschwung die nationalen Antagonismen – nicht zuletzt auch wegen des numerischen Ungleichgewichts – zunächst noch überdeckte. Im Vergleich zu Venedig war die Einbindung von Danzigs städtischer Vergangenheit in die nationale Gegenwart nach dem Anschluss an Preußen hier offenbar rascher vonstatten gegangen als in Venedig; „die zuwandernde bildungsbürgerliche Elite hatte in Danzig bereits einen erheblichen Einfluss und damit auch historische Deutungskompetenz gewinnen können“ (Loew).

Dennoch fungierte in Danzig immer noch der allerdings hochbetagte Johann Heinrich von Weikmann aus einer alteingesessenen Patrizierfamilie als Oberbürgermeister,

dem 1851 mit Karl August Groddeck ein weiterer Spross aus einer alten Danziger Familie folgte. Innenpolitisch entscheidend aber wurde infolge des wirtschaftlichen Aufschwungs nunmehr das liberale Handelsbürgertum, das sich im Jahre 1858 mit der „Danziger Zeitung“ ein publizistisches Sprachrohr schuf, das bald zum führenden Presseorgan in der Weichselstadt aufstieg und seinen Rang bis in das 20. Jahrhundert behauptete.

Zentren des gesellschaftlichen Lebens wurden neben dem Stadttheater am Kohlenmarkt zahlreiche Ressourcen, Logen und neu entstehende Vereine. Und doch entfaltete sich das kulturelle Leben eigentlich erst in den fünfziger und sechziger Jahren, also in eben dieser Zeit. „Zwar war Danzig“ nach dem zutreffenden Urteil Loews „nach wie vor das größte Kulturzentrum zwischen Königsberg und Berlin, doch kul-



turelle Bedeutung hatte es nur noch für die Region.“

Inzwischen wurden im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs nach Jahrzehnten der Stagnation in den fünfziger und sechziger Jahren die Rufe nach politischen und administrativen Reformen immer lauter. Die alte Führungsgarnitur trat ab. Sinnfälligster Ausdruck für den Wandel wurde die Berufung des Liberalen Leopold von Winter zum Oberbürgermeister im Jahre 1863, eines ausgezeichneten Verwaltungsfachmanns, der mit seinen Mitarbeitern in Magistrat und Stadtverordnetenversammlung zielstrebig daran ging, die inzwischen veraltete Infrastruktur der Stadt zu erneuern.

In politischer Hinsicht bedeutete die Reichsgründung von 1871 auch für die Danziger einen beträchtlichen Einschnitt, wurden doch aus ihnen damit zum ersten Mal in ihrer Geschichte deutsche Staatsbürger. (Die gar nicht so selten zu hörende Behauptung, Danzig sei in der Geschichte nie

deutsch gewesen, gehört mithin in das Reich der Fabel!). Auf der lokalen Ebene aber setzten sich Prozesse fort, die schon in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts ihren Ausgang genommen hatten, besonders die Modernisierung der Stadt. Loew hat die getroffenen Maßnahmen bündig zusammengefasst:

„Das große Reformprogramm von Oberbürgermeister Winter, dass sich dank einer günstigen Wirtschaftslage Danzigs, staatlicher Beihilfen, vor allem aber mit einer großzügigen Verschuldung finanzieren ließ, umfasste neben der maßstabsetzenden Kanalisierung den Ausbau des Hafens, die Entwicklung des Schulwesens (Simultanschulen) und die umstrittene Anpassung der Innenstadt an das gewachsene Verkehrsaufkommen (Entfernung von Hindernissen wie Beischlägen und Toren).“ Vor allem diese letzte Maßnahme, die viel an historischer Bausubstanz vernichtete und sie nicht selten durch nicht eben ansehnliche gründerzeitliche Einheitsbauten (den berühmten „typischen Danziger Stil“) ersetzte, hat den dafür Verantwortlichen manche durchaus berechtigte Kritik eingetragen. Andererseits ist zu fragen, wie man angesichts einer immer schneller anwachsenden Bevölkerung der steigenden Wohnungsnot anders hätte begegnen sollen. Dies ist freilich ein wahrlich nicht auf Danzig beschränktes Problem!

Oberbürgermeister Winter stand auch, neben dem freisinnigen Teilhaber an der schon genannten „Danziger Zeitung“ Heinrich Rickert, hinter den schließlich erfolgreichen Bestrebungen, in Berlin eine neuerliche Trennung von Ost- und Westpreußen durchzusetzen. Seit dem 1. Juli 1878 wurde Danzig Provinzialhauptstadt und damit Verwaltungsmittelpunkt der nun wieder selbständigen Provinz Westpreußen. Die obersten Landesbehörden: die Provinzialsteuerdirektion, die Oberpostdirektion und seit 1895 die Eisenbahndirektion nahmen hier ihren Sitz. Auf militärischer Ebene gesellten sich bereits 1891 das VII. Armeekorps und zahlreiche Stäbe sowie eine Kriegsschule hinzu. Als vierte preußische Technische Hochschule nahm diejenige in Danzig-Langfuhr 1904 mit sechzig Professoren und siebenhundert Studenten den Lehrbetrieb auf.

Nach der Reichsgründung wurde auch Danzig zunehmend von der Industrialisierung erfasst, die ein starkes Bevölkerungswachstum zur Folge hatte. Bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs stieg die Einwohnerzahl von 64.000 im Jahre 1849 auf etwa 176.000. Um die Jahrhundertwende entstanden im Norden und Nordwesten der Stadt neue Außenviertel, der Kaiserhafen und das Neue Hafenbecken. Die schon bestehenden Hafenanlagen wurden modernisiert und ausgebaut. Vor allem die bis heute bedeutende Schiffsbauindustrie blühte auf; zu den bereits existierenden Betrieben gesellte sich als deren größter seit 1891 die Filiale der Elbinger Schichau-Werft.

Schon ein Jahr zuvor wurde mit der Niederlegung der Festungsanlagen begonnen, anstelle des ehemaligen Grabens entstand eine Ringstraße; an deren Nordwestseite

wurde der von großen Hotels umgebene Bahnhof erbaut. Schon seit 1850 gab es eine Eisenbahnverbindung nach Bromberg, die in den Folgejahren nach Berlin weitergeführt werden konnte; auch die Trasse nach Elbing und weiter nach Königsberg wurde ausgeführt; seit 1877 konnte auch Warschau auf dem Schienenwege erreicht werden. Durch diese günstigeren Bahnverbindungen wurde die Stadt aus ihrer „Lage im Winkel“ befreit. Die nördliche Vorstadt Oliwa und die Strandorte Brösen, Neufahrwasser und Heubude wurden eingemeindet. Im seit 1901 selbständigen Badeort Zoppot traf sich die elegante Welt. 1869–1871 erfolgte die Kanalisation, ihr folgte der Bau von Wasser- und Gasleitungen und schließlich die Elektrifizierung; seit 1895/1896 verkehrten elektrische Straßenbahnen in der Stadt. Danzig war, wenn auch mit einiger zeitlichen Verzögerung, auf dem Wege, sich in eine moderne Industriestadt zu verwandeln. Das kulturelle Leben hatte sein Zentrum nach wie vor im Stadttheater, das ein bunt gemischtes Programm für jeden Geschmack bot. Gesangsvereine, Orchester und Kammermusikvereinigungen ergänzten das kulturelle Angebot; aber auch öffentliche Bauten wie die Stadtbibliothek und das Archiv wurden in dieser Zeit gebaut. Allerdings beschränkte sich deren Außenwirkung ebenso wie diejenige der Danziger Verlage, Zeitungen und Druckereien nach der Erkenntnis Loews lediglich auf die Region.

Das soziale Milieu der Stadt wurde außer vom Militär auch durch die nun verstärkt einsetzende Zuwanderung meist katholischer, aber nicht selten auch slawischsprachiger Bewohner aus der näheren Umgebung geprägt, die sich aber meist rasch assimilierten oder sich als bereits vor ihrer Ankunft deutsch akkulturalisiert erwiesen. Durch den Zuzug auch von Polen und Kaschuben vergrößerte sich zwar der nicht-deutsche Bevölkerungsanteil in der Stadt, doch wird man dessen politisches Gewicht aller früheren – nicht selten etwas gewaltsamen – Interpretationen der polnischen

Historiographie entgegen nicht überschätzen dürfen. Zwar entstand in Danzig ein Zentrum des westpreußischen Polentums, das seinen Ausdruck in der Gründung von Banken, Vereinen und Genossenschaften fand, und seit 1891 begann mit der „Gazeta Gdańska“ die erste polnische Tageszeitung zu erscheinen, doch wies die Volkszählung von 1910 im Kreis Danzig-Stadt noch immer nur 3,4 Prozent an nichtdeutschsprachiger Bevölkerung aus. Anders als beispielsweise aus dem Posenschen oder aus Oberschlesien wurde aus Danzig bis zum Ersten Weltkrieg zu keiner Zeit ein polnischer Deputierter in das Preußische Abgeordnetenhaus oder in den Reichstag geschickt.

Wieder war es dann ein weltpolitisches Ereignis in Gestalt des Ersten Weltkriegs, der eine im ganzen hoffnungsvolle Entwicklung Danzigs gewaltsam abbrach und seine Industrie den Erfordernissen der Kriegswirtschaft unterwarf. Als wichtige Garnisonsstadt und Hafen der Reichsmarine war Danzig darüber hinaus direkt in das Kriegsgeschehen involviert. Aber niemand hätte sich bei seinem Ausbruch vorstellen können, dass an seinem Ende auch das Ende der Provinz Westpreußen und das Ausscheiden Danzigs aus dem Verband des Deutschen Reiches stehen würden!

Nach der deutschen Niederlage wurde denn auch wieder einmal wie schon so oft über das zukünftige Schicksal Danzigs nicht von den dort lebenden Menschen, sondern von den auf der Pariser Friedenskonferenz vertretenen Siegermächten entschieden, die u. a. auch über die territoriale Neuordnung Ostmitteleuropas zu befinden hatten. Das historisch begründete polnische Argument, die Stadt müsse als traditioneller Hafen Polens der nach dem Unrecht der Teilungen wiederhergestellten Republik zugewie-

Siebzigttausend Danziger bei der Protestkundgebung gegen den Versailler Friedensplan auf dem Heumarkt (23. März 1919).



sen werden, stand aber angesichts der Bevölkerungsverhältnisse in Danzig so offensichtlich im Widerspruch zu dem als Grundprinzip eines zukünftigen Zusammenlebens proklamierten „Selbstbestimmungsrecht der Völker“, dass am Ende leidenschaftlicher Diskussionen unter den Verbündeten eine die Freiheit der Entscheidung der von ihr betroffenen Danziger außer Kraft setzende Kompromisslösung stand, die die Stadt und ihr Umland vom Deutschen Reich trennte und unter der Bezeichnung „Freie Stadt Danzig“ in einen Freistaat unter der Obhut des Völkerbundes umwandelte. Die „preußische Zeit“ Danzig war damit unwiderruflich zu Ende!

Die Hoffnung der Alliierten, diese „Freie Stadt“ werde zwischen Deutschland und Polen eine Brückenfunktion übernehmen können, musste angesichts der eher noch wachsenden Antagonismen zwischen den beiden Staaten unerfüllt bleiben. Eine solche wäre nur möglich gewesen, wenn sich die Betroffenen auf beiden Seiten von einem aufrichtigen Willen zur Aussöhnung hätten leiten lassen; daran aber mangelte es entschieden!

Die weitere Entwicklung ist bekannt genug und muss von mir nicht mehr geschildert werden. Mit dem Vergleich der beiden ehemaligen Stadtrepubliken Danzig und Venedig von Peter Oliver Loew haben wir unsere Betrachtungen begonnen und mit ihm wollen wir schließen; denn auch deren Vergleichbarkeit ist inzwischen unwiderruflich dahin. Loew schreibt denn auch am Schluss seines bemerkenswerten Artikels von vorigem Jahr, (mit dem er sich am Deutschen Polen-Institut in Darmstadt gewissermaßen vorstellte):

„Eines immerhin zeichnet sich klar ab: Mit dem Jahr 1945 endet die Vergleichbarkeit beider Städte. Venedig lebt auch heute noch in einem engen Geflecht aus Traditionen und Kontinuitäten. Danzig dagegen wurde zerstört und rekonstruiert, seine Geschichte dekonstruiert und neu erzählt; seine nahezu vollständig ausgetauschte Bevölkerung musste sich den neuen Wohnort und seine Vergangenheit in einem jahrzehntelangen, noch längst nicht abgeschlossenen Prozess aneignen: Schon aus diesem Grund ist Danzig heute mitnichten ein ‚Venedig des Nordens‘.“

Unter diesem Aspekt gehört der an dieser Stelle vor zehn Jahren (und im westfälischen Gemen schon weit eher) unternommene und doch wohl als gelungen zu bezeichnende Versuch des „Adalbertus-Werks“, über diesen Bruch hinweg „alte“ und „neue“ Danziger nach Jahrzehnten der Sprachlosigkeit wieder miteinander ins Gespräch zu bringen, zu seinen sicher nicht geringsten Leistungen!

Die mehrfach zitierte Dissertation von Peter Oliver Loew ist inzwischen als Buch erschienen: Peter Oliver Loew: **DANZIG UND SEINE VERGANGENHEIT 1793–1997. Die Geschichtskultur einer Stadt zwischen Deutschland und Polen.** Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau, Band 9, fibre Verlag, Osnabrück, ISBN 3-929759-73-X, 621 S., Abb., 37,80 Euro.

DANZIG – POLEN – EUROPA

Perspektiven einer gemeinsamen Zukunft in Freiheit

Meine Damen und Herren, ich bin in einer recht schwierigen Lage. Ich habe meinem Freund, Gerhard Nitschke, einem Ur-Danziger und inzwischen auch – ein wenig – einem Gdańszczanin, versprochen, heute diese Festrede zu halten. Und erst als ich dabei war, sie zu konzipieren, merkte ich, in welche Falle ich geraten bin. Überall Minenfelder. Jeder Begriff unscharf. Und die politische Großwetterlage ist in Polen, in Deutschland, in Europa, über dem Atlantik, und weit darüber hinaus, ohnehin wechselhaft. Und es knistert wieder im deutsch-polnischen Gebälk. Entweder haben wir miteinander, wie eine zerstrittene Ehe, „stille Tage“, oder wir beschimpfen uns gegenseitig: mal wegen der polnischen Beteiligung am Irak-Krieg, mal wegen des deutschen Antiamerikanismus.

Wie soll man da am 15. Mai 2003 vor Deutschen und Polen in Danzig eine Festrede auf Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit in der EU halten? Wie soll man da irgendwelche Perspektiven aufzeichnen? Es war aber zu spät. Ich konnte nicht mehr absagen, ich grübelte nach, verfiel in Erinnerungen und unterlag recht widersprüchlichen Stimmungen.

Meine Damen und Herren, nicht erst seit heute sind die polnischen und die deutschen Geschicke untrennbar miteinander verflochten. Zwar wurde in diesem unserem Jahrhundert in beiden Ländern nicht selten die Ideologie eines „tausendjährigen deutsch-polnischen Ringens“ verkündet, doch die wirkliche historische Wahrheit ist, dass Deutsche und Polen seit fast tausend Jahren in einem weit ausgedehnten Raum in einer Symbiose zusammenlebten, wovon die charakteristischen Türme der in vielen polnischen Städten – einschließlich Krakau – von deutschen Siedlern gebauten Marienkirchen ebenso zeugen wie die zahlreichen polnischen Namen in jedem deutschen Telefonbuch. Spuren der deutsch-polnischen Symbiose lassen sich überall finden. Aber eben auch die Spuren des gemeinsamen Desasters. Die Wunden in den ehemals deutschen, heute aber polnischen Städten wie Allenstein/Olsztyn, Stettin/Szczecin oder Breslau/Wrocław und auch in unserem gemeinsamen Danzig/Gdańsk, beweisen es.

Obwohl die Mühlen der Geschichte – oder vielmehr die Bomben der Alliierten 1944/1945 und sowjetische Flammenwerfer unmitttelbar nach der Eroberung/Befreiung der Stadt 1945 – das alte Danzig zu Staub zermahlen und die einstigen Danziger über die ganze Welt verstreut haben, gibt es Danzig doch. Es steht, sorgfältig wiederaufgebaut von Menschen, die in ihrer überwältigenden Mehrheit mit dieser Stadt nichts gemein hatten. Sie kamen ab 1945 in ehemals deutsche Wohnungen, weil die Alliierten ihre eigenen Städte – Wilna, Grodno, Lemberg – von Polen abgetrennt hatten.



Adam Krzemiński, Warschau

Der von Hitler – aber auch von Stalin – barbarisch geführte Krieg und die Grenze an Oder und Neiße trennten Deutsche und Polen nach dem Jahr 1945, wie es schien – irreversibel. Als man bei uns über das „Recht auf Hass“ diskutierte und Rache für ein moralisches Gebot hielt, ließ im zerstörten, besiegten und geteilten Deutschland der Heimatverlust bei vielen das Schuldgefühl verblassen. Von einem Stärkeren, wie Russland oder den USA, besiegt zu werden, war keine Schande, aber ein Fünftel des Territoriums an einen Schwächeren zu verlieren, der wenige Jahre zuvor innerhalb von zwei Wochen aufgerieben worden war, war eine Beleidigung – so kann man den „polnischen Komplex“ vieler Deutscher verstehen. Die Polen gehörten in deutschen Augen nicht zu den Siegern, verursachten aber die schmerzlichsten Verluste.

Doch schon bald zeigte sich, dass es noch einen anderen „polnischen Komplex“ der Deutschen gibt – den der Schicksalsgemeinschaft. Ein aus Königsberg, Breslau, Danzig oder Stettin ausgesiedelter oder vertriebener Deutscher und ein Pole, der 1939 aus Pommern oder dem Warthegau ins Generalgouvernement ausgesiedelt und 1945 dann aus dem einstigen Ostpolen ins einstige Ostdeutschland „repatriert“ wurde, kannten nur zu gut denselben Schmerz beim Verlust der Heimat und des materiellen Lebenswerks von Generationen, wussten, was es heißt, heimatlos zu sein und inmitten von Fremden ganz von vorn beginnen zu müssen.

Es ist kein Zufall, dass unter den Vorreitern des deutsch-polnischen Dialogs, der Normalisierung und anschließend der Aussöhnung und Freundschaft viele Deutsche aus dem Osten waren: Günter Grass aus Danzig, Horst Bienek aus Gleiwitz, Siegfried Lenz aus Lyck, Christa Wolf aus Landsberg an der Warthe, Klaus von Bismarck und Rudolf von Thadden aus Pommern und vor allem Marion Gräfin Dönhoff, die schon Ende der fünfziger Jahre Polen zu entdecken begann. Und in dieser Familie möchte ich auch Gerhard

Nitschke erwähnen, um ihm nochmal – verspätet – zu seinem stolzen Geburtstag zu gratulieren, und mit ihm Sie alle, die Gemeiner Danziger vom Adalbertus-Werk. Denn auch Sie halfen uns manche historische Kluft zu überbrücken und Empathie in unser – irgendwie gemeinsamen Erfahrung des Heimatverlustes zu üben.

Entgegen dem polnischen Spruch: „Solange die Welt besteht, wird der Deutsche dem Polen kein Bruder sein“ sind Deutsche und Polen seit Jahrhunderten siamesische Zwillinge, die enger miteinander verwandt sind, als die meisten von uns zugeben wollen. Diese Osmose von Westfalen bis zur Memel und bis nach Wolhynien, wo sich noch Anfang vorigen Jahrhunderts deutsche Bauern niederließen, war über hunderte von Jahren mitteleuropäische Realität. Und zu dieser Realität kehren wir nun zurück in Freiheit, die 1980 maßgeblich aus dieser Stadt angestoßen wurde.

Die deutsch-polnische Symbiose im Rahmen der EU wird nicht nur eine geistige Erneuerung Mitteleuropas bedeuten, das durch den Zweiten Weltkrieg, zwei Totalitarismen und den Kalten Krieg zerstört wurde, sondern auch eine Chance für die gemeinsame Entwicklung unseres „minderen Europas“, das für manche seit undenklichen Zeiten an der Elbe begann und für andere heute an der Oder und Neiße beginnt.

Am 7. Dezember 1970, als Willy Brandt in Warschau vor dem Denkmal der Helden des Ghetto niederkniete, sagte mir Günter Grass in einem Interview einen Satz, der dann klassisch wurde: die polnische quirlige Mentalität sei ein Korrektiv für die staatsvergötternde und hegelbesessene deutsche Mentalität.

Grass hatte recht. Andererseits ist auch die solide, disziplinierte und „positivistische“ deutsche Mentalität ein Korrektiv für die quirlige und „romantische“ polnische Mentalität. So ist das im Leben, was der eine im Überfluss hat, daran mangelt es dem anderen. Deutsche und Polen können naturgemäß, aufgrund der Nachbarschaft und ihrer Mentalität, wegen der Vergangenheit und der Zukunft, mit Rücksicht auf Kopernikus und Veit Stoß, wie auch die polnischen und deutschen Veteranen der Westerplatte das 21. Jahrhundert nur gemeinsam bestehen, weil ein dramatisches Auseinandergehen gerade dieser Nachbarn immer eine Katastrophe nach sich zu ziehen droht.

Wir sind miteinander verschwägert und verschwistert, und zugleich pflegen gerade diese beiden Nachbarvölker in Mitteleuropa immer wieder ihre Parallelautismen, obwohl wir doch über 700 Jahre lang innere Nachbarn in denselben Städten und Dörfern waren – und nicht nur hier in Danzig, oder in Schlesien, Pommern, Ostpreußen. Namen wie die der Stadtteile „Mariensztat“ und „Saska Kępa“ (Sachsenwerder) in Warschau, wie „Zamarstynów“ (Sommerstein) in Lemberg oder „Ulica Niemiecka“ (Deutsche Straße) in Wilna, in der jahrhundertlang vor allem Juden wohnten, bezeugen diese deutsch-polnische Symbiose, die im Westen bis ins Ruhrgebiet oder – wenn man nach den deutschen Telefonbüchern geht – bis in

beinahe jede deutsche Kleinstadt hinein reicht.

Diese Symbiose hat ihre symbolischen Größen – Kopernikus, Veit Stoß, Hevelius – als Denkmäler, doch zugleich gibt es eine unsichtbare Mauer zwischen beiden Kulturen, und die „polnische Spur“ in der deutschen Literatur ist relativ schmal und dünn, als stammte sie von jemandem, der von der Weichselmündung mit dem Fahrrad losgefahren wäre, um dann im märkischen Sand steckenzubleiben.

Obleich polnische Germanisten und deutsche Polonisten nicht müde werden, jeden Fund eines deutsch-polnischen literarischen Kontakts minutiös festzuhalten, nehmen wir doch am geistigen und literarischen Leben des Nachbarn immer noch nicht angemessen teil. Mit dem Danziger Günter Grass ist möglicherweise eine Zeitenwende im literarischen Leben über die Oder hinweg gekommen. Der Zauber seiner Erzählung hat es fertig gebracht, dass Mahlke oder Tulla Pokriefke auf Anhieb fast unsere Schulfreunde wurden. Und der Schock wirkte nach. Nicht nur ist das Danzig der Vorkriegszeit dank Grass in die Weltliteratur eingegangen, Grass hat auch vielen Polen eine Brücke zur deutschen Vergangenheit ihrer

setzt. Das war eine offensive Antwort auf die neue geistespolitische Konstellation in Deutschland. Sie ging weit über kurzfristige Notprogramme hinaus. Sie war eine geschichtsphilosophische Vision einer tiefgreifenden deutsch-polnischen Osmose in der Grenzregion und darüber hinaus. Ihr liegt eine europäische Überlegung zugrunde, dass gerade an der Nahtstelle zwischen Deutschland und Polen, die im 20. Jahrhundert ein tektonischer Riss war, der den ganzen Kontinent mit politischen Krisen erschütterte, eine tief verankerte und eng verzahnte deutsch-polnische Gemeinschaft entstehen müsste.

Wo ist also aber ein Stein der Weisen begraben, der aus Mecklenburg-Vorpommern und aus Hinterpommern, aus Brandenburg und aus Großpolen, aus Sachsen, aus Niederschlesien ein Schwungrad für die mitteleuropäische Entwicklung machen würde? Eine Art regionales Silicon Valley, mit Berlin, Dresden und Rostock auf der einen und mit Stettin, Posen und Breslau, aber ausstrahlend bis nach Warschau, Danzig und Krakau, auf der anderen Seite.

Damit dies möglich wird, muss der Fatalismus des 20. Jahrhunderts wirklich überwunden werden. Bei Gott, wie sähe die deut-

der polnischen Geschichte, mit der Übernahme des westlichen Christentums vor über tausend Jahren und mit der freiwilligen Bildung einer polnisch-litauischen Union im 14. Jahrhundert.

O Freunde, nicht diese Töne! – wird mancher Deutscher innerlich seufzen. Die EU das sind letztendlich nur Milchquoten, Direktzahlungen und Prozentsätze.

Am 13. Dezember 2002 konnte man noch in der deutsch-polnischen Spaßgesellschaft frotzeln, seit 19.03 Uhr werde zurückgeköstet und – gezahlt, um einander sogleich erhaben gegenseitig zu versichern, endlich säßen wir wirklich gemeinsam in einem Boot, wie es die Politiker in ihren Freundschaftsreden seit Jahren hin und her deklinierten, und um uns gegenseitig dann auch an die viele gemeinsame Projekte zu erinnern, die in den 90er Jahren erdacht wurden und die dann alsbald im Tauziehen um noch nicht beglichene Rechnungen aus der Vergangenheit, im Hader um Übergangsfristen auf dem Arbeitsmarkt oder beim freien Grunderwerb auch flugs irgendwohin versickerten.

Fünf Monate später muss sich die Freude bereits anders artikulieren. Es genügt nicht zu sagen, „seid umschlungen Millionen“, das wäre leider zu nahe am Kitsch von Gelegenheitsreden, die bereits vor ihrem letzten Satz gestorben sind. Man muss sich nur umschauen, um zu wissen, dass die deutsch-polnische Interessengemeinschaft, Europa, das transatlantische Bündnis völlig anders aussehen als noch vor einem halben Jahr. Der Irakkrieg, der Streit um das „Zentrum gegen Vertreibungen“ und um die europäische Verfassung zeigt in diesem Jahr, wie dünn das Eis ist, auf dem wir unsere deutsch-polnischen Schlösser bauen.

Den sich vollziehenden Beitritt Polens zur Europäischen Union begleiten keine ekstatischen Umzüge, kein Massenjubel und kein Volkskarneval. Die Freude ist verhaltener, bedächtiger und das Selbstbewusstsein mittlerweile gewachsen. Die Aufnahme in die EU ist für viele Polen die Erfüllung eines Traumes nach einer sicheren und gedeihlichen Heimat in Europa, in dem Polen von guten Nachbarn umringt ist und ihnen auch ein guter Nachbar sein wird. Jetzt, nachdem der Kuhhandel der Verhandlungen mit der EU vorbei ist, werden Deutsche und Polen als innere Nachbarn in den „Vereinigten Staaten von Europa“ diesen gemeinsam mit anderen hoffentlich eine etwas mehr humane und tolerante Seele einhauchen. Dabei werden unsere bilateralen Beziehungen – entgegen manchen Erwartungen – durch die EU keineswegs an Bedeutung und Intensität verlieren. Deutsche und Polen blicken auf eine tausendjährige gemeinsame Familiengeschichte zurück, in der es fürchterliche Momente gab, aber auch fröhliche, fruchtbare und herzliche. Wieder einmal kommen wir uns ein Stück näher, und wir beginnen, uns auch weitaus besser zu verstehen.

Die Europäische Union befreit uns hoffentlich ein wenig von uns selbst, von unseren Komplexen, Alpträumen und vertrackten historischen Animositäten. Wenn die Mitte unseres Kontinents jetzt wieder zusammenfindet, bedeutet das tatsächlich das Ende



*Akademischer Chor der
Universität Danzig.*

neuen Heimatorte gebaut, er hat sie mit dieser Geschichte versöhnt und eine Neugier geweckt, die heute für die polnische Literatur recht produktiv ist. Das gilt für Paweł Huelle und Stefan Chwin in Danzig oder Olga Tokarczuk in Waldenburg ebenso wie für die Kulturgemeinschaft „Borussia“ in Allenstein, die zusammen mit Deutschen, Litauern, Russen aus Kaliningrad und ostpreußischen Juden, die vom III. Reich in alle Himmelsrichtungen verjagt wurden, der kulturellen Vielfalt des Ermlandes und Masuriens nachspürt.

Nach der Verlegung des Regierungssitzes vom Rhein an die Spree gab es in Polen eine kurze Debatte darüber, was die „Berliner Republik“ für Polen bedeutet, welche Geister dieser Stadt die deutsche Politik bestimmen werden. Die friederizianischen, bismarckschen, geschweige denn die Geister der Weimarer Republik oder des III. Reiches würden nicht Gutes bringen. Aber es gibt auch gute Geister der Nähe und gegenseitigen Verzahnung. So wurde auch nicht von ungefähr im Geburtsjahr der „Berliner Republik“ in Polen die Idee eines deutsch-polnischen „Oderbundes“ in die Welt ge-

sche, die polnische, die europäische Zeitgeschichte aus, wenn die Deutschen 1919 im Schock der Niederlage nach Versailles Polen, ihre alten und neuen Nachbarn, in seiner neuentstandenen Staatlichkeit begrüßt und nicht als bloßen „Saisonstaat“ abgetan hätten! Sie säßen heute noch in der Freistadt Danzig mit uns, in Stettin und Breslau unter sich, und wären nicht mit dem Stigma eines beispiellosen Völkermordes gezeichnet. Wir alle in Europa hätten wahrscheinlich längst unsere Vereinigten Staaten von Europa, sicherlich anders verfasst als die USA, aber auch nicht auf dem materiellen und moralischen Trümmerhaufen des Zweiten Weltkrieges aufgebaut. Europa wäre seit Generation eingespielt wie die Berliner Philharmoniker bei Beethovens 9. Sinfonie.

Doch es ist müßig, einen trüben Traum rückwärts träumen zu wollen, wenn die Gegenwart doch gerade die kühnsten Träume verwirklicht. Mit dem Beitritt Polens zur EU wird die in Jalta vorgenommene Spaltung Europas überwunden. Mehr noch, man vergleicht ihn mit den wichtigsten Momenten

Entdeckung eines deutsch-polnischen Helden

Andreas Metz, Danzig

Ein kleines Dorf im Süden Danzigs organisierte dieser Tage ein deutsch-polnisches Wunder: Ein Mensch wurde wiedergeboren, der vor 64 Jahren starb. Bis vor einem Jahr noch war Pfarrer Johannes Aeltermann aus Meisterswalde (Mierzeszyn) eines der ungezählten, unbekanntenen Opfer des Nationalsozialismus. Erschossen und verscharrt zusammen mit 67 anderen hinter einer Scheune kurz nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Die Nazis hatten fast ihr Ziel erreicht, diese Biographie auszulöschen, wie sie es mit so vielen anderen geschafft haben. Fast.

Doch dann suchte die örtliche Grundschule einen Namen und einen passenden Schutzpatron und entdeckte durch den Hinweis der wenigen noch lebenden Zeitzeugen einen deutschen Lebenslauf, der wegen seiner Außergewöhnlichkeit schmerzt, aber gleichzeitig voller deutsch-polnischer Hoffnungen steckt. Hoffnungen, derer es nach dem monatelangen Streit um ein Berliner „Zentrum gegen Vertreibungen“, so dringend bedarf.

Johannes Paul Aeltermann wurde am 26. Juni 1876 in Danzig geboren. Von 1912 an war er Pfarrer der kleinen katholischen Kirche in Meisterswalde. Etwa 700 Gläubige soll es damals in der protestantisch geprägten Gemeinde 30 Kilometer südlich von

zwar nicht **der** Geschichte, so doch sicher einer Geschichte ständiger gegenseitiger Beargwöhnung der Nachbarn und im polnischen Falle auch eines anhaltenden Kampfs mit Windmühlenflügeln und eines beharrlichen mit dem Kopf gegen die Wand Rennens. Es gibt keine Feinde mehr und auch keine Verschwörungen der übermächtigen Nachbarn über die Köpfe der Polen hinweg. Und damit steht ein großer Teil des traditionellen polnischen Selbstverständnisses zur Disposition. Nur mit unseren Nachbarn, vor allem im Dialog mit den Deutschen, werden wir erfahren, was von der polnischen Geschichte nunmehr lediglich Geschichte geworden und in der neuen Situation wenig brauchbar ist und was erst jetzt zu neuer Blüte kommen kann. War Europa vor einiger Zeit noch für viele Deutsche eine Zuflucht vor der deutschen Vergangenheit, so ist es das heute auch für nicht wenige Polen, die das Normale genießen und nicht befürchten, ihre Identität zu verlieren. Sie wird sich verändern, aber nicht in irgendeinem europäischen Eintopf verschwinden. In Europa bildet die Vielfalt eine Einheit. Und die Europäische Union wird allmählich zu jener Instanz, die nicht nur nationale Egoisten in die Schranken weist, sondern auch nationale Identitäten ein wenig relativiert. In der deutsch-polnischen Nachbarschaft kann das nur segenerreiche Folgen haben.

Pfarrer Johannes Aeltermann starb 1939 im Widerstand gegen die Nazis / Nun ist er Schutzpatron einer polnischen Schule

Danzig gegeben haben – darunter Deutsche und Polen. Dokumente, die der polnische Historiker Piotr Szubarczyk vom Institut des Nationalen Gedenkens (Instytut Pamięi Narodowej) im Auftrag der Schule gesammelt hat, belegen, dass sich Aeltermann als Mittler zwischen diesen unterschiedlichen Nationalitäten verstand. Gegen eine polnische Zeitung, die ihm 1911 zusammen mit einigen anderen deutschen Priestern vorwirft, die Assimilierung der Polen zu betreiben, wehrt er sich sogar vor Gericht. Zeitzeugen erinnern sich, dass Aeltermann monatlich einen polnischsprachigen Gottesdienst anbot. Von den Nazis wird er Anfang der 30er Jahre als „Polak“, als „Polenfreund“ beschimpft. Am 30. April 1933 droht ein SA-Mann: „Wenn der katholische Pfarrer nicht mit der Politik aufhört, dann werden wir ihm den roten Hahn aufs Dach setzen; bei dem Ortsgruppenführer sind schon Beschwerdebriefe, damit er nach der Wahl von dem Amte entfernt wird.“

Zu diesem Zeitpunkt gehört Hitler in Berlin längst die Macht. Das Deutsche Reich wird gerade gleichgeschaltet, die Opposition verboten, verfolgt, verhaftet und liquidiert. Danzig und sein Umland, das seit dem Versailler Vertrag von 1919 als „Freistaat“ unter Völkerbundverwaltung steht und außenpolitisch durch Polen vertreten wird, bleibt noch ausgenommen. Doch längst marschieren auch hier die Nazis auf den Straßen.

Obwohl er um sein Leben fürchten muss, nimmt Aeltermann den Kampf mit ihnen auf. „Das Hakenkreuz ist im Widerspruch mit den Grundgesetzen des Christentums. Nächstenliebe ist das Hauptgebot Jesu; wo anders verlangt man Rasse, Rassenkultur und Rassenpolitik.“ Diese Worte sagt er am 21. Mai 1933 in der kleinen katholischen Kirche in Meisterswalde. Und Aeltermann belässt es nicht dabei. Seine Predigt wird vor den Wahlen zum Danziger Volkstag gedruckt und als Flugblatt unter dem Titel „Hakenkreuz oder Christenkreuz?“ verteilt. Diese für einen Pfarrer außergewöhnliche Einmischung in die Tagespolitik begründet Aeltermann damit, dass es seine „Pflicht ist, Irrlehren zu bekämpfen, die Gläubigen zu schützen“. Die meisten Kollegen Aeltermanns nehmen den Schutz ihrer Gläubigen nicht so ernst. Es ist bezeichnend, dass fast zeitgleich der spätere Papst Pius XII. mit Hitler über ein Stillhalteabkommen verhandelt. Im

Reichskonkordat, das am 20. Juli 1933 unterzeichnet wird, verpflichtet sich der Klerus, auf politische Äußerungen zu verzichten, umgekehrt versprechen die Nazis das Achten kirchlicher Rechte, in zivilisierten Staaten eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Es ist der erste außenpolitische Vertrag Hitlers, der Vatikan macht den Diktator salonfähig. Für Aeltermann muss es ein Schock gewesen sein.

Ein Flugblatt mit seiner Wahlpredigt, das durch den Westpreußischen Verlag in Danzig gedruckt wurde, blieb erhalten. Unterschrieben ist es mit „Euer Pfarrer Aeltermann, Dekan“. Mitautoren oder etwa Unterstützer aus den Reihen der Kirche finden sich nicht. Auf den zwei eng beschriebenen Seiten steht eine fundierte Analyse des Nationalsozialismus und seiner unmenschlichen Ziele. Im Gegensatz zu so vielen anderen Deutschen hat Aeltermann sich kundig gemacht. Er zitiert aus Alfred Rosenbergs Hetzschrift „Mythos des 20. Jahrhunderts“, aus Stämmers Buch „Rassenpflege im völkischen Staate“, aus dem „Völkischen Beobachter“ und aus Danziger Nazi-Postillen. Scharf verurteilt er Versuche, die Kirche zu germanisieren, den Juden Jesus zu einem „Arier zu stempeln“ und „Orientalismus und



Am Grab Pfarrers Aeltermanns vor der alten Kirche.

Judentum“ aus der Religion zu tilgen. Er prangert die Entfernung von Katholiken aus öffentlichen Ämtern an und entlarvt die Absicht der Nazis, kinderlose, deutsche Frauen zu diskriminieren und umgekehrt zum Ziele der „Rassenpflege“, Sterilisierungen vorzunehmen. Nicht genug damit: In einem Zitat Hitlers von 1929 findet Aeltermann klare Hinweise auf das bevorstehende Euthanasie-Programm. „Man denkt unwillkürlich an den Kindermord von Bethlehem“, kommentiert der Pfarrer. Hitler ein potenzieller Mörder – wenige haben es gewagt, den Diktator so direkt anzugreifen, schon gar nicht mehr 1933. Die möglichen Wähler der Nazis ermahnt Aeltermann mit den prophetischen Worten: „Du bist und bleibst doch verantwortlich für alle Folgen...“

Wieviele Flugblätter verteilt wurden, von wem das Geld stammt, wer Aeltermann half – es bleibt Aufgabe der Historiker, dies zu klären. Viel zu wenige jedenfalls kämpften damals so leidenschaftlich wie er. Die Nazis

erreichten bei den Danziger Wahlen im Mai 1933 mit 50,03 Prozent der Stimmen die absolute Mehrheit.

Unklar ist, wie es Aeltermann gelang, sich nach dieser Wahl weitere sechs Jahre in Meisterswalde zu halten. Der Druck auf ihn muss gewaltig gewesen sein. Möglicherweise schützte den Priester der große Rückhalt durch seine Gemeinde. 1935 jedenfalls setzte nach Erkenntnissen Szubarczyks der Danziger Gauleiter Albert Forster Aeltermann auf eine Liste mit Personen, die baldmöglichst aus ihren Ämtern zu entfernen seien. Wahrscheinlich bot auch der Völkerbund einen gewissen Schutz, der – zuletzt vertreten durch den aus der Schweiz stammenden Hohen Kommissar Carl Jakob Burkhardt – im Freistaat Danzig die Aufsicht führte.

Als Hitler am 1. September 1939 Polen überfällt und Danzig kurze Zeit später widerrechtlich „Heim ins Reich“ holt, haben die Nazis freie Hand. Eine brutale Germanisierungspolitik setzt ein. SS und Gestapo organisieren die Liquidierung der polnischen Intelligenz, der Operation gibt man den Namen „Tannenberg“. Nördlich von Danzig, in den Wäldern von Piasnica, finden Massenerschießungen statt. Zudem werden Zehntausende von Polen und als regimiekritisch bekannte Deutsche ins neu gegründete KZ Stutthof verschleppt.

Am 19. November treiben so genannte Selbstschutzeinheiten als unzuverlässig angesehene Personen aus den Dörfern im Südwesten Danzigs zusammen. 68 Personen, von denen die meisten immer noch nicht identifiziert sind, werden auf dem Gut der Familie von Wiecki, 15 Kilometer entfernt von Meisterswalde, liquidiert. Der letzte der dort sterben muss und möglicherweise der einzige Deutsche, ist Pfarrer Johannes Paul Aeltermann. Sein Todestag soll der 22. November 1939 gewesen sein. Zu diesem Zeitpunkt war die Bevölkerung des auf polnischem Gebiet gelegenen Dorfes, darunter auch die Familie von Wiecki, bereits nach Osten an den Bug vertrieben worden. Heimlicher Zeuge des Massakers ist ein Kutscher, der sich in der Scheune versteckt hält, hinter der die Erschießungen stattfanden. Als es vorbei ist, schlägt er drei Nägel in eine Scheunenwand, um die Lage der Massengräber zu markieren.

Im Sommer 1945 sind die Mörder vertrieben. Überlebende Polen suchen ihre Angehörigen und erfahren auch von dem Massengrab in Neu-Fietz. Die letzten verbliebenen Deutschen aus der Umgebung werden zur Exhumierung der Leichen gezwungen. Malwina Sulewska, geborene von Wiecki, die nach Kriegsende wieder auf das Landgut ihrer Familie zurückkam, erinnert sich an diesen Tag, es war wahrscheinlich der 16. Juni: „Als die Toten geborgen waren, kam es fast zum Lynchmord an den Deutschen. Die unsrigen wollten sie erschießen und in die Gräber rein. Steine sind geflogen. Ich sagte, seid doch nicht dumm. Die Deutschen, die das getan haben, sind längst weg. Das hier sind die guten Deutschen.“ Unter den Opfern, erzählt die 79-jährige in fließendem Deutsch, sei auch ein 13-jähriger Junge und seine polnische Mutter gewesen, die mit einem deutschen Offizier verheiratet und ge-

rade aus Berlin zu Besuch war. Mit Aeltermann zusammen habe man noch zwei polnische Priester erschossen, der eine sei direkt vom Altar zur Hinrichtungsstätte geführt worden. Fünf Gräber mit insgesamt 68 Toten habe man gefunden, die obersten Toten seien mit Kalk übergossen worden und nicht mehr erkennbar gewesen. Auf der Leiche Aeltermanns habe eine tote Kuh gelegen. Tarnung oder gezielte Erniedrigung? Seine Priester-Soutane sei noch zu erkennen gewesen. Identifiziert habe Aeltermann die Schwester seiner alten Haushälterin Frau Schützmann anhand eines Pillendöschens, das noch in den Kleidern steckte.

Das Massaker, so habe es der Kutscher berichtet, hätten junge „Selbstschutzeinheiten“ begangen. „Wir haben hier gelebt, wie eine Familie, Deutsche und Polen. Bloß die Jungen, die hatten solche Versammlungen, denen haben sie das eingeredet“, erzählt Malwina Sulawska. Die Anstifter seien Nazi-Kommandeure aus Danzig gewesen, von denen sie aber keine Namen weiß. „Die haben die jungen Leute betrunken gemacht.“ Ein Deutscher, der eine polnische Braut hatte, habe sich geweigert zu schießen – Helmut Hartung soll sein Name gewesen sein. „Unschuldige werde ich nicht erschießen“, das habe er gesagt. Zur Strafe sei er dann in einem Keller festgesetzt worden.

Hartung war nach Erkenntnissen des Historikers Szubarczyk auch der letzte, der mit Pfarrer Aeltermann gesprochen hat. Gemeinsam seien sie im Keller gefangengehalten worden. Hartung habe Aeltermann zur Flucht aufgefordert, doch dieser habe abgelehnt und geantwortet: „Es soll Gottes Wille geschehen.“

Der neue Pfarrer von Meisterswalde, Ildelfons Künemund, sorgte 1945 für die Überführung des exhumierten Leichnams. Beim Transport dabei war der damals 14-jährige Johannes Beutler. „Wir sind mit zwei Pferden und einem Wagen nach Neu-Fietz gefahren. Auf dem Rückweg habe ich buchstäblich auf dem Sarg gesessen.“ Die Beerdigung vor der katholischen Kirche in Meisterswalde habe dann am 26. Juni 1945 stattgefunden „unter Salutschüssen, was angesichts der Erschießung Aeltermanns etwas makaber war.“

Beutler hat selbst Forschungen angestellt und ist unter anderem auf Eva Maria Aeltermann, eine noch in Deutschland lebende, entfernte Verwandte des Pfarrers gestoßen. Nach Angaben ehemaliger Einwohner von Meisterswalde könnte der Mörder Aeltermanns, beziehungsweise der Auftraggeber, der damalige Landrat und Kreisleiter der NSDAP gewesen sein. Der Pfarrer habe sich nach Ausbruch des Krieges zunächst ver-

steckt. Als er dann doch gefangen worden sei, habe er als Schutz den Brief eines befreundeten, hohen Offiziers vorweisen können. Doch eine Nazi-Größe habe auf seiner Erschießung bestanden. Nach Erkenntnissen Szubarczyks war es ein örtlicher Großgrundbesitzer namens Günter Modrow, auf dessen Befehl die Erschießung erfolgte. Das Massaker von Neu-Fietz ist bis heute ungeklärt.

Szubarczyk und Beutler waren unter den 400 Gästen, die am 13. Oktober die „Wiedergeburt“ Aeltermanns in dessen alter Heimatgemeinde Meisterswalde (Mierzeszyn) feierten. Auch der deutsche Generalkonsul Dietlof von Berg und Vertreter der deutschen Minderheit nahmen an dieser deutsch-polnischen Versöhnungszeremonie teil. Der Erzbischof von Danzig, Tadeusz Gocłowski, las eine Messe und nannte Aeltermann in seiner Predigt ein „großes Symbol“ für das geeinte Europa. „Es kommt nicht darauf an, ob man aus Deutschland oder aus Polen, aus Litauen, Russland, Frankreich oder Italien kommt, – auf den Menschen kommt es an“. Dafür habe Aeltermann sein Leben gegeben. „Danke für den Mut, ein Mensch zu sein.“

An der Hinrichtungsstätte Aeltermanns erinnert seit 2002 ein hölzernes Kreuz an die 68 Toten, die man dort fand. Auf dem nebenstehenden Stein ist allerdings ausschließlich von polnischen Opfern die Rede. Noch bei den Bauarbeiten für diese Gedenkstätte sind neue Knochen ans Licht gekommen. Am Ortseingang von Nowy Wiec wurde bereits kurz nach dem

Krieg eine Gedenkstätte für die Toten angelegt. Aeltermann ist dort als „Elterman“ verzeichnet, auf diesen Namen war noch die Danziger Geburtsurkunde ausgestellt.

In Mierzeszyn trägt nun die Grundschule unübersehbar und stolz den Namen Aeltermanns; ein deutscher Schutzpatron dient polnischen Schülern als Vorbild fürs Leben. Im Schulhaus hängt überall sein Porträt und auch auf die neue Schulfahne, die der Erzbischof feierlich segnete, ist es aufgesteckt. Auf sie legen von nun an die Schüler nach polnischer Tradition ein Gelöbnis ab. Außerdem bezeugen in Aeltermanns ehemaliger Kirche und an der Schulfassade zwei neue Gedenktafeln einen „deutschen Pfarrer“ und „Freund der Polen, der von Nationalsozialisten für die Verteidigung seines Glaubens und der Menschenwürde“ getötet wurde. Die Tafel am Schulgebäude hängt direkt unter einer anderen, älteren Tafel, auf der 43 Polen gedacht wird, die 1939 in der Schule interniert wurden, bevor man sie ins Todeslager abtransportierte. So fügt sich deutsch-polnische Geschichte zusammen, so stehen nun Schmerz und Hoffnung nebeneinander.



Gedenktafeln an der Schule.

**„Zentrum gegen Vertreibungen“:
Arbeitsgemeinschaft der katholischen Vertriebenenorganisationen (AkVO) für Runden Tisch**

I.

Zur deutschen und europäischen Geschichte gehört auch, dass über 13 Mio. Deutsche durch kollektive Vertreibung oder erzwungene Flucht ihre Heimat, ihr Hab und Gut verloren haben. Fast jeder vierte heute in der Bundesrepublik Deutschland lebende Deutsche wurde entweder noch selber vertrieben oder stammt direkt von Vertriebenen oder Flüchtlingen ab. Vertriebene haben persönlich und familiär für den politischen Irrweg Deutschlands mehr büßen müssen als die Mehrzahl der übrigen Deutschen. Dieses Sonderopfer verdient Respekt und angemessene Würdigung. Angemessen heißt, dass keine Geschichtspolitik betrieben und nicht die Anklage gegen die einstigen Vertrieber gepflegt wird, sondern die Vorgeschichte, die historischen Rahmenbedingungen und Entscheidungsumstände, die Durchführung und die Folgen der Vertreibung objektiv und multiperspektivisch dargestellt und, unter Verwendung der Menschenwürde und des Strebens nach Aussöhnung als Maxime des Zusammenlebens, die Lehren aus den Geschehnissen gezogen werden.

Die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland gebietet die Achtung der Würde des Menschen als Grundlage politischen Handelns. Dieses Gebot schließt den Respekt gerade vor dem Leid und Unrecht, das unschuldigen Menschen zugefügt wurde, ein. Die Errichtung einer zentralen Stätte der Erinnerung, Dokumentierung und Archivierung von Vertreibungen im Zentrum der heutigen politischen Willensbildung in Deutschland, in Berlin, wäre ein Beweis dafür, dass sich alle Gruppen von Staat und Gesellschaft heute zu den Vertriebenen und der Vertreibung als Teilen der ganzen deutschen Geschichte bekennen.

II.

Nur weil die Initiative für diese Einrichtung vom Bund der Vertriebenen (BdV) ausging, sollten Kritiker des Vorhabens das Projekt in Berlin nicht ablehnen. Der BdV hat sich für eine Konzeption entschieden, die die verschiedenen Formen von Erinnerungsarbeit beinhaltet. In Vorahnung auf denkbare Vorwürfe hat er in seiner Konzeption besonderen Wert auf den internationalen Charakter der geplanten Gedenkstätte gelegt. Er hat sie nicht »Zentrum der Vertreibung der Deutschen«, sondern »Zentrum gegen Vertreibungen« genannt, wiewohl die Vertreibung der Deutschen im Mittelpunkt stehen soll.

Die bisher sowohl von Einzelpersonlichkeiten im Inland als auch aus dem Ausland erhobenen Bedenken und Vorwürfe zeichnen sich überwiegend aus durch Verdrängungsmechanismen, historische Eindimensionalitäten und tiefes Misstrauen. Die Ursachen dafür lassen sich benennen. In Deutschland haben bedauerlicherweise viele Menschen eine Scheu davor, die Deutschen in der Vergangenheit nicht nur als Täter, sondern auch als Opfer anzunehmen; und im Ausland, vor allem in den östlichen Nachbarstaaten, findet eine breite, selbstkritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit noch nicht statt bzw. findet weithin nur unter Experten statt und ist in Gesellschaft und Politik längst nicht selbstverständlich. Dabei hat gerade die Vertreibung der Deutschen die Kultur- und Sprachlandschaft in Europa verändert wie kaum ein Folgeereignis zuvor. Dies

bedeutet nicht, dass die verschiedenen Vertreibungen des letzten Jahrhunderts, die millionenfach Leid und Not verursacht, Menschenwürde und Menschenrechte mit Füßen getreten haben, an den Rand gedrängt werden sollen.

III.

Die AkVO stellt fest: Die vom Ausland her formulierte Alternative, das »Zentrum gegen Vertreibungen« entweder als ein internationales abseits von Berlin oder gar nicht zu errichten, kann nicht akzeptiert werden! Im Mittelpunkt des Zentrums muss – wenn man denn die bipolare Konzeption beibehält – paradigmatisch die Aufarbeitung und Darstellung der Vertreibung der Deutschen und deren erfolgreiche Integration, an der nicht zuletzt die katholische Kirche und die katholischen Organisationen einen wichtigen Anteil hatten, stehen. Selbstverständlich müssen aber die anderen Vertreibungen in Vergangenheit und Gegenwart einen nicht nur angemessenen, sondern gleichgewichtigen Teil an Forschung und Präsentation erhalten! Ein Schwerpunkt sollte auch die Erforschung der Ursachen und der Möglichkeiten der Prävention von Vertreibungen sein. Ideologische und nationale Engführungen müssen vermieden werden! Um der gesellschaftlichen Akzeptanz willen müssen alle Arbeiten für die breite Öffentlichkeit so transparent wie möglich erfolgen.

Das macht es aber notwendig, dass in allen bisherigen konzeptionellen Überlegungen die im Ausland formulierten Gefühle, Bedenken und Zwischenrufe – wohl noch konkreter als bisher – in den Vorarbeiten berücksichtigt werden! Der BdV sollte noch deutlicher machen, dass es ihm nicht um eine Stiftung geht, in deren Organen nur die exklusiv von ihm ausgewählten Persönlichkeiten mitwirken. Vielmehr sollten die Stiftung und ihre Organe als rechtliche Träger des geplanten Zentrums grundsätzlich geöffnet werden für die Teilnahme anderer Verbände sowie weiterer Wissenschaftler aus dem In- wie Ausland, aber auch von Vertretern von Bund und Ländern, deren finanzielle Unterstützung unverzichtbar ist und die sich aus Gründen der Staatsraison einer Mitwirkung nicht entziehen dürfen.

Da das geplante Zentrum sich zu allererst an die Deutschen richtet und nicht zuletzt die Deutschen mahnen soll, aus den Voraussetzungen und den Umständen der Vertreibung die für eine Zukunft in Freiheit, Sicherheit und Gemeinschaftlichkeit erforderlichen Schlussfolgerungen zu ziehen, sollte sein Standort im politischen Entscheidungszentrum Deutschlands, also in Berlin sein!

Nochmals: die Katholischen Vertriebenenorganisationen begrüßen das Ziel der Errichtung eines »Zentrums gegen Vertreibungen« und sind bereit, dabei mitzuwirken! Das Zentrum soll zusammenführen und nicht spalten. Es wird die ihm zugeordnete Funktion nur erfüllen können, wenn es gelingt, die zugespitzte Alternative von »national« oder »europäisch« aufzulösen und die jetzt diskutierten konzeptionellen Ideen zusammenzuführen.

Um einen breiten Konsens über das Projekt herbeizuführen, rufen die Katholischen Vertriebenenorganisationen dazu auf, alle, die sich in dieser Frage engagieren, zu einem Runden Tisch einzuladen. Die Katholischen Vertriebenenorganisationen sind bereit, dabei mitzuwirken.

Das Präsidium

Herbert Werner
Vorsitzender

Gerhard Nitschke
stv. Vorsitzender

Franz Olbert
Geschäftsführer

VERANSTALTUNGEN

Bildungstreffen 2004

25. April	Gütersloh
27. Juni	Frankfurt/Main
10. Juli	Elmshorn
29. August	Berlin
21. November	München

Religiöse Frühjahrstagung

von Adalbertus-Werk und Adalbertus-Jugend im Kardinal-Hengsbach-Haus, Essen-Werden, Dahler Höhe 29

28./29. Februar 2004, Sa. 15 Uhr – So. 13 Uhr
Nachdenken über den Frieden

Anmeldungen bis 20. 2. 2004 an:

Herrn Johannes Schilke, Schimmelsfeld 29, 45139 Essen, Tel. (02 01) 28 33 60

2. Deutsch-polnisch-litauische Jugendbegegnung in Danzig

11. bis 18. April 2004

Deutsche und Polen in Danzig – Geschichte – Gegenwart – Zukunft

Wie erstmalig 2003 mit großem Erfolg wird auch 2004 für ca. 25 Jugendliche aus Deutschland, Polen und Litauen eine Jugendbegegnung in Danzig durchgeführt. Neben Geschichte und Gegenwart der Stadt und ihrer Baudenkmäler werden vor allem Begegnungen mit Jugendlichen aus dem heutigen Danzig, aber auch Gespräche mit Zeugen der Vergangenheit auf dem Programm stehen. Die Situation der deutschen Minderheit in der kommunistischen Zeit und die Veränderungen des „deutschen Lebens“ nach der Wende sind ebenso ein Thema wie die Initiative zur Errichtung des Denkmals „Friedhof der nicht existierenden Friedhöfe“. Auch wird wieder eine Begegnung mit Jugendlichen der Gemeinde St. Dorothea von Montau stattfinden, deren Kirchbau als Zeichen der Versöhnung vom Adalbertus-Werk gefördert wird. Darüber hinaus ist ein Besuch der germanistische Fakultät der Universität geplant – um mit Studenten ins Gespräch zu kommen, zu erfahren, warum polnische Jugendliche Deutsch lernen, was sie über Deutschland und die politische Situation und die Gesellschaft denken – ebenso auch eine Begegnung mit Jugendpolitikern und Vertretern der Stadtverwaltung.

Unterkunft: Maximilian-Kolbe-Haus im Stadtzentrum. Teilnehmerbeitrag: 130 Euro (Fahrtkosten, Unterkunft in Zwei- oder Dreibettzimmern, Halbpension und Programm)

Anmeldung: Bis 31. Januar 2004 an Wolfgang Nitschke, Ganghoferstr. 58, 80339 München, Tel. (089) 5 02 05 57, Fax (089) 5 02 05 58, E-Mail: w.nitschke@adalbertuswerk.de

11. Deutsch-polnische Studientagung in Danzig

8. bis 15. Mai 2004

Danzig – historisches Zentrum am mare balticum – europäische Perspektiven

Die EU-Osterweiterung am 1. Mai 2004 eröffnet für Polen – das größte der beitretenden Länder – weitreichende Perspektiven. Dabei wird der Ostseeraum eine gewichtige Rolle spielen, zumal hier schon lange zwischen den Anrainerstaaten eine nachhaltige Zusammenarbeit besteht, die auf Jahrhunderte alter Tradition beruht. Diese historischen Bindungen und ihre Bedeutung für Gegenwart und Zukunft zu verdeutlichen, ist Aufgabe der Tagung, die sich thematisch mit ihren Veranstaltungen in die von der Stadt Danzig für den Mai 2004

geplanten „Europäischen Wochen“ einbringen wird.

Unterkunft: Maximilian-Kolbe-Haus im Stadtzentrum; Tagungsbeitrag: DZ 300 Euro, EZ 370 Euro (Unterkunft, Verpflegung, Programm); Anreise: individuell; Teilnehmer aus Deutschland: max. 30. Anfragen und Anmeldungen siehe unter Gementreffen.

58. Gementreffen

28. Juli bis 2. August 2004

Einheit in Vielfalt – Austausch der Gaben – Europa nach der Osterweiterung

Nähere Angaben im nächsten adalbertusforum
Anfragen und Anmeldungen: Adalbertus-Werk e.V., Martinstraße 47–55, 40223 Düsseldorf, Telefon (02 11) 40 04 40, Fax (02 11) 40 78 74, E-Mail: g.nitschke@adalbertuswerk.de oder kontakt@adalbertuswerk.de
Weitere Informationen im Internet unter www.adalbertuswerk.de

Termine in Kreisau

Internationale Jugendbegegnungsstätte und Europäische Akademie

Kontakt und Programm:

Intern. Jugendbegegnungsstätte Kreisau
Krzyzowa 7, PL-58-112 Grodziszce
Tel. +48-74-8500300 Fax +48-74-8500305
E-Mail: mds@krzyzowa.org.pl
www.krzyzowa.org.pl

Termine in der Academia Baltica

Kontakt und Programm: **Academia Baltica**, Hoghehus, Koberg 2, 23552 Lübeck, Tel. (04 51) 3 96 94-0, Fax (04 51) 3 96 94-25, E-Mail: office@academiabaltica.de
www.academiabaltica.de

Änderungen bleiben vorbehalten.

PERSONALIEN

■ **Dr. Hans-Werner Rautenberg**, seit 1982 Mitarbeiter des Herder-Instituts in Marburg, der insbesondere durch seine vielfältige Referententätigkeit im In- und Ausland viel zum Ansehen des Instituts beigetragen hat, ist am 28. Februar 2003 in den Ruhestand getreten. Mehrfach hat er in den letzten Jahren mit seinen fundiert-wissenschaftlichen aber dennoch gut verständlichen Vorträgen auch unsere Tagungen in Gemen und Danzig mitgeprägt. Inzwischen hat er den Vorsitz des Senioren-Kollegs an der Universität Marburg übernommen. Wir wünschen ihm bei der Erfüllung dieser neuen Aufgabe viel Erfolg und hoffen auf seine weitere Mitarbeit.

AUSZEICHNUNGEN

■ **BUNDESVERDIENSTKREUZ – Dr. Norbert Matern**, Vorsitzender des Katholischen Flüchtlingsrates in Deutschland und stellvertretender Vorsitzender des Ermländerrates, erhielt in München aus der Hand der bayrischen Staatsministerin Christa Stewens das ihm vom Bundespräsidenten in Anerkennung seiner Verdienste um die Versöhnung mit den mittel- und osteuropäischen Ländern verliehene Bundesverdienstkreuz am Bande überreicht.

■ **HANS-SCHÜTZ-PREIS** – Während des 29. Bundestreffens der Ackeremann-Gemeinde vom 3. bis 5. Oktober 2003 in Amberg/Opf. erhielt deren ehemaliger langjähriger Generalsekretär **Franz Olbert** – seit 1980 bis heute auch Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der katholischen Vertriebenorganisationen – den Hans-Schütz-Preis verliehen, die nach dem

Gründer und langjährigen Vorsitzenden benannte höchste Auszeichnung des Verbandes der katholischen Sudetendeutschen.

■ **JUBILÄUMSMEDAILLE** – Anlässlich der 300-Jahrfeier der Breslauer Universität wurde **Georg Drost**, Schatzmeister des Kirchbauvereins St. Dorothea von Montau, am 14. November 2003 in der Aula Leopoldina für seine Verdienste als besonderer Förderer der Universität durch die Verleihung der Jubiläumsmedaille geehrt.

■ **EHRENDOKTORWÜRDE** – Dem Erzbischof von Gnesen, **Dr. Henryk Muszyński**, wurde am 19. November 2003 die Ehrendoktorwürde der Katholisch-Theologischen Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn verliehen. Damit wurden seine Verdienste um die Verständigung zwischen den Kirchen in Polen und Deutschland, um den jüdisch-christlichen Dialog und um die Partnerschaft der Bonner und der Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau gewürdigt.

ZUM GEDENKEN

■ **Clemens Riedel**, eine der profiliertesten Persönlichkeiten der katholischen Vertriebenenarbeit in Deutschland, ist am 17. Juni 2003 in Bensheim wenige Wochen vor seinem 89. Geburtstag verstorben. 1914 in Breslau geboren und schon dort von 1936-39 als Diözesansenioren in der Kolpingfamilie engagiert, hat er nach der Vertreibung in einer Fülle von beruflichen, politischen und ehrenamtlichen Funktionen wesentlich die Nachkriegsgeschichte in Staat und Kirche verantwortlich mitgeprägt. Um nur einige zu nennen: er war CDU-Mitglied des Bundestages (1957-72) und des Europäischen Parlaments (1965-73), Mitglied des ZdK (1968-83), des Katholischen Flüchtlingsrates (1960-89, davon 1976-89 als stellv. Vorsitzender), der Würzburger Synode (1971-75), des Breslauer Pastoralrates (1975-94 als Vizepräsident). 1966 war er Mitbegründer der *Arbeitsgemeinschaft der katholischen Vertriebenorganisationen* und von Beginn an bis 1989 deren Sprecher. In dieser Funktion war er ein wahrhafter Brückenbauer zwischen Ost und West, stets der Zukunft zugewandt, aber auch der Gerechtigkeit verpflichtet. Ein Höhepunkt seines Lebens war sicher, dass er bei der Feier aus Anlass der Umbettung der Gebeine Kardinal Bertrams am 9. November 1991 im Breslauer Dom als einziger Laie eine historische Ansprache halten durfte, in der er zum Bau einer christlichen Zukunft Europas aufrief. Mir selbst, der ich neun Jahre lang sein Stellvertreter in der AKVO sein durfte, war er ein prägendes Vorbild. Sein Name bleibt in die Geschichte der katholischen Vertriebenenarbeit Deutschlands unvergesslich eingeschrieben. R.I.P.

■ Am 18. Oktober 2003 starb in Timmendorfer Strand im 92. Lebensjahr Dipl.-Ing. **Guido Rank**. Er war ein treues Mitglied des Adalbertus-Werkes und Förderer des Kirchbauvereins St. Dorothea. So lange es ihm gesundheitlich möglich war, hat er regelmäßig an den Gementreffen und an den regionalen Begegnungen des Adalbertus-Werkes in Norddeutschland teilgenommen; und als er das nicht mehr konnte, nahm er weiter regen Anteil an der Arbeit, es verging kein Gementreffen ohne einen schriftlichen Gruß von ihm. Er war ein unermüdlicher Foto-Chronist der Gementreffen, im Archiv befinden sich viele seiner Dias aus den letzten Jahrzehnten. R.I.P. **G.N.**

Adalbertus-Werk im Internet:
www.adalbertuswerk.de